



Nr. 4
2000

Thema

ZIVILCOURAGE

for zivis only

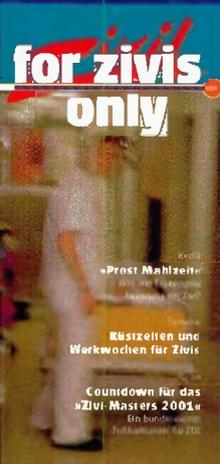
**8 Seiten
extra**

Blickpunkt

»Kommando Klinikum«

Die Bundeswehr rückt in
zivile Krankenhäuser ein

Regionalteile für Zivis
in Baden-Württemberg,
Bayern und Hessen



for zivis
only

»Prost Mahlzeit«
Rüstzellen und
Werkwochen für Zivis
Countdown für das
»Ziv-Masters 2001«
Ein bundesweites
Polizeimuseum für Zivis

FRAGEN zum Glauben und zum Sinn des Lebens bewegen Menschen überall auf dieser Welt.

➔ **bibli.com**

Der christliche Buch- und Medien-Service präsentiert:

- ➔ **Die Bücherkiste** mit über 1.000 ausgewählten Büchern zu allen Fragen des christlichen Lebens, in Wort und Bild vorgestellt und nach Sachgruppen erschließbar.
- ➔ Das **Buch der Woche**, soeben erschienene Bücher und eine Vorschau auf Neuerscheinungen.
- ➔ **CDs/CD ROMs und Videos der Woche**, für Sie aktuell ausgewählt und beschrieben.
- ➔ Ein **Newsletter** mit Literaturtipps zu wechselnden Themen.
- ➔ **Aktionen** mit Gewinnspielen, Subscriptions-Angeboten und Restposten sowie einen Geschenkservice.
- ➔ Darüber hinaus leiten wir Sie von unserer Datenbank in das **Verzeichnis lieferbarer Bücher (VLB)**, das alle lieferbaren Titel deutscher Sprache (über 890.000) auflistet.
- ➔ Überzeugen Sie sich selbst. Besuchen Sie uns unter **http://bibli.com** im Internet.

Gesund-
gefunden



Gemeinschaftswerk
der Evangelischen
Publizistik e.V. (GEP)
Postfach 500 550
60394 Frankfurt a.M.
Tel. (069) 58 09 8-189
Fax (069) 58 09 8-226
E-Mail: info@bibli.com



Stuttgart, den 14. November 2000

Liebe Leserin, lieber Leser,

wer, wie etwa wir Journalisten, beruflich mit und von der Sprache lebt, der wünscht sich manchmal so etwas wie »Artenschutz für besonders bedrohte Vokabeln«. Vielleicht sollten wir eine »nationale Konvention zur Erhaltung bedrohter Begriffe« schaffen. Paragraf eins müsste lauten: »Wer Worte verfälscht oder verfälschte Begriffe in Umlauf bringt, wird mit Wortentzug nicht unter ... Jahren bestraft.«

Im Ernst: Worte können »aussterben«, wenn niemand sie mehr benutzen will. Sie sind aber auch akut bedroht, wenn sie – und das scheint wohl das größere Risiko – regelrecht wuchern und inflationär gebraucht werden. Wenn sie im wahrsten Sinne des Wortes »angesagt« sind. Eben auch dort, wo sie eigentlich gar nichts verloren haben. Zum Beispiel das Wort »Stress«. Als der Ausdruck 1936 eingeführt wurde, haben Biologen damit Körperreaktionen auf extreme Beanspruchung bezeichnet. Heute heißt es bei der kleinsten Unlust: Das ist mir zu viel Stress. Oder »Wahnsinn«. Das war einmal die gängige Bezeichnung für psychische Krankheiten. Inzwischen ist »Wahnsinn!« ein Freudenschrei.

Die Liste der betroffenen Vokabeln ist lang und sie variiert von Zeit zu Zeit. Gegenwärtig steht nach unserer Wahrnehmung auch der Begriff »Freiwilligendienst« ziemlich weit oben. Seit der Zivildienst ins Wanken gerät, reden plötzlich alle von den freiwillig Engagierten: Die Wohlfahrtsverbände, die Ministerien, die Parteien, die Kommunen, die Länder, die Kirchen, die Meinungsforschung, die Medien...

Der Begriff »freiwilliges Engagement« droht dabei seine Bedeutung einzubüßen, seine Besonderheit zu verlieren. Er wird losgelöst von den Personen und ihren Einsichten und entwickelt sich zum Planungsfaktor, um Lücken im sozialen Netz zu schließen. Einen neuerlichen Tiefschlag erlitt der Begriff erst kürzlich durch die »Arbeitsgruppe Zukunft des Zivildienstes«, die folgenden Vorschlag machte: Der Wehrpflicht unterworfenen junge Männer sollen künftig im Rahmen der staatlichen Zivildienstpflicht als Ersatz-Zivis zwei Monate länger dienen dürfen, ganz freiwillig. Und dieses freiwillige zweimonatige Nachsitzen nennen die Verantwortlichen allen Ernstes ein neues »Modell eines freiwilligen Dienstes«. (Mehr dazu in unserem Blickpunkt ab Seite 10.)

Ähnlich gefährdet und ebenfalls ganz oben auf der Liste der bedrohten Worte rangiert heute der Ausdruck »Zivilcourage«. Auch dieses Wort ist plötzlich »in« – in aller Munde nämlich. Nur mit Zivilcourage, so heißt es in glühenden Appellen landauf, landab, könne man der Gefahr von Rechts noch wirksam begegnen. Grundsätzlich ist dagegen nichts zu sagen, im Gegenteil. Zivilcourage ist tatsächlich eine Tugend, mit der sich etwas bewegen lässt, wie unser THEMA ab Seite 15 zeigt. Peinlich nur, wenn solche Aufrufe ausgerechnet von jenen stammen, die gestern noch als Wortführer mit dafür gesorgt haben, dass wir heute das Problem in der bekannten Breite überhaupt haben. Peinlich auch, wenn Menschen Zivilcourage verordnen wollen, wo sie ihnen gut ins Konzept passt – zum Beispiel gegen Fremdenhass – und gleichzeitig verurteilen, wo sie das eigene Weltbild stört – zum Beispiel beim Kirchenasyl, zum Beispiel bei Sitzblockaden ...

Zivilcourage und freiwilliges Engagement, die Verhaltensweisen und Einstellungen, die hinter diesen Worten stehen, haben ihren eigenen »Artenschutz«: Sie lassen sich zwar sehr gut fördern – aber nur sehr schwer fordern. Befehlen lassen sie sich nicht.

Herzlich Ihr/Euer

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo. Wer darüber hinaus über Chancen und Hindernisse einer »Kultur des Friedens« auf dem laufenden bleiben will, kann die Hefte zum zivilen Preis von 16,- DM jährlich abonnieren. Der Bestellabschnitt für AbsolventInnen eines

Freiwilligen Sozialen Jahres, KDVer, Krankenschwestern, LehrerInnen, MitarbeiterInnen in Kirche und Diakonie, SozialpädagogInnen künftige oder ehemalige Zivis und andere friedensbewegte Menschen befindet sich auf Seite 42.

zivil wird gedruckt auf 100 % Altpapier, chlorfrei recycelt!

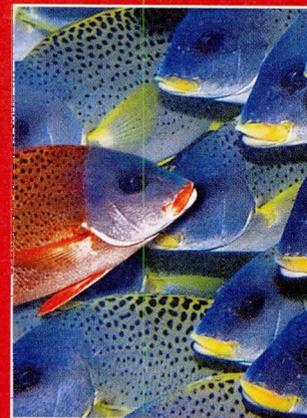


Info	4
Briefe	7
Blickpunkt	8
Bundeswehr »Kommando Klinikum«	
Zivildienst: »Schönheitsreparaturen statt Umbau«	
Leserbericht	12
»Ohne Anschluss droht der Ausschluss«	
Impressum	13



zivil-Thema: ZIVILCOURAGE

»Eine Sache des Herzens«	15
Irmala Schramm – eine Frau kämpft gegen Hassparolen der Nazis	16
Paul Grüniger: »Zivilcourage aus Menschlichkeit«	17
Aktion Noteingang – eine Initiative von Jugendlichen aus Brandenburg	18
»Zivilcourage ist machbar« – Beispiele, Tipps und Adressen	19
»Whistleblowing« – Zivilcourage am Arbeitsplatz	20
»Der Wahrsager« – Alexander Nikitin über russische Atom-U-Boote	21
	24

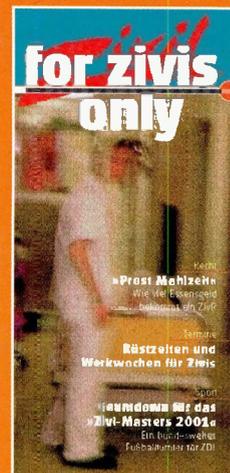


Buchtipps	26
Portrait	28
Erich Fromm zum hundertsten Geburtstag	
Gewalt	29
Kein Rückgang der Gewalt gegen Frauen	
Berufsperspektiven	30
KDV international	32
Aktion	33
Gegen Genfood bei McDonald's	
Eine Welt	34
Frauen gegen Gewalt in Liberia	
Die Jagd nach dem Dorcus	
Preisrätsel	38
Wer war's	39
Gedanken	41
Ausschreibung: zivil-Kunstpreis	42
Galerie	44



8 Seiten extra: for zivis only

- »Prost Mahlzeit« Wie viel Essensgeld bekommt ein Zivi?
- Rüstzeiten und Werkwochen für Zivis
- Buchtipps
- Countdown für das »Zvi-Masters 2001«



Titelfoto: Hilgert/Okapia KG

In dieser Ausgabe finden Sie eine Beilage der Studiengemeinschaft, Darmstadt. Wir bitten um freundliche Beachtung

Welt-Friedensversammlung der Religionen

»Gerechtigkeit, Frieden und Harmonie sind die Ziele jeder wahrhaften Religion.« Mit dieser Überzeugung wandte sich der Generalsekretär des Ökumenischen Weltrates der Kirchen, Dr. Konrad Raiser, in einer Ansprache an die Delegierten der Welt-Friedensversammlung der Religionen und Geistlichen Führer, die Ende August in New York stattfand. Zugleich äußerte Raiser die bittere Erkenntnis: »Auch während wir uns hier für den Dialog einsetzen, sind wir uns der Tatsache bewusst, dass in vielen Teilen der Welt Kriege im Namen der Religion stattfinden.« Religion, so Raiser, erleide vielfachen Missbrauch durch machtvolle Menschen, »deren Interessen wenig zu tun haben mit Religion, Glaube oder Spiritualität der Gläubigen«. In diesem Zusammenhang formulierte Raiser die Hoffnung, die verantwortlichen religiösen Führer würden »die Segnungen ihrer Religion all jenen verweigern, die sie zu einem Werkzeug der Gewalt machen wollen«.

Ziel der New Yorker Versammlung sei es allerdings nicht, eine »Verschmelzung spiritueller Wahrheiten« zu schaffen. »Suchen wir lieber nach Wegen, eine weltweite Kultur der gegenseitigen Achtung zu schaffen, die beispielgebend sein kann für all jene, die leitende Verantwortung tragen in allen Ebenen der Gesellschaft,« so Raiser. In einer mit Beifall bedachten Passage seiner Rede beklagte Raiser »den Mangel an Zivilcourage und Staatskunst vieler Regierungsführer,

Kirchentagsplakat 2001: Entscheiden Sie mit!



Das Plakat für den 29. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 13. bis 17. Juni 2001 in Frankfurt am Main soll die Öffentlichkeit auswählen. Vier Entwürfe stellt das Präsidium des Kirchentages zur Wahl. Alle haben junge NachwuchsgrafikerInnen gestaltet: Felix Thomas aus Aachen (A), Nina Oberländer aus Bremen(B) sowie aus Dortmund Ute Foerster (C) und Stefan Zeidler (D). Das Plakat soll das Leitwort des Kirchentages »Du stellst meine Füße auf weiten Raum« (Psalm 31,9) visuell darstellen und einladend und werbend wirken.

Welcher der vier Entwürfe ist Ihre Wahl? Bis zum 30. November 2000 können Sie abstimmen unter www.kirchentag.de im Internet, oder schreiben Sie den Kennbuchstaben Ihres Favoriten auf eine Postkarte an: Deutscher Evangelischer Kirchentag, Plakat 2001, Postfach 1555, 36005 Fulda.

die mehr besorgt waren um die Erhaltung nationaler Selbstinteressen – und oft ihrer eigenen Privilegien – als um die gemeinsamen Interessen der Menschen der Vereinten Nationen.«

In einer gemeinsamen Erklärung der Versammlung mit dem Titel »Verpflichtung zum weltweiten Frieden« ergeht der Appell an die Menschen aus allen religiösen Traditionen, »zusammenzuarbeiten bei der Schaffung friedvoller Gesellschaften, gemeinsame Verständigung durch den Dialog zu suchen, sich der Gewalt zu enthalten, Mitgefühl zu zeigen und die Würde allen Lebens zu achten«.

»Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Statt dessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.«

Dies ist der Text der Erklärung, die zusammen mit Infos zum Thema Friedenssteuer angefordert werden kann bei: Netzwerk Friedenssteuer c/o Günther Lott Hauptstraße 1A, 69231 Rauenberg

Entwicklungshilfe

Einen stetigen Abwärtstrend bei den deutschen Ausgaben für weltweite Entwicklungshilfe beklagen evangelische und katholische Hilfswerke in einer gemeinsamen Aktion. Entgegen den Versprechungen des Koalitionsvertrages zwischen SPD und Bündnis90/Grüne, den Entwicklungshilfshaushalt anzuheben, sei dieser auch im Jahr 2000 gemessen am Bundeshaushalt



Geschenktipps für Weihnachten

Wer etwas Besonderes für Weihnachten sucht und gleichzeitig die Arbeit eines Hilfswerkes unterstützen möchte, der/die wird bei Brot für die Welt ganz bestimmt fündig. Vom Wand-, Tisch- oder Adventskalender, über Kinderbücher oder CDs bis hin zum Regenschirm reicht das Angebot, das speziell in der Broschüre »Weihnachten Geschenktipps« zusammengestellt wurde.



Noch mehr Geschenkideen, aber auch Materialien, Bücher und Spiele für den Eigenbedarf finden sich im

Gesamtverzeichnis zur 42. Aktion von Brot für die Welt unter dem Motto »Auf eigenen Füßen«.

Kontakt: Brot für die Welt, Zentraler Vertrieb, Postfach 10 11 42, 70010 Stuttgart. www.brot-fuer-die-welt.de

KURZ & KNAPP

Ziviler Friedensdienst

Ein praktisch orientiertes Trainingsprogramm für zivile friedenserhaltende und friedenschaffende Maßnahmen bei innerstaatlichen Konflikten bietet das Friedenszentrum Burg Schlaining in Österreich. Die Kurse sind offen für Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und werden in multinationalen Gruppen durchgeführt. Drei-mal jährlich wird je ein zweiwöchiger Grundkurs und darauf aufbauend ein ebenfalls zweiwöchiger Spezialisierungskurs angeboten. Nähere Infos finden sich im Internet unter www.aspr.ac.at oder sind erhältlich beim Friedenszentrum Burg Schlaining, ÖSFK, A-7461 Stadtschlaining, Österreich.

Friedenssteuer

Alle, die die Einführung einer sogenannten Friedenssteuer befürworten, können dies in einer Erklärung manifestieren, die vom »Netzwerk Friedenssteuer« beschlossen wurde:

weiter gesunken. In der Statistik der internationalen Geberländer rangiert Deutschland im unteren Bereich: lediglich 0,26 % des Bruttosozialprodukts dienen der öffentlichen Entwicklungshilfe. In Dänemark sind es 0,99 %, in Frankreich 0,4 %, selbst in Irland noch 0,3 %.

Mahatma Gandhi im Internet

Alles über den großen Lehrer und Praktiker der Gewaltfreiheit findet sich im Internet unter www.gandhiserve.com. Man kann Gandhi-Texte herunterladen, Bücher über den Mahatma auswählen, Postkarten oder Kalender bestellen, ja sogar seine Stimme hören. In einem kleinen Text, dem Vorwort zu einem neu aufgelegten Buch über Gandhi, schreibt der Dalai Lama, dass er selbst von Kindesbeinen an durch Gandhi beeinflusst wurde. Reinschauen lohnt sich.



Öko-Wettbewerb

Einen Foto-, Film- und Computerwettbewerb unter dem Titel »Flussgeschichte(n)« veranstaltet der Bund Heimat und Umwelt (BHU). Neben s/w- und Farbbildern, Dias, Plakaten und Videos können auch Bildschirmpräsentationen oder Collagen eingereicht werden. Der Wettbewerb für 16- bis 21-Jährige läuft noch bis 30. März 2001. Kontakt: 0228/22 40 91-92

Gegen den Hunger

Broschüren, Plakate, Wandzeitungen, Bücher zu den Themen Ernährung, Hunger und Armut in der Einen Welt bietet die Deutsche Welthungerhilfe in einer kostenlos erhältlichen Materialbestelliste. Kontakt: Deutsche Welthungerhilfe, Adenauerallee 134, 53113 Bonn, Fax: 0228/22 07 10, e-Mail: info@welthungerhilfe.de, www.welthungerhilfe.de

Kindersoldaten

Nach Angaben der Hilfsorganisation terre des hommes sind augenblicklich mehr als 300 000 Kinder weltweit als Soldaten und Soldatinnen in Kriegs- und Krisengebieten eingesetzt. Die meisten seien zwischen 15 und 18 Jahren alt und vornehmlich in Afrika oder Asien rekrutiert. Terre des hommes erinnerte daran, dass im Januar in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen das Mindestalter für Rekrutierung und Einsatz von 15 auf 18 Jahre angehoben worden sei und forderte die Bundesregie-

rung auf, das Protokoll möglichst bald zu ratifizieren.

Oldtimerspendenaktion

Über 300 000 Mark brachten im vergangenen Jahr der Lebenshilfe Gießen zwei Oldtimer ein, die gewinnen konnte, wer mindestens 10 DM an die Lebenshilfe spendete.



Weil's so schön erfolgreich war, gibt es jetzt die Neuauflage: zwei gespendete Oldtimer, ein Porsche und ein Alfa, werden unter all jenen verlost, die bis zum 15. Dezember mindestens 10 DM überweisen. Lebenshilfe Gießen e.V., Sparkasse Gießen (BLZ 513 500 25) Konto-Nr.: 200 626 000; Name, Adresse und Telefon angeben. Infos auch im Internet: www.oldtimerverlosung.de.

Rückschau

zivil berichtete...

... in Ausgabe 3/00 (Thema »Kleinwaffen«) über das deutsche Waffenrecht. Inzwischen hat Innenminister Schily einen Gesetzentwurf vorgestellt, nach dem das Waffenrecht verschärft werden soll. Wer Gas- oder Schreckschusswaffen erwerben will, soll künftig dem Verkäufer ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen müssen. Vom Waffenhändler erhält er dann – sofern keine einschlägigen Vorstrafen vorliegen – einen »Waffenbegleitschein«, den sogenannten Kleinen Waffenschein. Die bislang als harmlos eingestuft Schreckschuss- und Gaswaffen sind in Deutschland nach Angaben des Bundeskriminalamtes bei mehr als 50 % aller Straftaten mit Schusswaffengebrauch von den Tätern eingesetzt worden.



... ebenfalls in Ausgabe 3/00 (Thema »Kleinwaffen«) über Tiere in militärischer Verwendung und die Tradition bei der Bundeswehr, Waffensysteme nach Tieren zu benennen. Die Stuttgarter Zeitung wollte in ähnlichem Zusammenhang vom Chef der Bodentruppen, von Heeresinspekteur Helmut Willmann wissen, wie die einzelnen Waffen zu ihren tierischen Namen kommen. Frage: »Wieso heißt der Geländewagen Wolf?« Antwort: »Wieso heiße ich Willmann?«

Good News

Militärgelände wird Legoland

Ein ehemaliges Militärgelände in der Nähe der schwäbischen Stadt Günzburg wird zum weltweit vierten »Legoland«-Freizeitpark umgerüstet. Ende Oktober fand der symbolische Spatenstich statt, in zwei Jahren soll das 300-Millionen-Mark-Projekt eröffnet werden. »Aus einem Platz, auf dem einst todbringende Waffen lagerten, wird schon in wenigen Jahren ein Kinderparadies,« so der frühere CSU-Chef Theo Waigel beim Baustart.

Das Gelände hatte von 1934 bis '45 als Luftwaffen-Munitions-Anstalt (Muna) gedient, nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es Sprengstoffgelände für die US-Army. Die Entmunitionierung des Geländes war aufwendig: Insgesamt 205 t sprengstoffhaltige Munition wurden gefunden, darunter 62 000 Bomben und 33 000 Granaten, die in einer Tiefe bis zu 17 Metern unter der Erde steckten. Die Stadt Günzburg hatte zuletzt Tokio als schärfsten Mitbewerber aus dem Rennen geschlagen und wird nun nach Billum (DK), Windsor (UK) und Carlsbad (USA) vierter »Legoland«-Standort.



und Carlsbad (USA) vierter »Legoland«-Standort.

Fundsachen

Demonstration am 13. Oktober in Berlin. Endlich der vom Bundeskanzler geforderte »Aufstand der Aufrichtigen? Leider ... (Fortsetzung S. 6)





(Forts. von S. 5)
... ging es den Demonstranten um die Rechte ihrer Kampfhunde, die die Deutsche Bahn nicht mehr befördern will.

Dazu passend eine Fundsache aus der Stuttgarter Zeitung:

»Meiner Meinung nach sollte die Rassenfrage den Tierzüchtern und unter ihnen besonders den Hundezüchtern überlassen werden, aber in der menschlichen Gesellschaft sollte sie keine Rolle spielen. Denn die Rolle, die sie dort gespielt hat, war höchst unheilvoll, auch in anderen Ländern, aber besonders in Deutschland. Diese bösen Erfahrungen sollten eigentlich genügen, aber sie genügen offenbar nicht.

In der Hundezucht habe ich nichts gegen Rassenreinheit und Rassenstolz. In eine Ausstellung von Rassehunden verirrte sich einmal ein Mischling. Nach seinem Namen befragt, erklärte einer der mit einem langen Stammbaum ausgestatteten Rauhaardackel, er heiße »Bello von Baumburg!« Daraufhin erklärte der Mischling, sein Name sei »Runter vom Sofa!«
Manfred Rommel, Stuttgarter Oberbürgermeister a. D.

In internationalen Reiseführern werden Deutschland-Touristen vor »rechtsextremen Fanatikern« gewarnt. Das Magazin der Süddeutschen Zeitung dokumentierte unter anderem folgende Hinweise:

- »In abgelegenen Städten und Dörfern gibt es (...) Nester von rechtsextremen Fanatikern, und wenn Sie unverkennbar Ausländer sind, sollten Sie nachts Nahverkehrszüge meiden.« (*Lonely Planet Germany*)
- »Im Allgemeinen laufen Homosexuelle in gewissen Gegenden im Osten (zum Beispiel in Magdeburg, Frankfurt an der Oder und östlichen Teilen Berlins) eher Gefahr, mit Diskriminierungen, möglicherweise sogar Gewalttaten konfrontiert zu werden.« (*Lonely Planet Germany*)
- Über Dresden: »Leider ist die Stadt ein Zentrum neozynastischer Skinheads geworden. Seien Sie besonders vorsichtig, wenn Sie nachts durch die Straßen gehen.« (*Frommer's 2000 Germany*)
- Über Berlin: »Farbige, Schwule und Lesben sollten Vorsicht walten lassen, wenn sie in den östlichen Vororten (...) unterwegs sind.« (*Let's go Germany*)
- Über Rostock: »In den letzten Jahren hat Rostock sein trübes Image wieder aufpoliert, und die Neonazis treten kaum noch in Erscheinung, aber Leute, die nicht aussehen wie Deutsche, sollten Vororte mit niedrigem Einkommensniveau wie Lichtenhagen trotzdem meiden.« (*Fodor's upCLOSE Germany*)
- Über Rügen: »Rügen ist berüchtigt für die Skinhead-Gangs, die gelegentlich Besucher, auch westdeutsche, überfallen. Seien Sie extrem vorsichtig in der Nähe der Bahnhöfe, besonders in Saßnitz.« (*Lonely Planet Germany*)

Termine

■ **8.-10. Dezember, Berlin:**

»Kultur des Friedens«
 Eine Kultur de Friedens erfordert die Globalisierung der Erkenntnis, dass alle auf alle anderen in dieser Welt angewiesen sind, dass es also nur eine gemeinsame Sicherheit geben kann. Ein friedenspolitischer Kongress der Internationalen Friedensärzte IPPNW.
Kontakt: IPPNW Geschäftsstelle, Körtestraße 10, 10967 Berlin, www.ippnw.de

■ **12.-13. Januar 2001, Magdeburg:**

»Macht – Geld – Friede?«
 Über die Segnungen des Aktienhandels und die Frage: Wer bezahlt die Zeche? Ein Friedensstudientag der Arbeitsstelle Eine Welt und des Friedensarbeitskreises Halle.
Kontakt: Arbeitsstelle Eine Welt, Leibnitzstraße 4, 39104 Magdeburg, Tel.: 03 91/53 46

■ **12.-14. Januar 2001, Bad Boll:**

»Rechtsradikale Jugendliche – Spiegel der Gesellschaft?«
 Eine Tagung zum Problem der Gewalt von rechts.
Kontakt: Evang. Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Telefon: 071 64/7 92 06

■ **2. und 3. Dezember 2000, Kassel:**

»Friedenspolitischer Ratschlag der Friedensbewegung«
 Der Tagungsort ist die Universität Gesamthochschule Kassel, Wilhelmshöher Allee 73. Die Themen: – Kriegsursachen analysieren – Kriegsvorbereitungen stoppen – Friedensbedingungen verbessern.
Kontakt: strutype@hrz.unikassel.de (e-Mail) oder: Bundesausschuss Friedensratschlag c/o DGB Kassel, Spohrstraße 6, 34119 Kassel.

■ **November und Dezember:**

Eine Rundreise durch Deutschland mit Deserteuren aus dem ehemaligen Jugoslawien und einer Vertreterin der Belgrader Friedensgruppe »Frauen in Schwarz« organisiert der Verein »Connection« aus Frankfurt. Die Termine sind im Internet zu finden unter www.connection-eV.de.

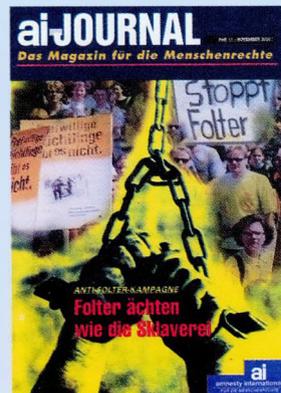
Mit diesem Logo kennzeichnen wir Beiträge in dieser Ausgabe, die wir im Zusammenhang mit der vom Ökumenischen Rat der Kirchen ausgerufenen »Dekade zur Überwindung der Gewalt« veröffentlichen.

Menschenrechte

amnesty international startet weltweite Anti-Folter-Kampagne

In den vergangenen drei Jahren wurden in 153 Ländern der Welt Menschen von staatlichen Akteuren wie Polizisten und Mitarbeitern der Geheimdienste gefoltert und grausam misshandelt; in mehr als 80 Ländern starben Menschen an den Folgen der Folter; in über 70 Ländern waren Folter und Misshandlungen weit verbreitet. Das ist die traurige Bilanz, die amnesty international (ai) zum Auftakt der weltweiten Kampagne zieht. Hauptziele der nunmehr dritten Anti-Folter-Kampagne von ai sind: Folter verhüten – Diskriminierung entgegenzutreten –

Straffreiheit für Folterer überwinden. Im Laufe der 15-monatigen Kampagne werden erstmals prominente Botschafter für amnesty international auftreten: Neben der Schauspielerin Meret Becker werden auch der Journalist Roger Willemsen und der Schriftsteller Johannes Mario Simmel um Unterstützung für die Anti-Folter-Kampagne werben.



Kontakt:
 amnesty international
 Telefon: 0228/98 37 30
 Fax: 0228/63 00 63
ai-de@amnesty.de
<http://www.amnesty.de>



Leserbriefe bitte nur an folgende Adresse senden: Redaktion zivil, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart oder an redaktion.zivil@t-online.de

Anonyme Leserbriefe werden grundsätzlich nicht abgedruckt. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.



Betr.: zivil 3/00, Blickpunkt »Totalverweigerer«

Liebe Redaktion zivil,

ich würde in diesem Brief gerne einmal Stellung nehmen bzgl. Ihres Artikels »Die wollten mich hinter Gittern sehen« Ihrer Ausgabe 3/2000. In diesem Artikel geht es um Totalverweigerer. Für diese Anarchisten habe ich null Verständnis. Ich war Zivi in der ambulanten Pflege, klar, werden Sie jetzt sagen, dass sich so einer aufregt, bloß weil er Dienst macht und sich Totalverweigerer ausruhen können. Ganz so ist es aber nicht.

Zunächst einmal möchte ich betonen, dass insbesondere der Zivildienst von größter Wichtigkeit für unser soziales System ist. Ich verstehe nicht, was daran schlimm sein soll, 11 Monate lang seinen Beitrag dazu zu leisten. Was glaubt dieser Olaf Szcypansky eigentlich, wer ihn pflegt, wenn er alt ist? Hat er schon einmal etwas von einem Generationenvertrag gehört? Gerade in der Pflege sind viele Stellen für Zivis noch unbesetzt, wenn diese anarchistische Entwicklung anhält, dann werden es sicher noch mehr, d. h. diese Stellen müssen über kurz oder lang von hauptamtlichen Kräften besetzt werden, was wiederum bedeutet, dass die Zeche auf Kosten der sozial Schwachen und Behinderten geht. Können diese Totalverweigerer das verantworten? Schließlich tragen sie dazu bei, den Zivildienst in seiner jetzigen Form zu gefährden. Was glauben sie, wie oft ich als Zivi gefragt wurde, wie lange es wohl noch Zivis geben wird? Die Alten, Kranken und Schwachen brauchen Zivis.

»Totalverweigerer« werden in ihrem Leben noch viel öfter zu etwas gezwungen werden, weil sie auch später mal einen Chef haben werden, der sie zu etwas zwingt, oder wenn sonst im Leben Zwangssituationen entstehen. Diese Leute haben nur ein Problem damit, sich unterzuordnen. Sie gehören solange ins Gefängnis, wie der Wehrdienst dauert, denn eigentlich diskriminieren sie mit ihrer Haltung pflegebedürftige Leute. Ich wünsche den Totalverweigerern trotzdem, dass sie im Alter oder bei Krankheit einen »Dummen« finden, der sie pflegt. (Wer macht das für den Lohn eines Zivis?)

Auch wenn Sie nicht meiner Meinung sind, bitte ich Sie trotzdem eine Antwort zu schreiben, oder den Leserbrief abzudrucken. Viele Grüße
Ex-Zivi Martin Stinus, Achern
P.S. ansonsten finde ich Ihr Heft gut.



Betr.: zivil 3/00, Thema »Kleinwaffen«

Unseren besonderen Dank richten wir an Jörg Benzing für seinen interessanten Beitrag »Leo, Luchs und andere Rekruten«. Bei Kriegen werden bei all dem menschlichen Elend die Tiere vergessen. Dabei bekommen sie die Auswirkungen mindestens genauso zu spüren wie die Menschen, sie sind ebenso die Leidtragenden. Auch sie werden von Bomben und Gewehrkugeln zerfetzt und getötet, auch sie treten auf Minen, auch sie verbrennen in angezündeten Häusern oder sterben Hungers. Die Leiden der Tiere beginnen jedoch schon vor Ausbruch eines Krieges: bei Tierexperimenten.

Erst jetzt wurde uns durch Internet bekannt, dass am 17. 3. 00 in der israelischen Zeitung Ha'aretz Tierversuche beschrieben wurden, welche die Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) durchführen. Demnach werden Schweine lebend in einem Wohnwagen festgebunden, dann mit Sprengstoffen, die ähnlich den Scud-Raketen sind, in die Luft gejagt. Ein Soldat beschreibt, was er gesehen hat: »Als wir den Wohnwagen öffneten, mussten wir uns abwenden. Die Schweine lagen da, schreiend und quiekend. Es war offensichtlich, dass die Detonation sie innerlich zerfetzt hatte und dass das Glas der zerborstenen Fenster ihnen von außen zahlreiche Schnittwunden zugefügt hatte. Die Wände waren voll mit dem Blut, Urin und Kot der gefesselten Schweine. Sie sahen uns mit weiten, flehenden Augen voller Grauen an.«

Die IDF kennen sich gut aus mit den Auswirkungen, die Sprengstoff auf den menschlichen Körper hat. Es gibt keine Entschuldigung dafür, unschuldige Tiere den in der Ha'aretz beschriebenen entsetzlichen und unmenschlichen Experimenten zu unterziehen. Hinzu kommt, dass in der medizinischen Literatur der ganzen Welt zahllose Beschreibungen darüber existieren, was dem menschlichen Körper widerfährt, wenn er verschiedenen Arten von Sprengstoff ausgesetzt wird. Wenn die IDF darauf bestehen, Sprengstoff-Experimente durchzuführen, möchten wir darum bitten, dass sie weiche Seifenblöcke und andere Substanzen verwenden, die spezifisch dafür hergestellt wurden, menschliches Gewebe zu simulieren, und die alle in Europa und den USA bereits vielfach in Verletzungs-Experimenten gebraucht wurden.

Die Tierversuchgegner Baden-Württemberg e.V. schließen sich einer Protestaktion an, die zur Zeit von mehreren Tierschutzor-

ganisationen durchgeführt wird und bei der Protestbriefe an den israelischen Botschafter und an den Verteidigungsminister geschickt werden, etwa folgenden Inhalts:

»Dear Minister Dr. Sneh.

I would like to ask you to immediately stop the cruel experiments on live animals as described in the article in the March 17th issue of Ha'aretz. Animals feel pain exactly as human beings do. Yours sincerely (Unterschrift)«

Übersetzung:

Sehr geehrter Minister Dr. Sneh, Ich bitte Sie dringend, die grausamen Experimente an lebenden Tieren, wie im Artikel vom 17. März der Ausgabe von Ha'aretz beschrieben, zu stoppen. Tiere fühlen Schmerzen, genau wie wir Menschen.

Die Anschriften lauten:

Dr. Ephraim Sneh, Deputy Minister of Defense, Ministry of Defense Haquiryra, 61909, TEL AVIV, Israel

und/oder

Botschaft des Staates Israel
Herrn Gesandten Mordechay Lewi
Auguste-Victoria-Straße 74-78
14193 Berlin

*Ingeborg Livaditis, Stuttgart,
Vorsitzende der Tierversuchgegner
Baden-Württemberg. e.V.*

Anzeige

Suchen Sie einen Beruf in Kirche und Diakonie

Hephata



Hessisches Diakoniezentrum e.V.

Wir bieten eine Ausbildung

zur Diakonin/zum Diakon

mit dem **Studium der Sozialpädagogik** in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt

insbesondere für die **Arbeitsfelder Heilpädagogik – Jugendhilfe – außerschulische Kinder- und Jugendarbeit**

Wenn Sie Interesse an der **doppelten Qualifikation Theologie/Diakonie und Sozialpädagogik** haben, dann bewerben Sie sich bis zum 15. Mai bei

Hephata Hessisches Diakoniezentrum e.V.
Studienstandort der Ev. Fachhochschule Darmstadt
34613 Schwalmstadt-Treysa
Tel.: 0 66 91/181 458 - Fax: 0 66 91/181439
Ihre Fragen beantwortet gerne Dr. F. Martiny.

Kommando Klinikum

Die Bundeswehr will eine enge zivil-militärische Kooperation zwischen Kaserne und Krankenhaus; das Personal der Kliniken – darunter viele Kriegsdienstverweigerer – wird nicht gefragt.



»Lücken im Inland« will die Bundeswehr durch das zivile System schließen – Bundeswehr-Sanitätspersonal bei einer Übung
Foto: dpa

Von Arno Neuber

Die Aktion verlief lautlos und fast unbemerkt: Im April 1999 tauchte auf der Homepage der Bundeswehr der Text einer gemeinsamen Erklärung des Verteidigungsministeriums und der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) auf, in der die Unterzeichner betonen, »dass es sinnvoll und im Interesse der Patienten ist, die ... Kooperation des zivilen und des militärischen Gesundheitssystems so zu entwickeln, dass das vorhandene klinische Potential im Falle der Landes- und Bündnisverteidigung optimal für die Versorgung aller Behandlungsbedürftigen – Soldaten wie Zivilisten – effektiv und zu beiderseitigem Vorteil genutzt werden kann.«

Eine Kooperation zwischen Kaserne und Krankenhaus? Arbeitsteilung zwischen dem Sanitätsdienst der Bundeswehr und dem zivilen Gesundheitswesen für den Verteidigungsfall? Wozu, und warum ausgerechnet jetzt? Hatten nicht Politiker und Militärs immer wieder erklärt, dass die Bundesrepublik sich heute in einer »komfortablen Sicherheitslage« befinde, dass dieses Land ausschließlich von Freunden und Verbündeten umgeben sei und dass ein Angriff auf sein Territorium praktisch ausgeschlossen werden kann? Warum also jetzt eine solche Kooperation?

Wer sich den Mustervertrag, dessen Unterzeichnung die DKG ihren Mit-

gliedsverbänden und den angeschlossenen Kliniken empfiehlt, genauer ansieht, wird zunächst einmal zu dem Schluss kommen, dass es bei dieser ungewöhnlichen Kooperation einen Gewinner und einen Verlierer gibt, dass alle Vorteile bei der Bundeswehr und die Nachteile bei den beteiligten Kliniken liegen. So sollen z. B. die Kliniken für »die fachliche Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen des Sanitätsdienstes der Bundeswehr« sorgen und dazu »für jeden auszubildenden Soldaten einen für die Ausbildung Verantwortlichen« abstellen. Im Gegenzug bietet die Bundeswehr die Überlassung von medizinischem Überschussmaterial aus ihren Beständen. Allerdings handelt es sich dabei ausschließlich um »Nichtverbrauchsgüter«, die zeitlich begrenzt und nur zur Ausbildung der Soldaten eingesetzt werden dürfen. Die Kliniken sind darüber hinaus verpflichtet, das Material auf eigene Kosten zu warten, es selbst in den Bundeswehrkasernen abzuholen und später dorthin zurückzubringen.

Bei einer derartigen Schiefelage der Lastenverteilung zu Ungunsten der Krankenhäuser verwundert es nicht, dass die bisher bekannt gewordenen Vertragsabschlüsse fast durchgängig hinter dem Rücken der Betriebs- und Personalräte der Kliniken und ohne Information der kommunalen Verantwortungsträger erfolgt sind. Bei einer Podiumsdiskussion in Karlsruhe etwa zeigte sich auch die ört-

liche Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, die für ihre Partei im Gesundheitsausschuss sitzt, vom Vorgehen der Bundeswehr und der DKG nicht informiert.

Nachdem betroffenes Klinikpersonal, Friedensgruppen, Gewerkschafter und Kommunalpolitiker anfangen zu recherchieren, wurde bald klar, welches die Hintergründe für die angestrebte zivil-militärischen Zusammenarbeit sind.

Abstützung auf das zivile System

Im Zuge des Umbaus der Bundeswehr zur Interventionsarmee muss auch ein leistungsfähiger Sanitätsdienst geschaffen werden, dessen Personal mit Krankheiten und Verletzungen, wie sie in Kampfeinsätzen entstehen, umgehen kann. Aus einem Dienst, der jahrzehntelang Bundeswehrangehörige im Frieden medizinisch betreut hat, soll ein Sanitätsdienst für Kriegseinsätze werden. Dazu bedarf es der Qualifizierung des Personals. Und diese Aufgabe sollen die großen und leistungsfähigen zivilen Kliniken übernehmen.

Eine besondere Rolle ist offenbar dem Klinikum in Karlsruhe zugeordnet. Dort wird seit Ende 1999 über einen Vertrag verhandelt, der erheblich von dem bekannten Mustervertrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft abweicht. Hier ist ausdrücklich von der Sicherstellung der Einsatzfähigkeit des Sanitätsdienstes der Bundeswehr die Rede und davon, dass Personal des Karlsruher Klinikums auch für Bundeswehreinsätze abgeordnet werden soll. Der erste Vertragsentwurf, den die Bundeswehr präsentierte, sah sogar vor, zukünftige Arbeitsverträge des Klinikums so zu gestalten, dass die Beschäftigten einem Einsatz in einem Bundeswehrkrankenhaus nicht widersprechen könnten.

Inzwischen, so die Geschäftsführung, soll alles auf der Basis der Freiwilligkeit der Mitarbeiter geschehen. Zu befürchten ist allerdings, dass spätestens bei Neueinstellungen oder Vertragsverlängerungen diese »Freiwilligkeit« Voraussetzung für einen (neuen) Arbeitsvertrag werden könnte.

Insgesamt soll das zivile Gesundheitswesen die Lücken eines militärischen Sanitätsdienstes ausfüllen, der sich auf seine »Kernaufgabe« konzentriert – die Erhöhung der »Durchhaltefähigkeit« der Truppen im Auslandseinsatz.

In Rudolf Scharpings Umbaupapier »Die Bundeswehr – sicher ins 21. Jahr-

hundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf«, das Mitte Juni vom Bundeskabinett gebilligt wurde, heißt es dazu: »Die Ausrüstung des Sanitätsdienstes wird für den Einsatz optimiert. Aus dieser Schwerpunktsetzung resultierende Lücken im Inland werden durch Abstützung auf das zivile Gesundheitssystem geschlossen.«

Der Einsatz, an den hier gedacht wird, ist künftig nicht mehr der Verteidigungsfall – er gilt angesichts der internationalen Lage für mehr als unwahrscheinlich – sondern der »Einsatz im Frieden«, wie es zynisch im bundeswehrdeutsch heißt. Denn hinter diesem Terminus verbirgt sich nichts anderes als weltweite Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes – Kampfeinsätze, Kriegseinsätze wie im Falle Jugoslawiens, Militärinterventionen unter der Flagge der UNO, der NATO, der Europäischen Union oder sogenannter »Ad-hoc-Koalitionen«. Dabei soll die Bundeswehr laut »Eckpfeiler«-Papier »ohne Rückgriff auf Mobilmachung und Aufwuchs in der Lage sein, eine große Operation mit bis zu 50 000 Soldaten aller Teilstreitkräfte über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr oder zwei mittlere Operationen mit jeweils bis zu 10 000 Soldaten über mehrere Jahre sowie jeweils parallel dazu mehrere kleine Operationen durchzuführen.«

»Engere Verzahnung«

Minister Scharping möchte die Bundeswehr zu einer kampfstarken Interventionsarmee machen mit 150 000 Soldaten als sogenannte »Einsatzkräfte« (bisher 60 000 Mann »Krisenreaktionskräfte«). Diese Planung kann nicht ohne Konsequenzen für das Sanitätswesen bleiben. Das am 23. Mai 2000 der Öffentlichkeit vorgelegte Papier der von Scharping eingesetzten Wehrstrukturkommission (Weizsäcker-Kommission), macht detaillierte Vorschläge für die Neuausrichtung der Sanitätstruppe. »Der Umfang dieses neuen Zentralen Sanitätsdienstes richtet sich im Wesentlichen nach den Erfordernissen, die sich aus den Einsatzoptionen der Streitkräfte außerhalb Deutschlands ergeben. Daraus folgt: Die medizinische Versorgung in Deutschland wird nur noch in dem Maße vom Sanitätsdienst selbst erbracht, wie es für die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte erforderlich ist oder unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten begründet werden kann. (...)

Deshalb sollte der Sanitätsdienst, wo immer möglich und sinnvoll, auf vorhandene zivile Kapazitäten zurückgreifen

können. Daraus ergibt sich zwangsläufig auch die Notwendigkeit einer engeren Verzahnung mit dem zivilen Gesundheitswesen.«

»Kommando Klinikum« nennen Kritiker solche Zukunftsentwürfe. Die Personalräte zahlreicher Kliniken haben sich gegen die zivil-militärische Kooperation in ihren Häusern ausgesprochen. Zum einen wehren sie sich gegen die Versuche, die Neustrukturierung des Sanitätswesens der Truppe ausgerechnet auf Kosten der finanz- und personenschwachen Krankenhäuser durchzuführen. Zum anderen protestieren sie auch, wie etwa in Karlsruhe, gegen den in ihren Augen verfassungswidrigen Umbau der Bundeswehr in eine weltweit agierende Interventionsarmee. Und schließlich sind nicht wenige Krankenpfleger und Ärzte überzeugte Kriegsdienstverweigerer und lehnen eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr grundsätzlich ab (s. Kasten).

Für die Personalratsvorsitzende des städtischen Krankenhauses Sindelfingen, Carola Grodzinski, kommen noch lokal-spezifische Bedenken hinzu: »Die Stadt ist vor einigen Jahren dem Hiroshima-Bündnis beigetreten – da passt es überhaupt nicht, dass militärische Strukturen in unserem Krankenhaus Einzug halten.«

Wenn es gelingt, die zivilen Gesundheitseinrichtungen für die Pläne der Bundeswehr zu nutzen, dann, so rechnet man sich in der Truppe aus, ist es möglich, teures eigenes Personal im Sanitätsdienst einzusparen. Es wäre dies ein willkommener Beitrag zu Scharpings Bemühungen, mehr Geld für Ausrüstung und Bewaffnung der Einsatzkräfte aufzuwenden. Mit dem Finanzminister ist der Verteidigungsminister bereits handelseinig geworden: Alle »Effizienzgewinne aufgrund höherer Wirtschaftlichkeit oder gesenkter



Betriebskosten« (Grobausplanung für die Neuausrichtung der Bundeswehr) werden in voller Höhe wieder in den Rüstungset gesteckt.

Der Autor ist Mitglied im Friedensbündnis Karlsruhe.



Stefan Brenner, Krankenpfleger, Personalrat und Kriegsdienstverweigerer

Demonstration gegen die geplante zivil-militärische Kooperation in Karlsruhe

Gewissensnot

Kriegsdienstverweigerer geraten durch die zivil-militärische Kooperation zwischen Klinik und Bundeswehr in Bedrängnis

Das städtische Krankenhaus Sindelfingen gehört zu den etwa 60 Kliniken, die mit der Bundeswehr einen Kooperationsvertrag haben. Dort arbeitet Stefan Brenner. Er ist Krankenpfleger, Personalrat und Kriegsdienstverweigerer. Seinen Zivildienst hat er vor acht Jahren abgeleistet. »Heute,« meint er, »müsste ich mich schon fragen, ob ich hier als ZDL anfangen könnte: Wenn die Krankenhausleitung die Bundeswehr im Haus haben will,

wie kann sie da gleichzeitig mich als Kriegsdienstverweigerer ernst nehmen?« Stefan Brenner hatte sich sehr bewusst aus christlichen und politischen Gründen zur KDV entschlossen. Die Beteiligung an einem Krieg lehnte er prinzipiell ab, ohne wenn und aber, und auch heute denkt er noch so. Doch der Vertrag seines Arbeitgebers mit der Bundeswehr könnte ihn urplötzlich in genau jene Gewissensnot bringen, die er durch seine Kriegsdienstverweigerung für sich ausschließen wollte: »Wenn ich an meinem Arbeitsplatz als Pfleger die Kriegstauglichkeit verwundeter und kranker Soldaten wieder herstellen soll, dann ist das eben nicht das, was ich als meine Berufs- oder auch Lebensaufgabe sehe.« Natürlich weiß der Krankenpfleger, dass er im konkreten Fall nie auf die Idee käme, einem Soldaten die Hilfe zu verweigern. »Auf der Station, da sieht man einen kranken Menschen – sonst nichts. Aber bei dieser zivil-militärischen Kooperation, da geht es um Politik.« Und diese Politik, die die Bundeswehr mehr und mehr in zivile Bereiche einzubinden versucht, die lehnt der Krankenpfleger ab. »Das hatten wir schon: die Gesellschaft wird enger und enger ans Militär gewöhnt. Das driftet in eine Richtung, die mir nicht gefällt.« W.Sch.

Grundgesetz

Kann ein Krankenhaus anerkannte Zivildienststelle sein und gleichzeitig enger Kooperationspartner der Bundeswehr? Das Grundgesetz (Art. 12 a, 2) sagt eindeutig, dass der Dienst der Kriegsdienstverweigerer nichts mit der Bundeswehr zu tun haben darf: »Das Nähere regelt ein Gesetz, das (...) eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muss, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.« Ist diese Vorgabe in den zivil-militärischen Kooperations-Kliniken noch erfüllt? Oder müssen diese Häuser ihre Anerkennung als Zivildienststelle verlieren? zivil wird in der nächsten Ausgabe auf diese Fragen ausführlich eingehen.

Schönheitsreparaturen

Anmerkungen zum Bericht der »Arbeitsgruppe Zukunft des Zivildienstes«

statt Umbau?

Von Friedhelm Schneider

Unter dem Titel »Die Bundeswehr – Sicher ins 21. Jahrhundert« hat im Mai der Verteidigungsminister die Neuausrichtung seiner Streitkräfteplanung vorgestellt. Das Reformkonzept beschreibt »Eckpfeiler für eine Erneuerung



Wie geht's weiter mit dem Zivildienst? Im Prinzip bleibt alles wie es war, wer will ...

von Grund auf« und macht deutlich, dass der Bundeswehr trotz Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht weitreichende Umbaumaßnahmen ins Haus stehen. Vier Monate später legt die vom Familienministerium einberufene »Arbeitsgruppe Zukunft des Zivildienstes« ihre »Empfehlungen zur Ausgestaltung des Zivildienstes« vor. Anders als das Eckwertepapier der Militärplaner lassen die Empfehlungen der Zivildienstexperten substantiell wenig Neues erkennen. Während der oberste Architekt der Bundeswehr seiner Armee eine konstruktive Umgestaltung verordnet, beschränken sich die Zivildienstplaner auf eher optisch wirksame Maßnahmen der Fassadensanierung. »Schönheitsreparaturen statt Umbau« könnte der unausgesprochene Leitsatz jener Zukunftsstudie lauten, die

wirkliche Reformkonzepte für den Zivildienst und seine Konversion vermissen lässt.

Ein Grund für das eher bescheidene Ausmaß der Zivildienstempfehlungen liegt in ihrer mangelnden Distanz zu den Interessen von Wohlfahrtsverbänden und Zivildienstverwaltung: Weite Teile des Arbeitsgruppenberichts lesen sich wie eine Werbebroschüre der Bundesregierung, die verständlicherweise geneigt ist, ihre Zivildienstpolitik durch die rosarote Brille zu betrachten. In geradezu euphorischen Tönen wird die Rolle der staatlichen Zivildienstschulen als Heilmittel gegen Individualismus und Ohne-mich-Denken hervorgehoben: Als »Forum der Begegnung von jungen Menschen mit unterschiedlichen lebensweltlichen Bezügen« wollen die Zivildienstschulen »Vertrauen in die Offenheit demokratischer Willensbildung und Beteiligung« vermitteln. Sie erweitern die »Handlungs- und Sozialkompetenz« der ZDL und tun alles, um sie zu selbständig-eigenverantwortlichem Handeln zu befähigen und für gesellschaftlich-politische Teilhabe zu gewinnen... Verständlich werden diese gehäuften Anleihen aus dem globalen Lernzielhimmel vielleicht, wenn man an die Zeit nach dem Zivildienst denkt – augenscheinlich melden Teile des staatlichen Zivildienstapparates schon jetzt ihre Kompetenz für die Organisation und Begleitung künftiger Freiwilligendienste an ...

»Selbststeuerung« von Einsparschäden

Dass derzeit die Realität der staatlichen Zivildienstpolitik durch einen sich selbstständigenden Sparreflex bestimmt wird, lässt sich der Zivildienststudie nur am Rande entnehmen. Um die Ausgaben des Familienministeriums für den Zivildienst zu reduzieren, soll die Zahl der im Jahresdurchschnitt tätigen ZDL, die 1999 knapp unter 140 000 lag, bis 2003 auf 110 000 gesenkt werden. Entsprechend ist seit Oktober 1999 allen Verwaltungsstellen eine verminderte Quote von Einberufungen zugewiesen worden, die nicht überschritten werden darf. Als Folge dieser sogenannten Kontingentierung von Einberufungen kam es in der zurückliegenden Zeit dazu, dass Zivildienststellen ihre Plätze nicht besetzen durften, ob-

wohl interessierte Bewerber bereitstanden. Gleichzeitig wurden spät gemusterte KDVer in die Warteschleife gedrängt, da sie im laufenden Haushaltsjahr keinen Zivildienstplatz mehr fanden. In der Frage der politisch verordneten Einberufungsobergrenzen hat das Bundesamt für den Zivildienst den Schwarzen Peter an die Verwaltungsstellen der Wohlfahrtsverbände weitergereicht und für diesen Vorgang die Parole der verbandlichen »Selbststeuerung« ausgegeben. Offensichtlich hat die Arbeitsgruppe »Zukunft des Zivildienstes« sich in ihrem Bericht von den Definitionsvorgaben der staatlichen Vertreter leiten lassen und – nicht nur hier – auf kritische Rückfragen verzichtet.

Maßnahmen gegen die »Zivi-Lücke«

Ein Problem, das die Wohlfahrtsverbände besonders beschäftigt, ist die seit Juli gegebene »Unterjährigkeit« des Zivildienstes. Wenn ZDL nur noch elf (ab 2002: zehn) Monate im Dienst sind, gestaltet sich der nahtlose Übergang zum folgenden Zivi schwieriger als früher. Da die meisten ZDL ihren Dienst im Sommer beginnen, muss künftig für das Frühjahr verstärkt mit Zivi-freien Monaten gerechnet werden. Das Schließen dieser Zivi-Lücke bildet den Hintergrund verschiedener Kommissionsempfehlungen. So soll eine gleichmäßigere Verteilung der Dienstantritte durch die Einführung verbindlicher Vorankündigungstermine erreicht werden, die das Bundesamt vorgibt. Der Ruf nach einer solchen Lenkungsmaßnahme steht in einer gewissen Spannung zur Arbeitsmarktneutralität des Zivildienstes, der, wie die Studie ausdrücklich betont, keinen sozialen »Sicherstellungsauftrag« hat.

Vielleicht ist der Arbeitsgruppe die Problematik dieser Empfehlung deutlich gewesen, denn ergänzend zur Möglichkeit einer stärker fremdbestimmten Zivildienstterminierung regt sie die freiwillige Variante eines »Anderen Dienstes im Inland« an:

Ersatz für den Ersatzdienst

Wer bei einer anerkannten Zivildienststelle einen Sozialdienst leistet, der mindestens zwei Monate länger dauert als der

Zivildienst, wird von der Pflicht, den Zivildienst zu absolvieren, befreit. Die soziale Absicherung dieses Dienstes übernehmen der Staat (Kranken- und Sozialversicherung) und die Beschäftigungsstelle (510 DM Taschengeld, Verpflegung,



... kann freiwillig länger dienen

Fotos: zivil/
W. Schulz

Unterkunft). Unklar bleibt, worin für KDVer der Anreiz bestehen soll, statt des Zivildienstes einer länger dauernden und weniger einträglichen Beschäftigung nachzukommen. Zwar wird erwogen, auch ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr als Ersatz für den Zivildienst anzuerkennen – insgesamt bleiben die Empfehlungen der Zivildienstplaner jedoch am Interesse der Zivildienstleistungen orientiert, außerhalb des regulären Arbeitsmarkts auf subventionierte Hilfskräfte für soziale Kernaufgaben zurückgreifen zu können. Diese Fixierung auf das zivildienstpolitische Verwertungsinteresse der Wohlfahrtsverbände ist es auch, die der Arbeitsgruppe den Blick für weiterreichende Reformperspektiven verstellt.

So könnte der »Anderer Dienst im Inland« z. B. den Rahmen für Anti-Gewalt-Trainings und -Einsätze abgeben, wie sie der Zivile Friedensdienst vorsieht. KDVer könnten, wie es in Italien möglich ist, zur »freundlichen Präsenz« von Gewaltgegnern in unruhigen Stadtvierteln beitragen. Sie könnten die Koordination von Amnesty-, Asyl-, Umwelt- oder Eine-Welt-Gruppen verstärken. Über den derzeitigen Zivildienst hinaus wäre all dies zum

Nutzen einer friedlichen und menschenfreundlichen Gesellschaft möglich, ohne in Konflikt mit dem Arbeitsmarkt zu kommen. Allerdings setzt die Verwirklichung solcher Konzepte einen politischen Gestaltungswillen voraus, der über unverbindliche Aufrufe zu Toleranz und Zivilcourage hinausgeht.

Uneingeschränkt zu begrüßen ist die Empfehlung der Arbeitsgruppe, dass endlich auch der »Anderer Dienst im Ausland« staatlich gefördert wird, mit dem KDVer zur Völkerverständigung beitragen. Immerhin hat besonders die SPD-Fraktion in ihren Oppositionsjahren diesen Wunsch stets nachdrücklich vorgebracht. Vielleicht hilft das Arbeitsgruppenpapier der heutigen Regierung, den Abstand zu früher getroffenen Aussagen und Versprechungen zu verkleinern.

Eine vorausschauende Zivildienstpolitik wird der Perspektive Raum geben, dass, wenn der wehrpflichtgestützte Zivildienst abnimmt, freiwillige Dienste und reguläre Beschäftigungsverhältnisse im Sozialbereich zunehmen müssen. Die Frage, wie die hier nötigen Weichenstellungen sozialverträglich vorgenommen werden können, bleibt auf der Tagesordnung.

Zivildienst in Zukunft

Auszüge aus den »Empfehlungen für die Ausgestaltung des Zivildienstes«, die von der »Arbeitsgruppe Zukunft des Zivildienstes« erstellt und der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend übergeben wurden. Der gesamte Text ist im Internet zu finden unter www.bmfsfj.de/info/inhalt0.5.htm

Dauer des Zivildienstes

Der Zivildienst dauert gemäß § 24 Abs. 2 Zivildienstgesetz (ZDG) ab 1.7.2000 elf Monate (Grundwehrdienst zehn Monate) und soll ab 1.1.2002 zehn Monate (Grundwehrdienst neun Monate) dauern.

Dienst in Abschnitten

Vor einer (den Bundeswehrplanungen) entsprechenden Einführung eines Dienstes in Abschnitten im Zivildienst wird die Bereitschaft der Zivildienststellen, einer solchen Organisationsform zuzustimmen, eingeholt werden müssen. Selbstverständlich müssten – wie bei der Bundeswehr – die Dienstantritte zu den verschiedenen Abschnitten mit einer Einberufung geregelt werden.

Anleitung und Begleitung

Der Anleitung und Begleitung der Zivildienstleistenden erwächst im Zuge der Verkürzung des Zivildienstes eine besondere Bedeutung. Um kürzere Einsatzzeiten sinnvoll nutzen zu können, ist eine immer effektivere Anleitung/Begleitung erforderlich. (...) Zur Aufarbeitung und Verarbeitung der im Zivildienst gemachten Erfahrungen sind Begleitveranstaltungen unerlässlich. Der Zivildienst wird durch die Einführungslehrgänge und die verschiedenen ihn begleitenden Bildungsmaßnahmen eingebunden in den lebenslangen Lernprozess. (...) Die in den Zivildienstschulen durchgeführten Lehrgänge ... erreichen zudem eine große Zahl junger Menschen, die sich im weiteren Verlauf ihres Lebens vermutlich nur noch selten, wenn überhaupt mit gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen auseinandersetzen werden. (...) Rüstzeiten und Werkwochen (Exerzitien) sind Veranstaltungen der Katholischen und Evangelischen Kirche, die von Geistlichen und beauftragten Seelsorger/inne/n der beiden großen

Kirchen durchgeführt werden. Sie bieten den Zivildienstleistenden die Gelegenheit zum Austausch über die im Zivildienst gemachten Erfahrungen sowie zur Diskussion über Fragen des Glaubens und christlich geprägter Gewaltlosigkeit. Sie sollen ferner die Motivation zur Friedensarbeit fördern.

Anderer Dienst im Inland

Die Zukunft unserer Demokratie wird wesentlich davon abhängen, ob sich in Deutschland und Europa eine lebendige Zivilgesellschaft entwickelt, die das bürgerschaftliche Engagement von einzelnen wie auch von Vereinigungen, Verbänden, Kirchen und Unternehmen zur Entfaltung bringt. Dazu will die Arbeitsgruppe durch die Eröffnung einer neuen Wahlmöglichkeit für junge Männer für einen sozialen oder ökologischen Dienst beitragen. Sie schlägt vor, ein neues Modell eines freiwilligen Dienstes zu entwickeln, der als »Anderer Dienst im Inland« wie der bereits existierende »Anderer Dienst im Ausland« zum Erlöschen der Pflicht, Zivildienst zu leisten, führt. Die Träger

dieses Dienstes bedürfen der Anerkennung durch das Bundesamt für den Zivildienst. Der Dienst dauert zwölf Monate.

Konversion

Die Geldmittel, die heute für den Zivildienst verausgabt werden, sollen erhalten bleiben und – soweit sie nicht für den Zivildienst gebraucht werden – zur Förderung von freiwilligen Diensten verwendet werden. (...) Die von verschiedenen Seiten vorgeschlagene Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht als Ersatz für den Zivildienst wird abgelehnt. (...) Nicht nur angesichts von mehr als 3,5 Millionen Arbeitslosen in unserem Land ist dies ein höchst problematischer Ansatz. (...) In bestimmten Bereichen könnte die Konversion des Zivildienstes in Arbeitsplätze ein interessanter und wünschenswerter Weg sein. Allerdings setzt dieser Ansatz voraus, dass die staatlichen Haushaltsmittel für den Zivildienst grundsätzlich zur Subventionierung des Arbeitsmarktes im sozialen und ökologischen Bereich zur Verfügung stehen. Dies ist nicht der Fall.



Die neuen Medien haben unsere Gegenwart revolutioniert und die technische und gesellschaftliche Entwicklung wesentlich vorangetrieben. Internet und Co. sind für viele Menschen zu einem unverzichtbaren Bestandteil ihres Lebens geworden. Derzeit besitzen rund 24 Millionen Bundesbürger ein Handy und fast 20 Millionen Deutsche einen Internetanschluss. Doch im Jahrtausend der Kommunikation sorgt man sich zunehmend auch um die Nebenwirkungen der »heilbringenden« und zukunftsweisenden Kommunikationsmedien. Rund ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik – so wird befürchtet – könnte schon bald völlig »offline« auf dem gesellschaftlichen Abstellgleis landen, während die Mehrheit sich zur privilegierten Online-Gesellschaft zählen kann. Betroffen davon sind vor allem alte, kranke und behinderte Menschen.

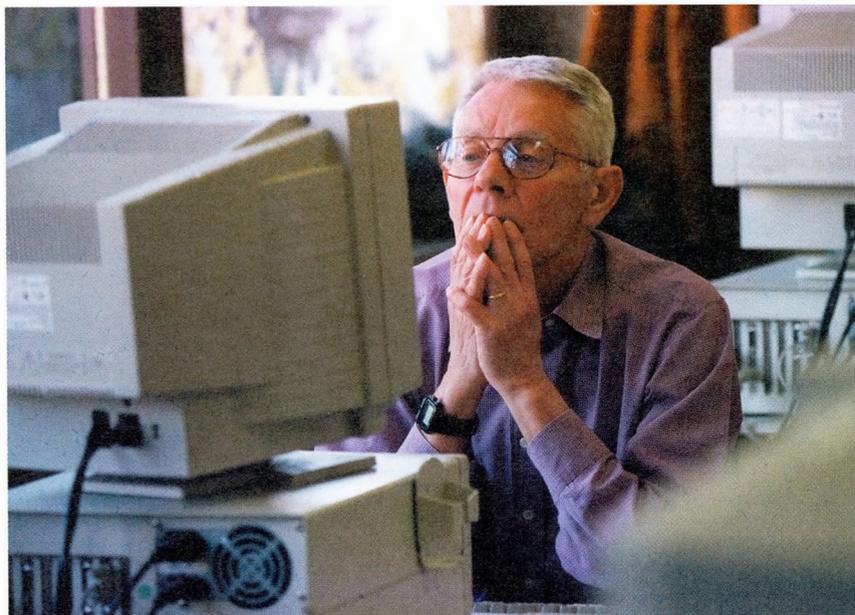
Ohne Anschluss droht der Ausschluss

Computer, eMail, Fax und Handy: Behinderte und Senioren wollen nicht »offline« bleiben

Von Martin Ewert

Die Wirtschaft, soziale Institutionen und Pädagogen sind auf das Problem der Ausgrenzung durch neue Technologien aufmerksam geworden und versuchen auf vielfältige Weise Abhilfe zu schaffen. Der deutsche Volkshochschulverband kann dabei als einer der Vorreiter betrachtet werden. Maria Mall ist Leiterin einer Volkshochschule in Barsbüttel bei Hamburg, wo im vergangenen Jahr ein PC-Einsteigerkurs für Senioren testweise begonnen wurde. Ihre Erfahrungen: »Der Kurs wurde sehr gut angenommen. Wir haben festgestellt, dass Senioren normalen Internetkursen gegenüber Vorbehalte haben, weil sie fürchten, von jüngeren Kursteilnehmern schnell überholt zu werden. Obwohl wir sagen können, dass diese Bedenken unnötig sind, fühlen sich ältere Menschen in Kursen mit Menschen gleichen Alters wohler. In diesem Jahr bieten wir zwei PC-Einsteigerkurse und einen Internetkurs für Senioren an.«

Auch die Gesellschaft für Gerontechnik Iserlohn veranstaltet Internetkurse für Senioren. »Die Kurse sind sagenhaft



»Sagenhaft gut besucht«: Computerkurse für Senioren. Fotos: graffiti

gut besucht. Wir haben festgestellt, dass ältere Leute extrem aufgeschlossen sein können. Der Drang, sich weiterzubilden zu wollen ist groß, denn vielen Ruhestandlern ist durchaus bewusst, dass das Internet die Gesellschaft revolutioniert. Da wollen viele den »Aufsprung« nicht verpassen,« so der Internet-Professor Heinrich Reents von der Märkischen Fachhochschule Iserlohn.

Für die Gesellschaft für Gerontechnik sind 800 ältere Menschen ehrenamtlich tätig. Sie stehen im Dialog mit der Wirtschaft, die in dem Potential der Senioren-generation einen neuen Markt sieht. Viele Unternehmen wenden sich an die Gesellschaft, um neu entwickelte Produkte und Dienstleistungen speziell von Senioren testen zu lassen. Die älteren Leute leben dann regelrecht mit diesen Produk-

Impressum

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Freiabo.

zivil ist Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V.

Herausgeber:
Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK)

Verleger:
Trägerverein EAK e.V.,
Carl-Schurz-Straße 17,
28209 Bremen

Redaktion:
Pfarrer Friedhelm Schneider,
Speyer (leitender Redakteur);
Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat:
Günter Knebel, Bremen;
Hans Seydel, Frankfurt;
Harald Wagner, Göppingen

Redaktionsanschrift:
Redaktion *zivil*,
Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart,
Tel. 0711/636 82 14,
Fax 0711/636 90 09
redaktion.zivil@t-online.de
<http://www.zivil.de>

Vertrieb:
Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, GEP
Vertrieb *zivil*, Postf. 500550,
60394 Frankfurt.

Anzeigen:
Burkhard Rodmann (V.i.S.d.P.),
Rodmann & Partner, Kommunikation und Media-Service,
HDV, Woldsenweg 14,
20249 Hamburg,
Tel. 040/48 75 76,
Fax 040/480 44 12
M-Tel. 0171/5 21 23 28
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 2 vom 30.09.99

Das Jahresabonnement (zur Zeit 4 Hefte) kostet DM 16,- einschl. Versand. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt im Heft. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse.

Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KVern und ZDL) und LeserInnen durch Artikel, Leserbriefe, Fotos, Karikaturen u.ä. ist erwünscht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden.

Grafik, Satz und Repro:
Windhueter GmbH, Heinkelstraße 27, 73614 Schorndorf
Druck und Verarbeitung:
Schnitzer Druck, Fritz-Klett-Straße 61-63, 71404 Korb

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden.

ISSN 1430-5968

ZIVISHIRTS WIRKEN.

Neues Motiv!

T-Shirt "Fashion", marine, V-Neck, 100%BW, DM 29,90

Kapuzensweat "Fashion", marine, beste Qualität, DM 59,90

Customshirt, lange Ärmel, Rückendruck, DM 49,90

T-Shirt "Rolli", 100% Baumwolle, schwere Qualität, DM 24,90

T-Shirt "Klo", für den Hausmeister-Zivi, DM 24,90

Kapuzensweat "Rolli" graumeliert, schwere Qualität, DM 49,90

ZIVI IM DIENST

Bestelladresse "Zivi im Dienst" Tobias Rothenberger, Am Hang 10, 24857 Fahrdorf / DM 6,- für Porto, Bezahlung wahlweise per Rechnung oder Paybox

www.zivi-im-dienst.de Bestell-Hotline 0172-3182195 - auch mit SMS Bestell-Fax 069-799213313

ten, in dem sie diese im Hinblick auf deren Funktionalität im täglichen Gebrauch erproben. Dabei wird auch Wert auf die Nachvollziehbarkeit der Bedienungsanleitungen gelegt. Die Unternehmen erhalten dann ein Ergebnis der Erprobung entsprechendes »Feedback«.

Professor Reents: »Die Entwickler in den Unternehmen sind meist recht jung und können oft nicht abschätzen, was bei Produkten und Dienstleistungen für ältere Leute alles beachtet werden muss, um den Bedürfnissen von Personen mit gesundheitlichen Handikaps gerecht zu werden.« Als Beispiel führt Reents die Tatsache an, dass einige Menschen sowohl kurz- wie auch weitsichtig zugleich sein können, so dass sie auf die Verwendung zweier unterschiedlicher Brillen angewiesen sind. So könnten unter anderem zu kleine Tasten, etwa beim Handy, unnötige Stolpersteine darstellen. Auch das alterstypische eingeschränkte Hörvermögen, das den Betroffenen schon Probleme im Straßenverkehr bereitet, müsse bei der Wahl der Frequenzbereiche für Signaltöne technischer Geräte Beachtung finden. Außerdem verfügten ältere Leute vielfach über ein eingeschränktes visuelles Wahrnehmungsspektrum, meist auch als »Tunnelblick« bezeichnet. Häufig rufe diese Eigenschaft eine verlangsamte Reaktion hervor.

Aus Fakten wie diesen leitet sich die Notwendigkeit ab, neue Produkte hinsichtlich ihrer Funktionsweise den individuellen Bedürfnissen der Zielgruppen anzupassen. »Denn Behinderte und ältere Menschen sind Teil unserer Gesellschaft,« resümiert Reents.

Chancen und Gefahren

Neue Technik, neue Produkte und neue Dienstleistungen haben insbesondere für alte und für behinderte Menschen eine Licht- und eine Schattenseite.

Als zweifellos positiv bewertet Professor Reents insbesondere für Behinderte »die Chance, sich nach außen zu konzentrieren, ohne das Handicap gleichzeitig ungewollt nach außen preisgeben zu müssen«. Keiner weiß auf den ersten Blick, ob sein Chat-Partner im Internet im Rollstuhl sitzt oder gehörlos ist. Insofern schafft das Internet eine Form von »Normalität«. Andererseits kann das Internet persönliche Kontakte nicht ersetzen und Einsamkeit allenfalls mindern. Auch im Hinblick auf die sich verändernde Arbeitswelt wird es positive und negative Entwicklungen geben. Professor Reents: »Es wird vermehrt Arbeit geben, wie etwa schon heute der Bestellannahme-

service etc., die problemlos an einem Telearbeitsplatz verrichtet werden kann.«

Aber Professor Reents verschließt nicht die Augen vor der eventuellen Gefahr einer rasanten Änderung des gewohnten Lebensrhythmus, wenn das Internet die sozialen Strukturen auflöst: »Die Arbeit ist dann nicht mehr wie bisher durch das Zuklappen der Bürotür zu Ende, sondern reicht bis ins »Privatleben« hinein.« Diese erschwerte Trennbarkeit von Arbeit und Freizeit könnte eine psychische Dauerbelastung für einige Personen bedeuten, die im fließenden Übergang beider Komponenten nicht mehr in der Lage sind »abzuschalten«.

Internet-Café in der Altentagesstätte

Es wäre eine Illusion zu glauben, den Fortschritt durch Konzentration auf das Altbewährte aufhalten zu können. Man kann sich nur rechtzeitig auf das derzeit ändernden Anforderungen gewachsen zu sein. Da es bestimmten Gesellschaftsgruppen schwerer fallen dürfte, sich anzupassen, sollte man Ihnen dabei behilflich sein. Auch die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Hamburg ist mit gutem Beispiel vorangegangen, um einer möglichen Ausgrenzung von älteren Menschen frühzeitig entgegenzutreten. In einem Pilotprojekt hat sie in Zusammenarbeit mit der Deutschen Telekom, die die Geräte stellt, zehn Altentagesstätten im Hamburger Raum mit jeweils drei PCs mit Internetanschluss ausgestattet. Gleichzeitig gab es eine kurze Schulung, in der der Umgang mit dem PC Lehrgegenstand war. »Wenn dieses Projekt erfolgreich ist und wir eine bestimmte Nutzungshäufigkeit feststellen können, werden wir alle Altentagesstätten mit Internetstationen ausstatten,« so der Pressesprecher der Behörde, Herr Schölich. Sicherlich sind dies alles vorbildliche Beispiele, gemeinsam eine Zukunft für alle zu gestalten. Professor Heinrich Reents bringt es mit einer plakativen Formulierung auf den Punkt: »Technik soll den Menschen dienen und nicht andersherum.«

Der Autor war Zivildienstleistender in Hamburg.

Buchtipps

»Aktiv und endlich Zeit«

Für acht Regionen in Deutschland geben die praktischen Handbücher »Aktiv und endlich Zeit« nützliche

Tipps für unternehmungslustige und wissensdurstige Senioren. Wo gibt's Computerkurse? Wer bietet Seniorensport an? Wohin kann man sich wenden, wenn man sich ehrenamtlich engagieren will? Und wo spielt die Musik?

Antworten auf 80 Seiten für DM 24,80 bei Verlag COMPANIONS
Helga Floto
Van-der-Smissen-Straße 2
22767 Hamburg
Tel.: 040 / 30 63 51-37
Fax: 040 / 30 63 51-50
floto@companions.de



»Ab heute bin ich im Internet«

Für alle, besonders auch für Senioren, die neue Erfahrungen mit dem Computer und mit dem Internet machen wollen, empfehlen sich die praktischen Anleitungen dieses Buches. Ohne Fachchinesisch und in logischem Aufbau führen die Kapitel Computerneulinge Schritt für Schritt ins Internet. 286 Seiten, mit vielen Abbildungsbeispielen und in großer(!) Schrift, gut lesbar für Senioren.

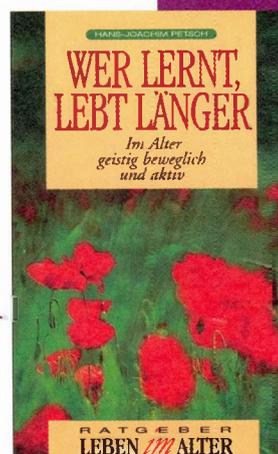
Ab heute .. bin ich im Internet!
SYBEX-Verlag, Düsseldorf
1999; 286 Seiten, DM 39,95



»Wer lernt, lebt länger«

Nicht nur körperlich, auch geistig kann man sich im Alter fit halten. Das Buchlein »Wer lernt, lebt länger« will auf unterhaltsame und informative Weise Mut machen, sich lebenslang geistig immer wieder herausfordern zu lassen.

Hans-Joachim Petsch:
»Wer lernt, lebt länger«
Claudius Verlag, München 1997
88 Seiten, DM 12,80



Zivil-Thema

ZIVILCOURAGE

Zivilcourage – **n9ggg** den Strom



Walter Jens,
Rhetoriker

»Die entscheidenden Verändere
der Welt sind immer gegen den
Strom geschwommen.«

ZIVILCOURAGE

Tatort: Ein Wagen der Berliner U-Bahn. Tatzeit: Ziemlich genau vor einem Jahr. Zwei Verkäufer der Obdachlosenzeitung »Motz« versuchen, ihr Blatt an den Mann, respektive an die Frau zu bringen. Ein illegaler Akt damals, denn die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) hatten kurz zuvor befunden, das »Ausgeliefertsein« der Fahrgäste gegenüber den Verkäufern habe »negative Auswirkungen auf das subjektive Sicherheitsempfinden« der Gäste. Prompt marschieren zwei Kontrolleure der BVG auf und es droht Unheil. Die »Motz«-Verkäufer riskieren den Rauswurf, es kommt zum Streit. Da steht plötzlich ein Fahrgast auf, empört darüber, dass die BVG ausgerechnet gegen Obdachlose vorgeht, zückt seine Brieftasche und kauft den »Motz«-Leuten den ganzen Stapel ab. Die beiden sind damit ganz normale Passagiere, die Kontrolleure haben keine Handhabe mehr, die Luft ist raus aus dem Konflikt.

So funktioniert Zivilcourage: Jemand fasst Mut und ändert die Richtung, jemand traut sich und stellt die Weichen um. In diesem Fall ging die Courage durch den Geldbeutel, in anderen Fällen fordert sie Zeit, Kraft, Energie, Nerven ... zum Nulltarif jedenfalls ist sie nie zu haben.

Der Steinmetz aus Berlin, der die Reparatur geschändeter jüdischer Grabsteine übernahm, ließ sich von rechtsextremistischen Drohungen gegen sich und seine Firma nicht einschüchtern. Er machte weiter, auch als Unbekannte sein Firmenlager verwüsteten. Statt aufzugeben und zu resignieren, gründete er mit Gleichgesinnten einen Fonds für Opfer rechter Gewalt.

Die Richtung ändern, nicht nur im Denken, auch im Tun, das ist eine Form von Zivilcourage. »Die meisten

Untaten begehen wir untätig«, sagt der Pädagoge und Schriftsteller Hans Peter Schwöbel. Und es mag jede und jeder selber bemessen, wie recht der Mann damit hat.

Beispiele gelungener, erfolgreicher Aktionen von Zivilcourage, historisch und aktuell, auf den folgenden Seiten.

W. Sch.

Zivilcourage ist unfallversichert

»Wenn jemand bei einem couragierten Einsatz für andere selbst verletzt wird, kommen wir für die Wiederherstellung der Gesundheit auf.« Dies erklärte der Geschäftsführer der Landesunfallkasse Hamburg stellvertretend für die Unfallkassen und Gemeindeunfallversicherungen aller Bundesländer. Für den Unfallversicherungsschutz müssen couragierte Menschen weder Anträge stellen noch Beiträge zahlen. Die Kosten werden aus Steuergeldern aufgebracht.

Als Martin Luther King während einer großen Demonstration zum Mut gegen die Gewalt aufrief, kam ein Zwischenruf aus der Menge: Gewalt ist besser als Feigheit. Darauf King: Nichts ist feiger als Gewalt. Gewalt und Mut darf man nicht verwechseln. Mut, wie King ihn verkörpert hat, ist eine Tapferkeit zum Frieden. Mut strebt nicht die Unterwerfung oder die Ausschaltung des Gegners an, sondern die Verhandlung und die Versöhnung. Gewalt will Ver-

nen, wo das Ja erwartet wird. Freilich sind Anpassung oder gar Unterwürfigkeit bequemer als Zivilcourage. Es gibt an jedem Tag Situationen, in denen sich Opportunismus als opportun anbietet. Das Schweigen, das Wegsehen ist einfacher als der Protest und das Eingreifen. Doch das stimmt nur scheinbar. Denn unterlassener Mut nagt an der Selbstachtung. Er macht letztlich unglücklich. Unser Wohlbefinden wird beeinträchtigt, wenn wir uns bei der Wahl zwischen zwei oder mehr Möglichkeiten für diejenige entscheiden, die den geringsten oder gar keinen Aufwand an Mut erfor-

den, wenn wir aufhören würden, mit der Stärke unsere Schwäche zu kaschieren. Die Behauptung von Stärke trennt die Menschen. In der gegenseitigen Einräumung von Schwäche können sie sich treffen und ergänzen. Aber diesen großen Mut würden wohl viele Menschen, auch auf dem Gebiet der Politik oder Wirtschaft, für einen Offenbarungseid halten. Demut müssen sie als Demütigung erleben.

Der Mut war zu allen Zeiten ein Thema der großen Denker. Man unterschied bereits in der Antike zwischen dem soldatischen und dem »wahren« Mut, der



Was ist eigentlich Zivilcourage?

Eine Sache des Herzens

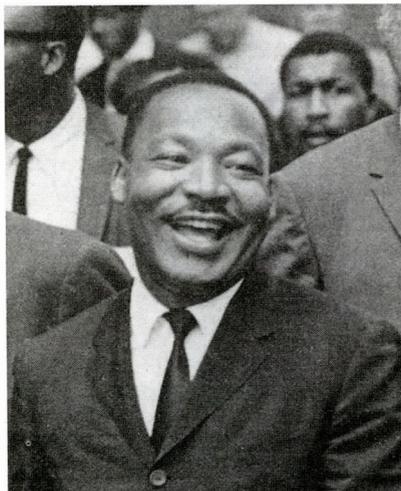
wundung, Mut will Gesundheit. Mut kann verzichten, Gewalt will vernichten. Mut sucht Lösungen, Gewalt die Endlösung.

Das Wort »Zivilcourage« ist nicht alt. Wissen Sie, wer es geprägt hat? Otto von Bismarck. Er berichtete einem Mitarbeiter von einem Verwandten, der in einer wichtigen Angelegenheit zu schweigen vorgezogen hat, obwohl er hätte reden sollen. Bismarck kommentierte: »Mut auf dem Schlachtfeld ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, dass es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt.«

Zivilcourage – der Mut zum Leben

Mut im Alltag, Furchtlosigkeit im zivilen Leben zu zeigen ist nicht zu vergleichen mit dem Todesmut des Draufgängers, der sein und anderer Menschen Leben aufs Spiel setzt, weil ihm das Leben nichts oder nicht viel bedeutet. Er fürchtet weder das Sterben noch das Töten, weil es ihm an Liebe zum Leben fehlt. Zivilcourage aber ist Mut zum Leben. Sie raselt nicht mit dem Säbel, sondern ihre Waffe ist das Wort, der Widerspruch, der Einwand, die Anklage. Sie macht von Vernunft Gebrauch. Kriegsmut ist heroisch und hierarchisch, er wird bewundert und dekoriert. Er macht von Gewalt Gebrauch. Zivilcourage, auch Bürgermut genannt, ist demokratisch und rational. Blinder Gehorsam ist ihr zuwider. Sie stört oft, kann renitent sein, wird nicht immer verstanden und wirkt gelegentlich sogar querulantis.

Zivilcourage setzt voraus, kein Mitläufer zu sein. Man muss selbständig denken können und demgemäß handeln wollen. Man muss nein sagen kön-



Martin Luther King

dert. Im Grunde seines Herzens weiß jeder Mensch, was er zu tun und was er zu lassen hat, was richtig oder falsch ist.

Gehörte zum Mut nicht auch Zaghaf- tigkeit und wäre er nicht eigentlich über- wundene Angst, ich hätte keinerlei Kom- petenz, über ihn zu reden. Für den Mut, welcher der Inbegriff der Männlichkeit sein soll und dessen höchste Ehre ein Platz auf dem Soldatenfriedhof ist, bin ich nicht geschaffen. Der Schutzpatron dieses Mutes wäre der bis an die Zähne be- waffnete und gerüstete Go- liath. Dieser Protz begegnet uns überall. Er hat seine Angst nicht überwunden, sondern überspielt. Eine der Krankheiten unserer Zeit ist die Vermeidung von Einge- ständnissen von Schwäche, also die Vortäuschung von Stärke. Dabei könnte die Schwäche unsere Stärke wer-

mit Klugheit, sogar mit Weisheit konver- giert. Er wurde als Seelenstärke, als Sache des Herzens, des persönlichen Zentrums definiert. Um diesen Mut zu haben, muss man schon jemand sein.

Ich frage: Warum ist Mut männlich? Der Mut. Ebenso der Hochmut, der Edelmut, der Übermut oder der Wage- mut. Aber Sanftmut ist weiblich, wie Langmut und Anmut. Es heißt der Klein- mut und die Großmut, der Unmut und die Wehmut. Wie es zu dieser Ge- schlechtertrennung kam, weiß ich nicht. Auch meine Wörterbücher bleiben ohne Auskunft. Wie dem auch sei: Mir will scheinen, dass der Mut, dessen wir heu- te bedürfen, weder nur weiblich noch nur männlich ist. Er ist beides. Das Wort Mut umfasste einmal Gemüt und Geist. Der Geist ohne das Gemüt ist so flach wie ein Wissen ohne Ahnen. Und das Gemüt ohne Geist ist so unklar wie ein Ahnen ohne Wissen. Sie sollten unzertrennlich sein. Mut als Zusammenfas- sung von Gemüt und Geist bereichert und vermehrt die bloße Denkleistung, er verleiht ihr einen Richtungssinn, ohne sie einzuschränken.

Gekürzt aus: Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen, Oberursel, Ausgabe Nr. 11/2000

Foto: dpa



Franca Magnani, italienische Journalistin

»Je mehr Bürger mit Zivilcourage ein Land hat, desto weniger Helden wird es einmal brauchen.«

ZIVILCOURAGE

Angefangen hat sie 1986. »Freiheit für Rudolf Hess« stand auf dem Sticker. Soviel Sympathie für Hitlers Stellvertreter konnte Irmala Schramm nicht verstehen. Kurzerhand piddelte sie den Aufkleber mit den Fingern ab und warf ihn weg. Inzwischen verbringt die Sonderpädagogin praktisch ihre gesamte Freizeit damit, Hass- und Nazi-Botschaften – seien es Aufkleber, Plakate, Kritzeleien – in ganz Deutschland zu entfer-

nen. Eine Spachtel und Azeton hat sie immer in der Handtasche. »Hass-Schmierereien sind psychische Gewalt« sagt Irmala Schramm, und deshalb kratzt sie sie ab oder übermalt sie, zuvor werden die Sprüche fotografiert oder abgeschrieben. 5800 Fotos und mehr als 1000 Aufkleber und Plakate hat sie gesammelt, die schlimmsten hat sie zu einer Ausstellung zusammengefasst.

»Jeder Türke sollte ein Messer bei sich haben. Zwischen der 3. und 4. Rippe.« Sprüche wie diese findet Irmala Schramm in der S-Bahn, an Bushaltestellen und Hauswänden von Köln bis Straßburg, von Kiel bis Prag. »Nur ein toter Neger ist ein guter Neger« überpinselte sie 1999 in Eberswalde, einem Ort in Brandenburg, der für seine rechtsextremen Gewalttaten bundesweit bekannt wurde. Die Jungen Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD, klebte mal Plakate, auf der zwei schwarze Hände den Hintern einer weißen Frau umfassen. Darunter stand der Satz: »Auch DAS ist Völkermord.« Das ist Jahre her, die öffentliche Empörung über die NPD gibt es erst wenige Monate. Irmala Schramm denkt schon lange darüber nach, »was eigentlich noch geboten werden muss«, bis Engagement gegen rechten Hass normal wird und nicht mehr als Zivilcourage mit einem Bundesverdienstorden gewürdigt



Irmala Schramm entfernt in ganz Deutschland rechtsextreme Hass-Parolen. Auch die Drohungen der Nazi-Schläger halten sie nicht davon ab



Manchmal, wenn S-Bahn-Bedienstete oder Restaurantbesitzer ihr helfen, etwa, indem sie eine Leiter bringen, merkt sie, dass die Mühe nicht umsonst ist. Oft wird sie jedoch wegen ihrer »Sachbeschädigung« beschimpft oder von Rechten bedroht. »In Cottbus hat mich mal so einer angemacht, ich solle gefälligst das Hakenkreuz dran lassen. Wir haben uns gestritten. Als er auf mich zukam, habe ich ihm tief in die Augen geschaut und auch einen Schritt in seine Richtung gemacht. Da ist er weggerannt.« Einschüchtern lässt sich Irmala Schramm nicht, dabei ist sie alles andere als eine

werden muss. Irmala Schramm hat ihren 1994 bekommen.

Zeigen, dass man keine Angst hat

Schon als Kind hatte sie im kirchlichen Internat Rassismus kennengelernt. »Meine ältere Schwester hatte damals einen Freund aus Indien. Eines nachts kam die Internatsleiterin in mein Zimmer und redete auf mich ein, ich müsste unbedingt verhindern, dass meine Schwester diesen Schwarzen heiratet«, erzählt Schramm. Sie kann das bis heute nicht fassen. So wie sie damals den Freund ihrer Schwester, der »wie ein Bruder« für sie war, in Schutz nahm, so will sie heute Minderheiten vor dem Hass schützen.

furchteinflößende Erscheinung. »Man muss zeigen, dass man keine Angst hat, dass man aufpasst. Damit rechnen sie nicht.« Erst hinterher zittert sie manchmal so sehr, dass sie nicht mehr fotografieren kann. Sie ist überzeugt, dass man mit den meisten jungen Nazis sogar reden kann, sie hat es ein paar Mal versucht. Gegengewalt jedenfalls ist für sie keine Lösung. Deshalb hat sie auch einen Spruch der Antifa in ihre Ausstellung mit aufgenommen, als Beispiel, wohin es aus ihrer Sicht trotz aller Wut auf die rechten Parolen niemals führen darf: »Haut die Glatzen bis sie platzen.«

Vorzeigeobjekt auf der EXPO

57 Mal hat Irmala Schramm die aus den Fundstücken entstandene Ausstellung »Hass vernichtet« schon eröffnet, zuletzt in Potsdam in der Stern-Kirche. Routine ist das nicht, zu jeder Eröffnung tippt sie ein Redemanuskript auf der Schreibmaschine. Nicht immer sind die Ausstellungen gut besucht, nicht immer sind sie so willkommen wie in Potsdam, wo eine alte Dame nach dem Gottesdienst Irmala Schramm dankbar die Hand drückt und erzählt, dass sie »das Zeug« auch immer abmacht, wenn sie es sieht. Auf der EXPO in Hannover war eine Irmala-Schramm-Büste ausgestellt, mit einem kleinen Begleittext in deutsch und englisch, als positives Beispiel für Zivilcourage in Deutschland. Doch ein Foto von Irmala Schramms Ausstellung war auf dem gesamten Gelände nicht zu sehen. Welche widerwärtigen Sprüche sie im ganzen Land findet, das wollten die EXPO-Macher den ausländischen Besuchern dann wohl lieber doch nicht zeigen.

Foto: graffiti



Herta Däubler-Gmelin,
Bundesjustizministerin

»Ich würde heute gerne darüber berichten, dass es bei uns endlich zum guten Ton gehört, gegen die ganz banalen, die sozusagen alltäglichen ausländerfeindlichen Gemeinheiten mit Zivilcourage vorzugehen. Aber so ist es leider immer noch nicht.«

ZIVILCOURAGE

»Wenn man sie fest ansieht, rennen sie weg«

Zivilcourage »aus Erwägungen der Menschlichkeit«

Paul Grüninger (1891 – 1972): Polizeichef und Fluchthelfer

Von Friedhelm Schneider

Schweiz 1938: Während der Berner Bundesrat den entschlossenen Kampf gegen die Zuwanderung ausländischer Juden anmahnt, kommt es an der Ostgrenze des Landes zu bemerkenswerten Beispielen der Solidarität mit jüdischen Flüchtlingen. Nicht ohne Sorge berichtet ein amtliches Protokoll von den Zuständen im Auffanglager Diepoldsau, nahe der österreichischen Grenze: Das Lager sei »ständig von der Schweizer Ortsbevölkerung umgeben, die sich mit den Flüchtlingen unterhalte und unter dem Eindruck des von ihnen Gehörten großes Mitgefühl zeige.« Am 27.10.1938 veranstaltete die in Diepoldsau Internierten einen Bunten Abend zum Geburtstag des Polizeikommandanten, der für ihr Lager ohne Zäune die Verantwortung trägt: Paul Grüninger heißt der Chef der St. Galler Kantonspolizei. Man kennt ihn als Uniformträger, der Menschlichkeit ausstrahlt, ja dem das Verfolgungsschicksal jüdischer Emigranten bisweilen die Tränen in die Augen treiben kann. Als Polizisten, vor dem man nicht zu zittern brauchte, hat ihn später ein ehemaliges Flüchtlingsmädchen charakterisiert.

Fünf Monate nach der Diepoldsauer Geburtstagsfeier wird Paul Grüninger vom Dienst suspendiert. »Charakterdefizite im Sinne fehlender Hemmungen« lautet ein Vorwurf, der sich amtsärztlich jedoch nicht erhärten lässt. Am 12.5.1939 beschließt der St. Galler Regierungsrat die fristlose Entlassung seines Polizeichefs wegen »Amtspflichtverletzung«. Das Delikt: Paul Grüninger hat mehr als 300 Juden vor dem Zugriff der Nazis gerettet, indem er sie illegal in die Schweiz einreisen ließ.

Grenzsperr

Was war geschehen? Nach dem »Anschluss« Österreichs ans Dritte Reich (13.3.1938) versuchten immer mehr österreichische Juden, sich über die Schweizer Grenze in Sicherheit zu bringen. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement verhängte daraufhin am



18. August eine Grenzsperr für jüdische Flüchtlinge aus Österreich. Im Kreise seiner mehrheitlich andersdenkenden Kollegen hatte Paul Grüninger zuvor für eine humane Politik der offenen Grenzen plädiert: »Die Rückweisung der Flüchtlinge geht schon aus Erwägungen der Menschlichkeit nicht. Wir müssen viele hereinlassen.«

Die ihm aufgetragene Grenzsperr stellte Grüninger vor die Entscheidung: Sollte er vorschriftsgemäß die Unversehrtheit der Schweizer Grenze sichern oder sollte er vorschriftswidrig das Leben von Menschen schützen, für die der Grenzübertritt Rettung aus Todesgefahr bedeuten konnte? Ob dem Hauptmann die Klärung seines Gewissenskonflikts schwer gefallen ist, wissen wir nicht. Jedenfalls entwickelte er in den folgenden Monaten ein umfangreiches Engagement zur Rettung bedrohter Juden:

Fluchthilfe

Er ließ zahlreiche Flüchtlinge die Schweizer Grenze passieren und sorgte dafür, dass in ihren Papieren ein Einreisedatum aus der Zeit vor der Grenzsperr eingetragen wurde. Er schrieb Bittbriefe an das Schweizer Konsulat in Wien, um die Ausstellung von Einreisevisa zu erreichen. Die im Deutschen Reich festgehaltenen Verwandten bereits geflohener Juden ließ er amtlich nach St. Gallen vorladen, um ihre Ausreise zu ermöglichen. Da Flüchtlinge aus Deutschland nicht mehr als 30 Reichsmark mitnehmen durften, organisierte Grüninger schließlich Kurierdienste zum heimlichen Geldtransfer und sammelte Spenden für mittellose Emigranten. Unregelmäßigkeiten in der Flüchtlingsstatistik waren es, die Anfang 1939 zur Aufdeckung seiner Fluchthilfeaktivitäten führten.

Ebenso unauffällig, wie Grüninger seine Hilfsaktionen durchführte, liest sich auch sein Lebenslauf: Die Eltern betrieben einen Zigarrenladen in der St. Galler Innenstadt, der Sohn wurde protestantisch erzogen. Er absolvierte die

Lehrerausbildung und wechselte 1919 wegen der besseren Verdienstmöglichkeiten zur Polizeilaufbahn. Sein besonderes Engagement galt dem Tierschutzverein und dem örtlichen Fußballclub. Der leise Held von St. Gallen war kein großer Wortführer, kein Intellektueller oder politischer Aktivist. Er handelte ganz einfach als Mitmensch, der seine Möglichkeiten wahrnahm.

Strafverfolgung

Nach der Entlassung aus dem Polizeidienst verurteilte das Bezirksgericht St. Gallen Paul Grüninger am 22.12.1940 zu einer Geldstrafe wegen Amtspflichtverletzung und Urkundenfälschung. In der Urteilsbegründung wird strafmildernd hervorgehoben, dass der Hauptmann »keinerlei persönlichen Vorteil für sich beabsichtigte« und dass seine Handlungen auf »dem objektiv rechtswidrigen, aber subjektiv menschlich verständlichen und entschuldbaren Einreisenlassen Flüchtiger« beruhten. – Die letzten drei Jahrzehnte seines Lebens verbrachte Paul Grüninger in sehr einfachen Verhältnissen. Er nahm alle möglichen Gelegenheitsarbeiten an, u.a. war er als Versicherungsvertreter tätig, verkaufte Teppiche, Textilien, Tierfutter oder gab Fahrstunden. Kurz vor seinem Tod wurde er 1971 in Israel zum »Gerechten unter den Völkern« erklärt.

Rehabilitierung

Dass die Regierung seines Heimatlandes sein Handeln offiziell als legitim anerkannte, hat Paul Grüninger nicht mehr erlebt. Nach heftigen Debatten und fünf vergeblichen Anläufen wurde er erst 1994 politisch rehabilitiert. Im Dezember 1995, 55 Jahre nach Grüningers Verurteilung, sprach das St. Galler Bezirksgericht den Flüchtlingsretter rechtswirksam frei. Nach kontroversen Diskussionen der staatlichen Finanzkommission wurden schließlich die dem Hauptmann vorenthaltenen Gehalts- und Pensionsgelder an die »Paul Grüninger Stiftung« gezahlt, die die Erinnerung an ihren Namensgeber wachhalten und einen regelmäßigen »Preis für besondere Menschlichkeit und besonderen Mut im Sinne Paul Grüningers« verleihen will.

Zum Weiterlesen: Stefan Keller: Grüningers Fall. Geschichten von Flucht und Hilfe, Rotpunktverlag Zürich



Fritz Pleitgen,
Intendant des WDR

»Auch Demokratie schützt nicht vor dem Abrutschen, und die Menschlichkeit stirbt wie die Freiheit zentimeterweise.«

ZIVILCOURAGE

Von Tobias Kaufmann

Seit Anfang 1999 beteiligen sich 13 Städte in Brandenburg an der »Aktion Noteingang«. Sie wurde von Schülern in Bernau gegründet. Inzwischen wird sie von verschiedenen regionalen Netzwerken (Antifa, Jugendprojekte) getragen, als Gegengewicht zur rechten Vormachtstellung in dem Bundesland, das seit Jahren bei der Zahl von Übergriffen gegen Ausländer und Andersdenkende an der Spitze liegt. Geschäfte und öffentliche Einrichtungen können mit den Aufklebern der Aktion dokumentieren, dass sie Verfolgten im Falle eines Falles Schutz gewähren. In einer eigenen Zwischenbilanz kommt die

denburg werden Flüchtlinge zu Tode getetzt, Behinderte verprügelt – es ist so offensichtlich, was hier abgeht, dass wir es nicht mehr verniedlichen können.

Martin (16): Wir wollen einerseits helfen, andererseits auch ein Zeichen setzen. Die rechte Hegemonie in vielen Städten und auch in manchem Potsdamer Wohngebiet ist so extrem, dass es für einen Schwarzen schon undenkbar ist, dort nicht angepöbelt zu werden. Wir wollen nicht, dass die Rechten weiter glauben können, dass sie im Sinne des Volkes handeln, wenn sie Minderheiten verfolgen.

zivil: Was bringt der Aufkleber denn einem Verfolgten?

Martin: Wir führen mit jedem, der den Aufkleber anbringt, ein persönliches Ge-



Johannes Rau,
Bundespräsident

»Wir können nicht genug davon haben an Bürgersinn und Zivilcourage, damit Gewalt und Vorurteile nicht im Schatten von Gleichgültigkeit und in dem Gefühl wachsen können: Das geht mich nichts an...

Wir brauchen eine neue Bürgerbewegung für ein friedliches Miteinander in unserem Land... Ohne Zivilcourage kann unsere Gesellschaft nicht leben.«

von ausgehen, dass die meisten kein Interesse haben, Gewaltopfern zu helfen. Oder dass sie zumindest so denken wie die hiesige Filiale des Optikers Fielmann. Die haben knallhart gesagt: »Das passt nicht in unser Geschäftskonzept.«

zivil: Vor kurzem hat die Aktion Noteingang den Aachener Friedenspreis bekommen. Erhofft ihr euch dadurch eine bessere Resonanz?

»Das passt nicht ins

Geschäftskonzept«

Mit der AKTION NOTEINGANG wollen Jugendliche in Brandenburg Schutz-zonen für Opfer rechter Gewalt schaffen und ein Zeichen gegen den alltäglichen Rassismus setzen. Dafür gab es in diesem Jahr den Aachener Friedenspreis – und jede Menge Ablehnung.

Initiative zu dem Schluss: »Die Aktion Noteingang war von uns gedacht als Angebot. Und das in zweierlei Hinsicht: Einmal als Angebot eines Schutzraumes (...), andererseits aber als Angebot an die befragten Geschäftsleute und VertreterInnen öffentlicher Institutionen, sich zu diesem Problem zu positionieren. Es fehlt – das darf und muss abschließend gesagt werden – weitgehend an einer solchen Bereitschaft zur Positionierung...« Sind die Bewohner von Brandenburgs Städten zu feige zum Widerstand oder sind sie gar Rassisten? **zivil** fragte zwei Mitglieder der Aktion Noteingang in Potsdam zu Sinn und Unsinn des Projekts.

zivil: Ein Ausländer geht durch Potsdams Innenstadt und in den Fenstern der Geschäfte prangen Aufkleber mit dem Satz: »Aktion Noteingang. Wir bieten Schutz vor rassistischen Übergriffen...« – wird der Ausländer da wirklich beruhigt sein, dass es solche Schutzzonen gibt, oder wird er in dem Wissen, dass sowas anscheinend nötig ist, eher sehen, dass er möglichst schnell weg kommt aus Potsdam?

Jörg (17): Es ist sicher ein Armutszeugnis, dass es unsere Aktion geben muss. Aber die Situation ist nun einmal so und wie sollen wir Opfern sonst helfen? In Bran-



sprach. Klären über Risiken auf, zeigen, wie man sich verhalten soll. Keiner muss den Rambo spielen. Wenn ein Flüchtling also in so einem Laden Schutz sucht, weiß er, dass die Leute darin Bescheid wissen, dass sie ihn schützen und dass sie beispielsweise nicht sofort die Polizei rufen, wenn er das nicht will. Wir haben nämlich schon erlebt, dass Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung abgeschoben wurden, nachdem sie sich helfend an die Polizei gewandt hatten.

zivil: Es scheint, dass nicht nur einige Polizisten von der Aktion nicht so viel halten. Ihr habt in zwei Anläufen insgesamt 230 Institutionen und Geschäfte gefragt, ob sie mitmachen. 17 haben ja gesagt. Woran liegt's?

Jörg: Für mich ist das ganz bitter. Wir hören viele Gründe; das meiste sind Ausreden. Manche sagen, sie hätten Angst, dass die Rechten dann das Geschäft demolieren. Aber sowas ist noch nie vorgekommen. Insofern müssen wir leider da-

Ein alternatives Café in Potsdam, einer der wenigen Orte »mit Aufkleber«



Martin: Tatsächlich haben wir neuerdings sehr viele Anfragen, wahrscheinlich auch durch die aktuelle Berichterstattung über die Rechtsradikalen. Das meiste Interesse kommt aber leider von Trittbrettfahrern: Politikern, Polizei, Parteien. Die wollen plötzlich Aufkleber verteilen. Da machen wir nicht mit. Erstens geht's nicht um den Aufkleber, da gehört eine Beratung dazu, damit sich die Leute auch entsprechend verhalten können. Außerdem denken wir nicht daran, gemeinsame Sache zu machen mit denen, die ein Gutteil an den Übergriffen schuld sind. Im Gegenteil. Wir werden den staatlichen Rassismus stärker ins Programm aufnehmen: also die ganze rassistische, menschenfeindliche Asyl- und Flüchtlingsgesetzgebung, die amtlichen Schikanen, die Abschiebeknäste, die »Kinder statt Inder«-Sprüche.

Jörg: Richtig. Wir haben den Friedenspreis deshalb gleich weitergegeben an die Gruppe von Asylbewerbern in Rathenow. Die hatten einen offenen Brief geschrieben, dass sie in Rathenow nicht mehr bleiben wollen und hatten angekündigt, Flüchtlinge und andere Interessierte in ganz Deutschland zu besuchen und ihnen zu erzählen, wie sie hier in Brandenburg behandelt werden. Dass sie Angst haben. Seitdem besteht die zuständige Behörde auf der Residenzpflicht und lässt keinen von denen aus Rathenow mehr raus. Das ist Alltag in Deutschland. Und Alltag ist eben nicht der »Aufstand der Anständigen.«

Mehr Infos per e-Mail:
noteingang@bernaunet

THEMA: ZIVILCOURAGE

Zivilcourage ist machbar

Beispiele, Adressen, Tipps zum Lesen, Leben, Lernen und »Loaden«



Demonstration gegen Rassismus am 9.11. in Berlin
Foto: dpa

Zusammengestellt von Werner Schulz

Leben

»Aktion Courage« nennt sich ein Bündnis von Initiativen, Vereinen und Einzelpersonen, die sich gegen gewalttätigen und offenen, aber auch gegen unterschweligen und alltäglichen Rassismus wehren. »Nur wenn wir uns den verschiedenen Welten öffnen, können wir unsere eigene verstehen und friedlich miteinander leben«, so das Motto des Vereins, dem sich über 60 lokale und regionale Organisationen angeschlossen haben. Vorsitzende sind Brigitte Erler und der »anatolische Schwabe« und Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir. Die vielfältigen Aktivitäten reichen vom Programm »Schule ohne Rassismus« über »interkulturelles Management in Betrieben« bis zu antirassistischen Trainings bei Polizei und Bundeswehr. Mitmachen bei Aktion Courage kann jede/r. Es gibt Büros in Bonn, Berlin, Mölln und Mainz.

- **Kontakt: Aktion Courage e.V., Bundesverband, Postfach 2644, 53016 Bonn, Tel. 0228/21 30 61, Fax: 0228/26 29 78, e-Mail: info@aktioncourage.org, Internet: www.aktioncourage.org**

In Brandenburg engagieren sich verschiedene regionale Gruppen gegen die rechte Vormachtstellung in der »Aktion Noteingang« (s. S. 19 in diesem Heft). Auch diese Initiative ist offen für alle.

Lernen

Auch wenn es weder Patentrezepte noch Schnellkurse für Zivilcourage gibt, so existieren doch Wege und Strategien, mit deren Hilfe sich Konflikte und Problemsituationen konstruktiv meistern lassen. Es gibt hilfreiche Techniken, »goldene« Regeln – und es gibt Vorbilder. Mit diesem Handwerkszeug wappnen sich Initiativen, pädagogische Projekte oder kirchliche Gruppen, die so genannte

»Anti-Gewalt-Trainings«, »Deeskalations-Trainings« oder Courage-Trainings« anbieten. Durch Übungen, Spiele, Videos und Bilder wird in solchen Kursen der eigene Umgang mit Gewalt und Aggression reflektiert und alle gemeinsam suchen nach gewaltfreien, phantasievollen Konfliktlösungsmustern. Trainings werden unter anderem angeboten von folgenden Stellen:

- **Kurve Wustrow, Bildungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V., Kirchstraße 14, 29462 Wustrow, Tel. 05843/9 87 10**
- **Arbeitsstelle Friedensdienst der Ev. Kirche der Pfalz, Große Himmelsgasse 3, 67346 Speyer, Tel. 06232/67 15 17**
- **Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg**
- **Arbeitsstelle Frieden, Blumenstr. 1–7, 76133 Karlsruhe**

Lesen

Nicht ganz aktuell (1992), aber dennoch empfehlenswert ist der Band von Kurt Singer, »Zivilcourage wagen – wie man lernt, sich einzumischen«. Singer, der selbst jahrelange Erfahrung in Bürgerinitiativen gesammelt hatte, liefert ein engagiertes Plädoyer für politische Beteiligung und Veränderung »von unten«.

- **Piper Verlag, München, 190 Seiten**

Eine Empfehlung für Pädagogen und alle, die mit Gruppen zum Thema arbeiten wollen, ist das Buch »Zivilcourage – Anleitung zum kreativen Umgang mit Konflikten und Gewalt«.

- **Agenda Verlag, Münster 1995, 142 S.**

Eine Menge Ideen und Anregungen, um Gewalt und Rassismus kreativ und zum Teil auch spielerisch zu thematisieren, bietet der Band »Spiele, Impulse und Übungen«, den die Arbeitsgruppe SOS-Rassismus NRW herausgegeben hat.

- **SOS-Rassismus, Haus Villigst, 58239 Schwerte, Tel. 02304/75 51 90**

Ein empfehlenswertes Dossier unter dem Titel »Den braunen Vormarsch stoppen« hat die Zeitschrift »Publik-Forum« herausgegeben. Dort sind auch »Initiativen für ein freundliches Land« vorgestellt.

- **Publik-Forum, Postfach 2010, 61410 Oberursel; www.publik-forum.de**

Wichtige Infos auf knappen vier Seiten zusammengetragen hat die »Kurve Wustrow« unter dem Titel »Gewaltfrei gegen rechtsextremistische Gewalt – Zivilcourage üben!«

- **Adresse siehe unter »Lernen«**

Neu aufgelegt wird gegenwärtig das methodisch interessant gestaltete Medienverbund-

programm »Störenfriede«, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegeben wird. Das Handbuch und die zugehörige Videocassette widmen sich der Prävention gegen rechtsextremistische Aktivitäten und richtet sich an alle, die beruflich oder ehrenamtlich mit Jugendlichen zu tun haben. Der Bezug ist kostenlos:

- **Broschürenstelle Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Postfach 20 15 51, 53145 Bonn, Tel. 0180/5 329 329**

Loaden

Sehr viele Kontakte zum Thema Zivilcourage finden sich im Internet.

Über die Hintergründe von Zivilcourage und gewaltfreier Aktion, über historische Beispiele und aktuelle Kontroversen informiert der Tübinger Verein für Friedenspädagogik auf seiner Homepage:

- **www.friedenspaedagogik.de/**

Wer sich gleich selber einbringen will in aktuelle Debatten, der findet ein »Diskussionsboard zur konstruktiven Diskussion über Zivilcourage« unter:

- **www.f21.parsimony.net/forum37292/**

Auch die evangelische Jugend in Bayern bietet im Internet ein »Forum Zivilcourage« unter:

- **www.bayern-evangelisch.de/aktuell/thema/zivilcourage.htm**

Deutsche Medien – darunter der Spiegel, die Woche, die Frankfurter Rundschau u. a. – haben sich in einer Internet-Initiative gegen Rechts zusammen geschlossen und bieten die Möglichkeit, sich in einem gebündelten Forum zu informieren:

- **www.netzgegenrechts.de**

Den wohl umfangreichsten Informationsdienst im Internet zum Thema Rassismus/Antirassismus bietet das Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung, DIR e.V., an. Auf hunderten www-Seiten ist nahezu alles gespeichert, was Presse oder Wissenschaft zum Thema veröffentlicht haben. Eine eigene Suchmaschine, die 13 Treffer zum Stichwort »Zivilcourage« bietet, erleichtert die Suche:

- **www.uni-marburg.de/dir**

Last, but not least: die Mitgliederzeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft, die Zivilcourage nicht nur im Titel führt, sondern sich auch inhaltlich mit dem Engagement gegen Gewalt und Krieg befasst:

- **www.dfg-vk.de**

Zivision.de

+++ zivi communities +++

Hier haben Zivis was zu melden: www.zivision.de



Zivis lesen billiger!

Egal wie lange Ihr noch Zivi seid,
bei PresseForum billiger lesen!

www.zivi-abo.de

Tageszeitungen

Frankfurter Allgemeine ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND	1001 1/2 Jahr (monatl. statt 47,00)*	29,80 DEM
Frankfurter Rundschau	1002 1/2 Jahr (monatl. statt 47,50)*	27,00 DEM
Neue Zürcher Zeitung	1009 1/2 Jahr (monatl. statt 49,00)*	29,40 DEM
	1003 1 Jahr (monatl. statt 49,00)*	29,40 DEM
Süddeutsche Zeitung Deutschlands große Tageszeitung	1004 1/2 Jahr (monatl. statt 40,50/43,80)*	28,50 DEM
taz - Die Tageszeitung	1005 1/2 Jahr (monatl. statt 49,50)*	36,75 DEM
	1006 1 Jahr (monatl. statt 49,50)*	36,75 DEM
DIE WELT	1007 1/2 Jahr (monatl. statt 39,80)*	23,50 DEM
	1008 1 Jahr (monatl. statt 39,80)*	23,50 DEM
	* regulärer Abopreis	
MANNHEIMER MORGEN	1010 1 Jahr (monatl. statt 38,60)*	27,00 DEM
Berliner Zeitung	1011 1 Jahr (monatl. statt 33,40)*	19,00 DEM

Wochenzeitungen

Das Parlament	2001 1 Jahr (statt 60,00)	28,80 DEM
DIE ZEIT	2002 1 Jahr (statt 260,00)	150,80 DEM

Wirtschaft

Wirtschafts Woche	neu!	7103 1 Jahr (statt 286,00)	182,00 DEM
DIE TELE BORSE	neu!	7102 1 Jahr (statt 249,60)	171,60 DEM
Geld idee		7101 1 Jahr (statt 70,20)	57,60 DEM

Wissenschaft

bild der wissenschaft		7001 1 Jahr (statt 144,00)	99,60 DEM
Spektrum DER WISSENSCHAFT		7002 1 Jahr (statt 154,80)	123,60 DEM
PSYCHOLOGIE HEUTE		7003 1 Jahr (statt 120,00)	88,80 DEM
DAMALS	neu!	7004 1 Jahr (statt 126,00)	76,80 DEM

Computer

CHIP	3001 1 Jahr (statt 96,00)	76,50 DEM
com!online	3002 1 Jahr (statt 46,80)	31,90 DEM
computer FOTO	3003 1 Jahr (statt 177,60)	142,56 DEM
COMPUTERWOCHE	3017 1 Jahr (statt 312,00)	137,50 DEM
ct magazin für computer technik	3004 1 Jahr (statt 143,00)	110,00 DEM
	3005 1 Jahr (statt 143,00+12,70 für 2 CDs) plus Jahres-Archiv-CD	122,70 DEM
GameStar	3006 1 Jahr (statt 106,80)	84,00 DEM
HomePage	3027 1 Jahr (statt 114,00)	79,20 DEM
Internet magazin	3028 1 Jahr (statt 78,00)	60,00 DEM
internet WORLD	3029 1 Jahr (statt 69,60)	47,60 DEM
macmagazin	3009 1 Jahr (statt 118,80)	106,92 DEM
MAC UP	3019 1 Jahr (statt 114,00)	89,10 DEM
	3020 1 Jahr (statt 122,00) plus Jahrgang CD	109,80 DEM
Macwelt	3010 1 Jahr (statt 108,00)	81,60 DEM
	3011 1 Jahr (statt 108,00+49,80 für die CD) plus Jahres-CD	102,00 DEM
PAGE digitale Gestaltung und Medienproduktion	3012 1 Jahr (statt 144,00)	118,80 DEM
PC go!	3013 1 Jahr (statt 117,60)	91,20 DEM
PC Magazin	3014 1 Jahr (statt 96,00)	75,00 DEM
PC WELT	3015 1 Jahr (statt 90,00)	72,60 DEM
	3016 1 Jahr (statt 90,00+34,80 für die CD) plus Jahres-CD	84,60 DEM

Fremdsprachen

Newsweek Fit in Englisch und weltweit am Puls der Zeit!	6001 1/2 Jahr (statt 182,00)	61,50 DEM
	6002 1 Jahr (statt 364,00)	109,00 DEM
	Für ein Newsweek Jahresabonnement erhalten Ihr von Newsweek England eine elektronische Datenbank!	
Spotlight	6003 1 Jahr (statt 114,00)	83,20 DEM
Écoute	6004 1 Jahr (statt 114,00)	83,20 DEM
adesso	6005 1 Jahr (statt 102,00)	73,60 DEM
ECOS	6006 1 Jahr (statt 114,00)	83,20 DEM

Politische Bildung

Informationen zur politischen Bildung	8001 Ausgabe: Aussiedler	- KOSTENLOS! -
PZ - Politische Zeitung	8002 Ausgabe: Die wiedervereinigten Deutschen	- KOSTENLOS! -

1234 = Bestell-Nr., 1/2 Jahr = Bezugsdauer, (statt 179,40) = Preis bei Einzelkauf, 61,50 DM = Preis im Zivi-Abo

Zum Vergleich: reguläre Abopreise in DM (nach Bestell-Nr.): | 2001 52,80 | 2002 228,80 | 3001 90,00 | 3002 39,90 | 3003 158,40 | 3004 129,50 | 3005 142,20 | 3006 90,60 | 3007 90,00 | 3008 104,90 | 3009 118,80 | 3010 96,00 | 3011 114,00 | 3012 132,00 | 3013 103,20 | 3014 88,50 | 3015 78,60 | 3016 90,60 | 3017 275,00 | 3019 99,00 | 3020 122,00 | 3027 99,00 | 3028 69,00 | 3029 59,50 | 6001 80,50 | 6002 155,00 | 6003 104,00 | 6004 104,00 | 6005 92,00 | 6006 104,00 | 7001 122,40 | 7002 142,20 | 7003 108,00 | 7004 106,80 | 7101 49,40 | 7102 249,60 | 7103 286,00 | 7104 249,60 | 7105 249,60 | 7106 249,60 | 7107 249,60 | 7108 249,60 | 7109 249,60 | 7110 249,60 | 7111 249,60 | 7112 249,60 | 7113 249,60 | 7114 249,60 | 7115 249,60 | 7116 249,60 | 7117 249,60 | 7118 249,60 | 7119 249,60 | 7120 249,60 | 7121 249,60 | 7122 249,60 | 7123 249,60 | 7124 249,60 | 7125 249,60 | 7126 249,60 | 7127 249,60 | 7128 249,60 | 7129 249,60 | 7130 249,60 | 7131 249,60 | 7132 249,60 | 7133 249,60 | 7134 249,60 | 7135 249,60 | 7136 249,60 | 7137 249,60 | 7138 249,60 | 7139 249,60 | 7140 249,60 | 7141 249,60 | 7142 249,60 | 7143 249,60 | 7144 249,60 | 7145 249,60 | 7146 249,60 | 7147 249,60 | 7148 249,60 | 7149 249,60 | 7150 249,60 | 7151 249,60 | 7152 249,60 | 7153 249,60 | 7154 249,60 | 7155 249,60 | 7156 249,60 | 7157 249,60 | 7158 249,60 | 7159 249,60 | 7160 249,60 | 7161 249,60 | 7162 249,60 | 7163 249,60 | 7164 249,60 | 7165 249,60 | 7166 249,60 | 7167 249,60 | 7168 249,60 | 7169 249,60 | 7170 249,60 | 7171 249,60 | 7172 249,60 | 7173 249,60 | 7174 249,60 | 7175 249,60 | 7176 249,60 | 7177 249,60 | 7178 249,60 | 7179 249,60 | 7180 249,60 | 7181 249,60 | 7182 249,60 | 7183 249,60 | 7184 249,60 | 7185 249,60 | 7186 249,60 | 7187 249,60 | 7188 249,60 | 7189 249,60 | 7190 249,60 | 7191 249,60 | 7192 249,60 | 7193 249,60 | 7194 249,60 | 7195 249,60 | 7196 249,60 | 7197 249,60 | 7198 249,60 | 7199 249,60 | 7200 249,60

Bitte wenden!

So wird's gemacht:

Ausgefüllten Bestellcoupon (Bestell-Nr. und beide Unterschriften nicht vergessen) zusammen mit einer **Kopie Eures Dienstausweises** per Brief oder Fax an:

PresseForum
Postfach 1449
75221 Niefern

Tel. 07233/973-101 · Fax 07233/973-102
www.zivi-abo.de

Ich bestelle zum Vorzugspreis für Zivildienstleistende/Wehrpflichtige; Abbuchung zunächst für die jeweils angegebene Bezugsdauer, anschließend bis auf Widerruf, ab der nächsterreichbaren Ausgabe zur Zustellung frei Haus folgende(n) Titel:

Bestell-Nr.	Titel	Bestell-Nr.	Titel	Bestell-Nr.	Titel
Bestell-Nr.	Titel	Bestell-Nr.	Titel	Bestell-Nr.	Titel
Name/Vorname			Telefon (für eventuelle Rückfragen)		
Straße		PLZ	Ort		
Falls Bankeinzug erwünscht, bitte ausfüllen:		Konto-Nr.	BLZ	bei Geldinstitut	
Vorzugspreis nur für Zivildienstleistende/Wehrpflichtige: Bitte Kopie des Dienstausweises mit einsenden. Ist der Bestellung die Kopie des Dienstausweises nicht beigelegt, wird von Anfang an der reguläre Abopreis berechnet.					
Widerrufsgarantie: Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von zwei Wochen schriftlich bei PresseForum, Postfach 1449, 75221 Niefern, zu widerrufen (rechtzeitiges Absenden des Widerrufs genügt).					
Datum:			Unterschrift:		
Bezugspreise enthalten bereits Versandkosten und Mehrwertsteuer! Lieferung erfolgt auf jeden Fall ab Verlag. Belieferung und Berechnung erfolgen durch den jeweiligen Verlag, nach Ablauf des Vorzugsabos zum regulären Abopreis. Die angegebenen Zeiträume sind Mindestbezugszeiten. Abonnementbeginn schnellstmöglich in ca. 2-4 Wochen. Für Art und Inhalt des Angebotes sind die jeweiligen Verlage verantwortlich. Es gelten die aktuellen Bezugspreise. Für Druckfehler keine Haftung.					

• BESTELLCOUPON

... bis zu 70% sparen!

TV

TV 1201 1 Jahr (statt 80,60)* **67,60 DEM**
*regulärer Abopreis

Musik

HÄMMER 9001 1 Jahr (statt 106,80) **78,00 DEM**
musikexpress 9002 1 Jahr (statt 102,00) **81,00 DEM**

Technik

Audio 3021 1 Jahr (statt 108,00) **81,00 DEM**
autohifi 3022 1 Jahr (statt 54,00) **43,20 DEM**
connect 3023 1 Jahr (statt 156,00) **117,00 DEM**
video 3025 1 Jahr (statt 78,00) **62,40 DEM**

Motor

auto motor sport 4001 1 Jahr (statt 156,00) **117,00 DEM**
AUTO 4004 1 Jahr (statt 52,00) **41,60 DEM**
CARAVANING 4005 1 Jahr (statt 57,60) **46,10 DEM**
MO KRAFTRAD 4003 1 Jahr (statt 81,60) **55,70 DEM**
mopped 4006 1 Jahr (statt 39,60) **31,70 DEM**
MOTORRAD 4002 1/2 Jahr (statt 78,00) **62,40 DEM**
MOTOR SPORT aktuell 4007 1/2 Jahr (statt 75,00) **56,25 DEM**
pro mobil 4009 1 Jahr (statt 72,00) **57,60 DEM**
PS 4010 1 Jahr (statt 72,00) **57,60 DEM**
ROLLER SPEZIAL 4011 1 Jahr (statt 30,00) **24,00 DEM**
sport auto 4012 1 Jahr (statt 72,00) **57,60 DEM**

Sport & Lifestyle

ALPIN 5009 1 Jahr (statt 102,00) **66,40 DEM**
Angel Woche 5014 1 Jahr (statt 87,50) **74,40 DEM**
Berge 5010 1 Jahr (statt 70,80) **51,00 DEM**
Blinker 5013 1 Jahr (statt 90,00) **76,50 DEM**
FLIEGENFISCHEN 5015 1 Jahr (statt 90,00) **76,50 DEM**
GOLFmagazin 5017 1 Jahr (statt 99,00) **84,15 DEM**
JÄGER 5016 1 Jahr (statt 111,60) **94,90 DEM**
kicker 5006 1 Jahr (statt 291,20) **202,80 DEM** (Montag und Donnerstag)
Men's Health 5001 1 Jahr (statt 72,00) **54,00 DEM**
LIVING 5011 1 Jahr (statt 60,00) **45,00 DEM**
Mountain BIKE 5012 1 Jahr (statt 87,60) **70,00 DEM**
RUNNER'S WORLD 5019 1 Jahr (statt 84,00) **63,00 DEM**
segeln 5018 1 Jahr (statt 90,00) **76,50 DEM**
skateboard 5004 1 Jahr (statt 72,00) **60,00 DEM**
snowboarder 5002 1 Jahr (statt 48,00) **35,00 DEM**
ST.GEORG 5020 1 Jahr (statt 108,00) **91,80 DEM**
SURFERS 5005 1 Jahr (statt 36,00) **26,40 DEM**
tauchen 5007 1 Jahr (statt 96,00) **81,60 DEM**
unterwasser 5008 1 Jahr (statt 96,00) **68,40 DEM**
COSMOPOLITAN 5022 1 Jahr (statt 60,00) **51,00 DEM**
JOY 5021 1 Jahr (statt 54,00) **45,00 DEM**
SHAPE 5023 1 Jahr (statt 60,00) **51,00 DEM**
Deutsche Briefmarken-Revue 5024 1 Jahr (statt 60,00) **48,00 DEM**

neu! neu! neu! neu!

1234 = Bestell-Nr., 1/2 Jahr = Bezugsdauer, (statt 179,40) = Preis bei Einzelkauf, 61,50 DM = Preis im Zivi-Abo

Zum Vergleich: reguläre Abopreise in DM (nach Bestell-Nr.): 3021 108,00 | 3022 54,00 | 3023 139,80 | 3025 78,00 | 3026 28,50 | 4001 139,80 | 4002 73,45 | 4003 69,60 | 4004 52,00 | 4005 57,60 | 4006 39,60 | 4007 75,00 | 4009 72,00 | 4010 72,00 | 4011 30,00 | 4012 72,00 | 5001 64,80 | 5002 42,00 | 5004 66,00 | 5005 33,00 | 5006 298,40 | 5007 96,00 | 5008 96,00 | 5009 84,00 | 5010 63,00 | 5011 60,00 | 5012 87,60 | 5013 90,00 | 5014 87,50 | 5015 90,00 | 5016 111,60 | 5017 99,00 | 5018 90,00 | 5019 84,00 | 5020 108,00 | 5021 54,00 | 5022 60,00 | 5023 60,00 | 5024 60,00 | 7001 122,40 | 7002 142,20 | 7003 108,00 | 9001 92,40 | 9002 94,80

Bitte wenden!

Von Werner Schulz

Zum Beispiel der Bank-Wachmann Christoph Meili aus der Schweiz: Im Aktenvernichtungsraum einer Bank, die er zu bewachen hatte, fand Meili einen Stapel Dokumente, die – wie er beim Durchblättern merkte – Hinweise auf die Aktivitäten Schweizerischer Geldinstitute während der NS-Zeit enthielten. Offensichtlich sollten diese Papiere vernichtet werden. Um dies zu verhindern, übergab der Wachmann seinen Fund der jüdischen Gemeinde in Zürich, für die die Papiere bis heute eine wertvolle Spurensicherung sind. »Whistleblower« Meili aber wurde von seinem Arbeitgeber, einer Wachgesellschaft, wegen eines »Dienstvergehens« fristlos entlassen.

Zum Beispiel der Biochemiker Eberhard Hilt. In den Arbeiten seines Chefs,

»bläst sie die Pfeife« und erzählt vom Bettennotstand in ihrer Klinik und davon, dass viel zu viele Patienten viel zu früh und nicht richtig geheilt entlassen werden. Die Klinikleitung reagiert mit einer Abmahnung, aber Cora Jacoby bleibt dabei: Gegenüber der »taz« berichtet sie von weiteren, schwerwiegenden Missständen – und kassiert am Ende Kündigung und Hausverbot. Dagegen klagt die »Whistleblowerin« vor dem Arbeitsgericht und bekommt schlussendlich recht.

Gemeinnützige Motive

»Whistleblower« gibt es in allen Metiers und allen gesellschaftlichen Bereichen. Überall passieren Dinge, die »eigentlich« so nicht in Ordnung, nicht rechtens oder

Whistleblowing

Zivilcourage am Arbeitsplatz

Der Begriff stammt aus den USA: »Whistleblowing«, wörtlich »die Pfeife blasen«, gehört in den Vereinigten Staaten zum gewohnten Sprachgebrauch. Gemeint ist, was im Deutschen noch am ehesten der militärisch klingende Begriff »Alarm schlagen« ausdrückt. Dabei hat »Whistleblowing« so gar nichts mit Befehl und Gehorsam zu tun.

des Krebsforschers Prof. Friedhelm Herrmann und dessen Partnerin Prof. Marion Brach entdeckte er gefälschte Laboraten. Trotz eindeutiger Drohungen seines Chefs (»Bedenken Sie, ich kann Sie plattmachen.«) informiert Hilt Fachleute seines Vertrauens und macht am Ende durch sein »Whistleblowing« den »größten Forschungsskandal der deutschen Nachkriegsgeschichte« bekannt.

Zum Beispiel die Assistenzärztin Cora Jacoby aus Berlin. In einer Talk-Show

nicht gerecht sind. Und wer von solchen Dingen erfährt, steht – meistens noch einsam und allein – vor der Frage: Wegschauen oder dagegen ankämpfen? »Whistleblower« kämpfen. Und sie haben dabei nie ihren eigenen Vorteil im Sinn.

»Whistleblower sind ethische Dissidenten, Personen mit Zivilcourage, die aus gemeinnützigen Motiven die Alarmglocken läuten«, so der Jurist Dieter Deiseroth, der das Thema intensiv bearbeitet und in Deutschland bekannt gemacht hat. Nach seinen Recherchen gibt es für »Whistleblower« immer wieder sehr ähnliche Konfliktlagen. Häufig entstehen Probleme für Arbeitnehmer dadurch, dass von ihnen verlangt wird, gegen berufliche »Standards« zu verstoßen, zu Gunsten von Kunden, Klienten oder des Chefs.

Da wird z.B. verlangt, bei der Datenauswertung ein bisschen zu »schlampen«, Messergebnisse hier und da zu »schönen« oder

Foto: greiffi



Edzard Reuter,
ehemaliger Vorstandsvorsitzender
der Daimler Benz AG

»Das ist selbstverständliche Bürgerpflicht: im täglichen Geschehen mit anzupacken, daran mitzuwirken, dass Abhilfe geschaffen wird, dass Wege des erträglichen Zusammenlebens in Respekt voreinander eröffnet werden.«

ZIVILCOURAGE

den einen oder anderen Wert einfach zu vergessen. Nicht selten wird von Angestellten sogar erwartet, dass sie im Interesse der Firma und des Geschäfts auch Straftaten und Gesetzesverstöße dulden oder mittragen. So im Falle des russischen Marinekapitäns Alexander Nikitin, der die mörderische Gefahr aufdeckte, die von alternden russischen Atom-U-Booten ausgeht (dazu unser Artikel auf S. 24/25). So auch im Falle der Engländerin Marja Hovi aus Bristol. Als Veterinärin eines Exportschlachthofes sollte sie trotz fehlender Nachweise die BSE-Unbedenklichkeitsdokumente für Rindfleischexporte unterschreiben. Sie weigerte sich – und verlor ihren Job.

Gewissen contra Arbeitsrecht

In aller Regel stehen »Whistleblower« mit ihrer Alarmglocke im konkreten Konfliktfall ziemlich alleine da. Außer ihrer Überzeugung und ihrem Gewissen haben sie wenig Stütze an ihrer Seite – aber jede Menge Vorhaltungen und Kritik gegen sich. Da werden sie an ihre arbeitsvertraglichen Pflichten erinnert und daran, dass sie nun einmal Anweisungen der Vorgesetzten zu befolgen hätten. Da wird ihnen vorgeworfen, das Betriebsklima und den »Betriebsfrieden« zu gefährden, ohne die eine Firma nicht funktionieren könne. Und da wird ihnen schließlich unterstellt, sie wollten durch das Ausplaudern vertraulicher Betriebsinterna das Renommee des Unternehmens ruinieren und die Firma schädigen.

Der arbeitsrechtliche Schutz der »Whistleblower« ist in Europa und in Deutschland bislang völlig unzureichend – anders als in den USA. Dort gibt es seit 1989 einen gesetzlich festgeschriebenen Schutz für »Whistleblower« im öffentlichen Dienst (Federal Whistleblower Protection Act), der in allen Bundesstaaten gilt. Um den Gewissensschutz der Arbeitnehmer in Deutschland zu verbessern, hat der DGB immerhin die Forderung in sein Grundsatzprogramm aufgenommen, ein Recht auf individuelle Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen im Arbeitsrecht zu verankern. Bislang ist Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen in Deutschland mit sehr hohen Risiken verbunden und führt entsprechend der Rechtsprechung, die sich stark an den Arbeitgeberinteressen orientiert, in der Regel zur Kündigung. Allen Rufen nach mehr Zivilcourage zum Trotz.



Wolfgang Thierse,
Bundestagspräsident

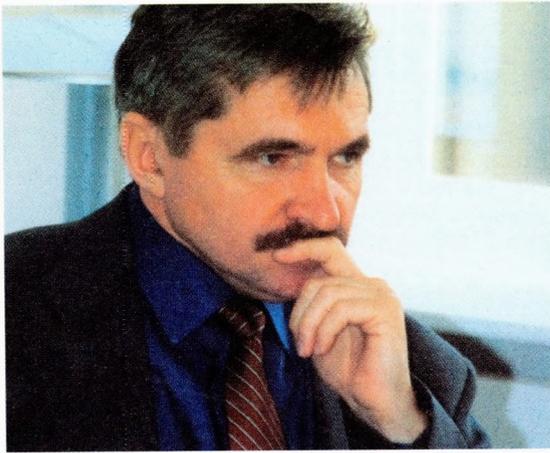
»In einer Gesellschaft, die Gewalt zum wichtigsten Gegenstand ihrer Fernsehunterhaltung macht – in einer solchen Gesellschaft ist etwas nicht in Ordnung ... Um so erstrebenswerter erscheint es mir,

dass die Medien die falsche Faszination durch Gewalt und Gewalttäter überwinden und ihre Aufmerksamkeit auch auf diejenigen richten, die ganz alltäglich Zivilcourage zeigen, die unsere Werte verteidigen und die die Ursachen von Gewalt suchen und zu bekämpfen helfen.«

ZIVILCOURAGE

Der Wahrsager

Weil er die Bedrohung der Umwelt durch russische Atom-U-Boote aufdeckte, wurde der ehemalige Kapitän Alexander Nikitin angeklagt und verfolgt



Alexander Nikitin (48), Kapitän a. D., wurde mit seinen Studien über die drohende Umweltkatastrophe durch die Atom-U-Boote der russischen Marine zu einem der bekanntesten Whistleblower der Welt. Sehr zum Ärger des Geheimdienstes und Russlands Präsidenten. Foto: Kaufmann



Von Tobias Kaufmann

Wie ein Held sieht er nicht gerade aus. Dazu ist Alexander Nikitin nicht mitreißend genug. Den Kopf mit dem ordentlich gekämmten grauen Haar hält er leicht zur Seite geneigt, in Richtung der Dolmetscherin. Der Blick, mit dem Nikitin die Fragesteller über seine aneinander gelegten Handflächen anschaut, ist ruhig, intelligent, freundlich. Sein Gesicht ist eben, ohne Auffälligkeiten, doch mit jener Art Fältchen um die Augen, die häufiges Lachen hinterlässt. Diesem Mann würden die meisten ohne Zögern ihren Wohnungsschlüssel anvertrauen. Oder ein großes Geheimnis.

Für Russlands Geheimdienst FSB und dessen früheren Chef Wladimir Putin, der jetzt als Präsident im Kreml sitzt, ist Nikitin ein Verräter. Warum? Bis 1992 war Alexander Nikitin Chefinspektor für nukleare Sicherheit im Verteidigungsministerium. Und ausgerechnet dieser Mann macht nach seinem Dienstende den katastrophalen Zustand der russischen Atom-U-Boot-Flotte öffentlich. Dafür wollten sie ihn umbringen, zumindest einsperren. Nachvollziehen kann Alexander Nikitin diese Reaktion bis heute nicht. Er hat gehandelt, wie ein

loyaler Offizier handeln sollte. Als die norwegische Umweltschutzorganisation Bellona ihn ansprach, ihn, der selbst in Atom-U-Booten gefahren war, der den Zustand der Marine kannte wie kaum einer, da sah Nikitin eine Chance, etwas fürs Vaterland zu tun. »Ich wusste, dass es riesige Probleme gibt und dass Russland diese Probleme alleine niemals lösen kann. Wenn ich aber auf fremde Hilfe angewiesen bin, dann muss ich Staaten wie Norwegen, die das ganze Unternehmen bezahlen sollen, doch nach bestem Wissen informieren.«

Anklage wegen Spionage

Nikitin ging mit seinem abgelaufenen Dienstausschuss in die Bibliothek der Marine-Akademie in seiner Heimatstadt St. Petersburg. Aus den dortigen Unterlagen trug er zusammen, was er aus eigener Anschauung sowieso wusste. Die Studien, die Nikitin 1995 und 1996 mit seinem Schwiegersohn Igor Kudrik und dem Norweger Thomas Nilsen vorlegte, malen ein erschreckendes Bild von ungesichert vor sich hin rostenden Atom-U-Booten, wilden Deponien voll radioaktiver Stoffe, von Reaktoren an Bord gesunkener Schiffe und von grausigen Unfällen, bei denen verstrahlte Matrosen innerlich verbrannten – eingeschlossen in ihre Kabinen, damit die restliche Crew nicht gefährdet würde. Welchen Sprengstoff Alexander Nikitin da – aus allgemein zugänglichen Quellen, wie er immer wieder betont – ans Licht befördert hat, ahnte er selbst nicht. Auf Heldentum hatte er es nicht angelegt. »Ich habe vermutet, dass einige mit meiner Veröffentlichung nicht einverstanden sein werden. Aber ich hätte nicht gedacht, dass sie mich erschießen wollen.«

Zu Sowjetzeiten wäre der Kapitän a. D. Alexander Nikitin wohl eines Morgens spurlos verschwunden, für ein paar Jahre mindestens, vielleicht für immer. 1996, als Russland unter Boris Jelzin auf Demokratie machte, reichte die Anklage des FSB wegen Landesverrats, Spionage, Geheimnisverrats und Handels mit amtlichen Dokumenten immerhin zur Verhaftung. Zwei Monate war er ohne Rechts-

beistand. Der einzige Erfolg des FSB, denn von da an machte sich der Geheimdienst vor den Augen einer kritischen westlichen Öffentlichkeit lächerlich. Achtmal musste die Anklageschrift auf Geheiß des Generalstaatsanwalts und verschiedener Gerichte nachgebessert werden, zu einer Verurteilung reichte es nie. Im Dezember 1996 wurde Nikitins Untersuchungshaft in Hausarrest umgewandelt. Allem Druck des Militärs zum Trotz, gegen scharfen Wind aus Richtung eines Teils der russischen Medien, die Nikitin als Verräter brandmarkten, und für nichts weniger als den NATO-Angriff auf Jugoslawien verantwortlich machten, jedoch beeindruckt von der Unterstützung durch Menschenrechtsgruppen aus ganz Europa, darunter amnesty international, setzten die Richter bis hin zum Präsidium des obersten Gerichtshofs ein Zeichen für die freie Justiz in Russland. Nikitin hat alles durchgestanden, freigesprochen in allen Punkten. Im Oktober 2000 sitzt Alexander Nikitin nicht im Knast, er sitzt als freier Mann in Berlin auf einer Pressekonferenz.

Konsequenzen aus der Katastrophe der Kursk

Die Fragen der Journalisten haben nur ein Thema: Den Untergang des Atom-U-Bootes Kursk. Nikitin hatte vor genau solchen Katastrophen gewarnt. Doch Triumph ist nicht in seiner Stimme, nur tiefes Bedauern. Wenn die Schikanen des FSB, die Angst und die Haft Spuren hinterlassen haben, dann hat Nikitin sie tief in sich verborgen. Keine Abrechnung, keine Rachegeleüste kommen über seine Lippen. Nur die Ankündigung, dass er sich nicht kleinkriegen lassen wird: »Ich weiß, dass Putin Medien und Nicht-Regierungs-Organisationen nicht mag. Es wird immer schwieriger. Doch noch haben wir in Russland eine Verfassung mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung und einem Gesetz, das Informationen über den Zustand der Umwelt ausdrück-



John F. Kennedy

John F. Kennedy

Zivilcourage



»Wir alle stehen ständig der gleichen grundlegenden Alternative gegenüber: Mut oder Nachgeben ... Zum Mut bedarf es keiner außerordentlichen Fähigkeiten, keines Zauberwortes, keiner besonderen Verbindung von Zeit, Ort und Umständen ... Die Gelegenheit bietet sich früher oder später für jeden von uns ... Hier tut ein Mensch, was

er zu tun hat – trotz aller persönlicher Folgen, trotz aller Hindernisse, Gefahren und Drohungen. Und dies ist die Grundlage aller menschlichen Sittlichkeit.«

ZIVILCOURAGE

lich nicht als Staatsgeheimnis ansieht.« Nikitin spricht nicht für sich persönlich, sondern für viele in Russland. Und er denkt an die Zukunft. Der 48-Jährige hat am ersten Tag seines kurzen Deutschlandbesuchs, bei dem er sich für die Verleihung des deutschen Whistleblower-Preises* bedanken wollte, im deutschen Außenministerium über Möglichkeiten der Zusammenarbeit gesprochen. Umweltminister Trittin hat ihn empfangen. Nikitin wirkt, als hätte er einen offiziellen Auftrag, dabei ist er nur Vertreter einer unbekanntenen »Koalition Umwelt und Menschenrechte« aus St. Petersburg. Die Journalisten stellen ihm Fragen, als sei er in absehbarer Zeit Minister und Nikitin antwortet, als stünde es ihm zu, dem russischen Präsidenten kollegiale Tipps zu geben. Putin müsse endlich eine vernünftige, offene Militärpolitik betreiben. Nikitins beherrschte Gesten, seine überlegten Worte zeugen von einer natürlichen Autorität. Man kann sich ihr schwer entziehen. Das ist selten, sogar bei Helden.

In diesem Moment scheint es unvorstellbar, dass Wladimir Putin den Rat dieses Mannes ignorieren könnte, als erstes alle für die Misere verantwortlichen Generäle rauszuschmeißen. Jene Generäle, die dem Präsidenten vor der Kursk-Katastrophe noch eine top gepflegte U-Boot-Flotte vorgeführt hatten. Die Namen sind kein Geheimnis. »Ich kenne die fast alle persönlich«, sagt Nikitin ruhig. Und dann blickt er hoch und grinst dieses spitzbübische Grinsen, das Falten um die Augen hinterlässt.

* Der deutsche »Whistleblower-Preis« wird verliehen von der Deutschen Sektion der internationalen Juristenvereinigung IALANA, der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) und der »Ethikschutzinitiative«.



Schwimmende Zeitbomben: russische Atom-U-Boote
Foto: dpa

Die anderen Seiten unserer Erde.



EineWelt

Magazin aus Mission und Ökumene

- »EineWelt« ist die Zeitschrift, die den anderen Blick wagt.
- Die den Menschen der Dritten Welt von Angesicht zu Angesicht begegnet:
- In Reportagen, Hintergrundberichten und Interviews aus dem Leben von Christen und Kirchen in der Ökumene, über Mission, Entwicklung, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

THEMEN FRÜHERER HEFTE:



Konflikt in Westafrika: Mauretaniens unerklärter Krieg
Simbabwe: Mobile Videoarbeit verändert das Dorf
Deutschland: Kirchen im Osten - krank geschrumpft?



Schwerpunktheft Korruption: Nepal: Geldgier frisst Demokratie
Hintergrund: Korruption - gefährliches Schmiermittel
Südafrika: Theater gegen Gewalt



Mali: Das Geheimnis der Dogon-Berge
Indien: Wassernotstand in T-Shirt-Town
Brasilien 500 Jahre: »Wir sind alle Indianer«

IN DEN NÄCHSTEN HEFTEN:

- 3/2000 Schwerpunkt **Kolumbien;** **Namibia** zehn Jahre nach der Freiheit
- 4/2000 Themenheft **Samoa**
- 5/2000 **Indien:** Magic Train

Die anderen Seiten gleich bestellen:

Ja, ich bestelle »EineWelt« ab der nächsten Ausgabe für mindestens ein Jahr (6 Hefte) zum Preis von z.Zt. DM 21,- (incl. Versand). Das Abonnement gilt solange, bis ich es schriftlich kündige. Eine Kündigung kann jederzeit, spätestens jedoch sechs Wochen vor Ablauf der Bezugszeit erfolgen.

Name _____

Straße/Nr. oder Postfach _____

PLZ/Ort _____

Datum _____ I. Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Diese Bestellung kann ich innerhalb von zehn Tagen beim Leserservice »EineWelt«, Missionshilfe Verlag, Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg schriftlich widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel). Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

2. Unterschrift _____

Einsenden an: Leserservice EineWelt, Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg

THEMA: ZIVILCOURAGE

»Kämpfen ist angesagt, nicht Dämpfen«

Er mischt sich ein. Mit scharfem Blick konstatiert er die Zu- und Misstände unserer Gesellschaft. Seine Diagnosen sind knapp, überraschend und provokativ: Der Künstler Klaus Staeck

Von Jörg Benzing

Die Beziehung zwischen Kunst und Politik hat mindestens zwei Seiten. Auf der einen streiten sich Politiker und Künstler über die Verteilung von Ämtern und Zuschüssen. Auf der an-

deren stehen Künstler, die sich mit ihrer Arbeit in die Politik einmischen. In diesem Sinn von Kunst meldet sich der Heidelberger Rechtsanwalt, Grafiker und Sozialdemokrat Klaus Staeck seit dreißig Jahren zu Wort. »Die Kunst«, sagt Staeck, »kann keine politischen Entscheidungen ersetzen. Aber sie kann im besten Fall die Richtung weisen, vor Irrtümern bewahren, Gegenbilder schaffen, die aus der oft als bedrückend empfundenen Realität hinausführen.«

1981 war die Düsseldorfer Firma Rheinmetall in den Verdacht des illegalen



Klaus Staeck entwirft auch Installationen und Objekte, wie hier den Sandsack für's Getriebe. Die Abbildungen entstammen dem besprochenen Band

deren stehen Künstler, die sich mit ihrer Arbeit in die Politik einmischen. In diesem Sinn von Kunst meldet sich der Heidelberger Rechtsanwalt, Grafiker und Sozialdemokrat Klaus Staeck seit dreißig Jahren zu Wort. »Die Kunst«, sagt Staeck, »kann keine politischen Entscheidungen ersetzen. Aber sie kann im besten Fall die Richtung weisen, vor Irrtümern bewahren, Gegenbilder schaffen, die aus der oft als bedrückend empfundenen Realität hinausführen.«

Bilder, »Gegenbilder«, hat Staeck schon eine Menge produziert und vor allem als Postkarten und Plakate unter Volk gebracht. Anfang der 1980-er Jahre beherrschte das sogenannte Waldsterben die öffentliche Diskussion. Ein Plakat von 1983 zeigt eine Gruppe toter Nadelbäume. Staeck montierte den Appell darunter: »Lasst uns nicht im Regen stehen«. Ein Portrait unseres blauen Planeten kontrastierte er im selben Jahr mit dem viel-sagenden Spruch: »Die Mietsache ist schonend zu behandeln und in gutem Zustand zurückzugeben.«

Natur- und Umweltschutz, Soziale Gerechtigkeit, deutsche Geschichte, Minderheiten, Dritte Welt, Wirtschaft, Parteien, Gesundheit, Kirche: Bald auf jedem



Zweckverband der Rüstungsindustrie

Kriegswaffenexports geraten. Das Magazin »Der Spiegel« berichtete darüber und veröffentlichte ein Foto, auf dem fünf Manager der Firma strahlend ihre Panzerabwehrpatronen präsentieren. Staeck kombinierte die Abbildung mit einem früheren Werbespruch der Deutschen Bundesbahn: »Alle reden vom Wetter. Wir nicht«, und ersetzte Wetter durch Frieden. Rheinmetall fühlte sich durch die Montage »erheblich diskriminiert« und zog Staeck vor mehrere Gerichte, um die Zurücknahme des Plakats durchzusetzen. Die Gerichte jedoch werteten die Plakat-idee als »einen Beitrag zum geistigen Meinungskampf«. Rheinmetall gab schließlich auf mit der Begründung, eine weitere Auseinandersetzung führe »ausschließlich zu einer unnötigen Aufwertung dieser nunmehr unzweideutig politisch qualifizierten 'Kunst'«.

Diese und viele andere Geschichten aus der Zeit seines dreißigjährigen Schaf-

fens hat Staeck jetzt in einem voluminösen Katalogbuch dokumentiert. »Ohne Auftrag. Unterwegs in Sachen Kunst und Politik«, ist die Bilanz seines Werkes überschrieben. Mit der Warn-, und Signalfarbe Rot haben Staeck und sein Verleger und alter Druckerfreund Gerhard Steidl denn auch die passende Umschlagfarbe gewählt. Erregung von Aufmerksamkeit ist schließlich Teil von Staecks selbsterteiltem »Auftrag«, für die Vorherrschaft des Politischen, vor allem über die Ansprüche der Wirtschaft, zu kämpfen.

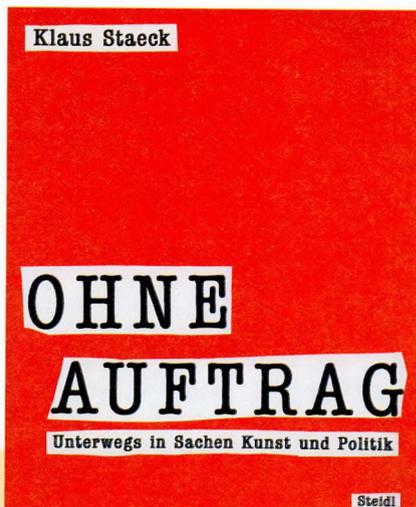
Klaus Staeck wurde 1938 in Pulsnitz bei Dresden geboren und wuchs in Bitterfeld auf. Ohne Aussicht auf ein Studium seiner Wahl kehrte der eigensinnige Abiturient 1956 der »Heimat aller Werk-täti-



gen« den Rücken und ging in den Westen. Staeck studierte in Heidelberg Jura und trat 1960 der SPD bei. Früh betätigte er sich künstlerisch, probierte sich im abstrakten Holzschnitt, verwarf aber bald das ungenießliche Arbeiten. »Das deutliche Auseinanderklaffen von künstlerischer Formensprache und politischem Anspruch«, schreibt Staeck im Eingangskapitel »Wie alles anfang«, »führte zu einer regelrechten persönlichen Krise.« Gegenstand des ersten Plakats 1969 war die NPD. Fortan griff er zeitgeschichtliche, aktuelle Vorkommnisse auf. 1965 gründete er den Verlag edition tangente (seit 1972 Edition Staeck), um Kunst, die eigene und die von Freunden, unabhängig vom etablierten Kunstbetrieb vermarkten zu können. 1977 nahm er erstmals an der Kasseler Kunstausstellung documenta teil. In Heinrich Böll und Joseph Beuys fand er Unterstützer seiner kunst- und sozialpolitischen Aktionen. Für seine grafischen Arbeiten und sein politisches Engagement erhielt Staeck im Lauf der Zeit mehrere Auszeichnungen, zuletzt 1999 den Kulturroschen des Deutschen Kulturrates.

Staecks Werkstattbericht ist eine anregend geschriebene, leicht lesbare und

reich illustrierte Selbstdarstellung. Dass sie zugleich ein Buch über dreißig und mehr Jahre deutscher Geschichte ist, liegt auf der Hand: Staeck blickt zurück auf seine Ausstellungen und Aktionen, beschreibt die Produktionsumstände eines Künstlers, und erzählt von einem, der alles auf die eigene Kappe nimmt und handelt, auch – und erst recht – »ohne Auftrag«.



Klaus Staeck: Ohne Auftrag. Unterwegs in Sachen Kunst und Politik. Göttingen, Steidl, 2000, 288 Seiten mit zahlreichen, teils farbigen Abbildungen, DM 49,80, ISBN 3-88243-739-1.

Eine deutsche Frage

Besprochen von Werner Schulz

Sind die Deutschen ausländerfeindlich?« – Ja, sie sind es, könnte die unzweideutige Antwort lauten und als Beweis dafür genügt eine einzige Zahl: 138. Einhundertachtunddreißig Menschen (nach Angaben des ZDF) wurden in den letzten zehn Jahren in Deutschland aus purem Fremdenhass zu Tode gehetzt, erschlagen, verbrannt. Die Frage nach Ausländerfeindlichkeit erscheint da geradezu naiv. Und dennoch: Auch »Nein, sie sind es nicht« könnte die Antwort lauten, denn natürlich haben nicht *die* Deutschen gemordet. Und auch die Verbrechen der Schändung von jüdischen Grabmälen in mehr als eintausend Fällen gehen nicht auf das



Konto von uns allen. Die Täter sind in der Minderheit.

Ja oder Nein, man spürt, dass beide Antworten letztlich unbefriedigend bleiben. Also wird die Antwort, die Wahrheit, irgendwo dazwischen liegen müssen. Irgendwo zwischen wissenschaftlichen Erhebungen und politischen Debatten, sozialen Studien und wirtschaftlichen Prognosen, gesetzlichen Normen und religiösen Werten wird sich der Grad der deutschen Ausländerfeindlichkeit erkennen lassen. Insofern ist es eine gute Idee, die das European Institute for International Affairs verfolgte, prominente Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Religion und Wissenschaft nach ihrer Einschätzung zu befragen. 49 Antworten hat der Pendo Verlag jetzt in einem Buch herausgegeben, 49 Versuche, das Verhältnis der Deutschen zu Fremden und zu sich selber zu beschreiben und zu deuten.

Schalomdiakonot

Das Gegenteil von Krieg ist nicht Frieden, sondern Friedensdienst.« Nach diesem Motto engagieren sich christlich motivierte Menschen seit einigen Jahren im sogenannten »Schalomdiakonot« für Friedenseinsätze im Ausland. Der neu erschienene Band gibt einen Überblick über die Entwicklung, über Erfolge und Grenzen dieser Form praktizierter Nächstenliebe.

Schalomdiakonot, Erfahrungen und Einsichten zur Gewaltfreiheit. Reihe Probleme des Friedens, meinhardt Verlag, Idstein, 2000; 219 Seiten, DM 24,80, ISBN 3-933325-17-X

Die Autorinnen und Autoren – z. B. Johannes Rau, Ignatz Bubis, Herta Däubler-Gmelin, Friedrich Schorlemmer, Edzard Reuter, Günter Wallraff – nehmen in kurzen, pointierten Essays Stellung. Ein empfehlenswertes Buch ist daraus entstanden.

Sind die Deutschen ausländerfeindlich? 49 Stellungnahmen zu einem aktuellen Thema. Pendo Verlag, Zürich/München, 2000; 350 Seiten, DM 19,90, ISBN 3-85842-389-0

Ohne Auto leben?

Vorgestellt von Werner Schulz

Gibt es das wirklich, ein Leben nach dem Auto? Was wird danach kommen, nach dem gefürchteten Augenblick des Grauens, wenn das Auto verkauft und der Parkplatz für immer leer ist? Das Ende, Exitus, das große dunkle Nichts? Oder wird auch danach noch irgend etwas weitergehen, irgendwie?

Und erst recht: Was ist mit jenen, die nie erfahren haben, was es heißt, ein Auto zu besitzen? Kann man das wirklich Leben nennen? Ist mündige menschliche Existenz auf diesem Planeten überhaupt vorgesehen ohne Führerschein?

Diese und viele weitere existenzielle Fragen rund um die Seele der industrialisierten Autonationen beantwortet ein neu erschienenes Buch auf – dicht bedruckten – 132 Seiten. Das besondere an diesem Lesebuch: Menschen, die es geschafft haben, die einen Blick hinüber in

die andere Welt erheischen konnten, erzählen von ihrem zweiten Leben jenseits des Autos. Es berichten ganz normale Familien, durchschnittliche Singles und Senioren, aber auch Menschen »in besonderen Lebenslagen«, so z. B. ein ehemaliger Auto-User unter der Überschrift: »Trunkenheit am Steuer – Lappen weg – Glück im Pech«. Erfreulich heiter und un-

beschwert schaffen es die »Auto(!)ren«, Worte zu finden über eine der schwersten Phasen im Leben eines Menschen, über lange Abschiede, über endgültige Trennungen. Ein wichtiges Buch. Und ein mutiges Buch dazu, denn: alle Beiträge sind auto-biografisch!

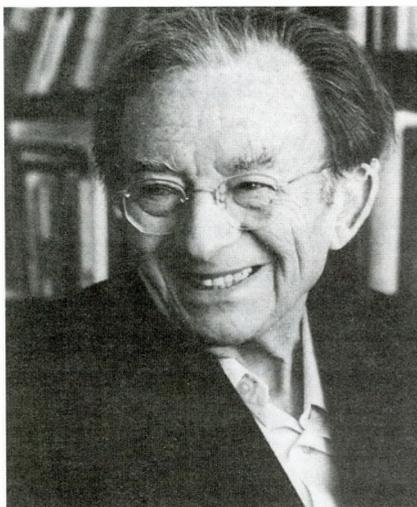


Über Leben ohne Auto; ein Lesebuch. ökom Verlag, München, 2000; DM 14,80, ISBN 3-928244-60-4.

Ein Geschenktipp für Weihnachten: ab 5 Stück für DM 11,11 pro Exemplar gegen Vorkasse (Verrechnungsscheck) direkt bei: autofrei leben! e.V., Dorfstraße 18, 07646 Schlöben

Zum einhundertsten Geburtstag:

»Friedfertiger werden«



Erich Fromm (1900 – 1980) und sein friedenspolitisches Engagement

sen genauer aus und entwickelte 1955 in »The Sane Society« (deutsch: »Wege aus einer kranken Gesellschaft«) die Vision einer friedlichen und humanen Gesellschaft, in der der Mensch und nicht Geld und Macht Selbstzweck und Mittelpunkt allen Strebens ist. Bald nach der Veröffentlichung dieser Studie begann sich Fromm in einem Alter, in dem sich viele Menschen bereits langsam auf den Ruhestand vorbereiten, politisch zu betätigen. Neben der Mitarbeit in der Sozialistischen Partei der USA, für die er unter anderem den Entwurf eines neuen Parteiprogramms schrieb und aus der er aber bald wieder austrat, weil sie sich ihm zu weit nach rechts entwickelt hatte, engagierte er sich sehr in der US-amerikanischen Friedensbewegung. 1957 war er an der

Gründung der Initiative SANE beteiligt (»National Committee for a Sane Nuclear Policy«), die sich gegen das atomare Hochrüsten engagierte und die zu der einflussreichsten friedenspolitischen Gruppierung in den Vereinigten Staaten werden sollte. Es war das Jahr des sogenannten Sputnik-Schocks, als es der UdSSR gelang, den weltweit ersten Satelliten ins All zu schießen. Die Vereinigten Staaten reagierten darauf mit einer Forschungs- und Rüstungsoffensive und trafen mit den europäischen Verbündeten Abkommen über amerikanische Raketenabschussbasen in Europa.

Es geht um den Menschen!

In den Sechziger Jahren schrieb Fromm eine ganze Reihe von Stellungnahmen für eine einseitige Abrüstung, die er US-amerikanischen Abgeordneten und Senatoren zukommen ließ und zum Teil in Zeitschriften veröffentlichte. »Die tatsächliche Bedrohung unserer Existenz«, so schreibt er 1960, »liegt nicht in der kommunistischen Ideologie, noch nicht einmal in der militärischen Stärke des kommunistischen Blocks, sondern in der Aushöhlung unserer Überzeugungen.« Wer ständig unter der Bedrohung der Vernichtung lebt, wird nach Fromms

Von Martin Staiger

1959 erschien in der Bundesrepublik Deutschland ein kleines Buch mit dem Titel »Die Kunst des Lebens« von Erich Fromm. Obwohl es in dem 1956 in den USA erstmals publizierten Buch schon im Vorwort heißt, man dürfe von ihm »keine simple Anleitung in der Kunst des Lebens erwarten«, wurde es von vielen Leserinnen und Lesern genau als eine solche verstanden. Die große Sehnsucht nach einem Do-it-Yourself-Rezept für eines der schwierigsten und schmerzvollsten menschlichen Probleme machte das Buch zum Bestseller. Der große Erfolg des kleinen Bändchens verdeckte weitgehend das eigentliche Anliegen des 1933 von Frankfurt am Main in die USA emigrierten Sozialpsychologen Erich Fromm. Er hatte es sich zur Aufgabe gestellt, nicht nur das Wesen einzelner Menschen zu erforschen, sondern vor allem den ganze Gesellschaften dominierenden »Massen-Charakter«.

1941 kam er in seinem ersten Buch »Die Furcht vor der Freiheit« zu dem Ergebnis, dass sowohl in Deutschland als auch in den USA die allermeisten Menschen vor der Freiheit fliehen: die Deutschen hin zu autoritären Führern, die US-Amerikanerinnen und -Amerikaner hin zu materiellem Gewinn. In den folgenden Jahren arbeitete Fromm diese Analy-

Zum Weiterlesen:

Gut geeignet, um in Erich Fromms Denken einen Einblick zu erhalten, ist der Band »Haben oder Sein«. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. Erstmals erschienen 1976; dtv München 1998, 15,50 DM. Die friedenspolitischen Texte finden sich verstreut im Gesamtwerk. Viele kurze Texte sind seit Ende letzten Jahres in dem neu erschienenen Band XI der Gesamtausgabe zugänglich.

Zur biographischen Einführung ist zu empfehlen: Rainer Funk: Erich Fromm mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. (rororo-Biographie, Reinbek bei Hamburg 1983, 12,90 DM.

Einzelne Aspekte: Funk/ Johach / Meyer (Hrsg.): Erich Fromm heute. Zur Aktualität seines Denkens. dtv München 2000, 21,50 DM, darin: Helmut Johach: Gelebter Humanismus. Zeitdiagnose und politisches Engagement, S.68-84.

Weitere Informationen über Erich Fromm auf der Homepage der Erich-Fromm-Gesellschaft (<http://www.erich-fromm.de>)



Analyse zynisch und lebensfeindlich und taugt höchstens noch zu einer produzierenden und konsumierenden, weitgehend ferngesteuerten Existenz, die er »Marketingcharakter« nannte.

In der US-amerikanischen Friedensbewegung fanden sich Menschen zusammen, die auf der Grundlage unterschiedlichster Religionen und Weltanschauungen für das Beenden des Wettrüstens eintraten. Darüber hinaus verband sie die Ablehnung der vorherrschenden Marketingorientierung und die humanistische Überzeugung, dass der Mensch und seine Fähigkeit zur Freiheit und zum Streben nach Solidarität und Gerechtigkeit im Mittelpunkt aller politischen Arbeit stehen müsse.

Fromm nahm 1962 an der Moskauer Abrüstungskonferenz als Beobachter teil und entwickelte vielfältige Kontakte zu humanistisch gesinnten Sozialisten in Osteuropa, wo sich in einigen Ländern, wie in der Tschechoslowakei oder in Jugoslawien, zarte Knospen eines politischen Frühlings zeigten. Er sprach sich gegen den Vietnamkrieg aus und engagierte sich in den Vorwahlen zur Bestimmung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten 1968 für den Kandidaten McCarthy – nicht zu verwechseln mit dem Kommunistenjäger gleichen Namens –, der für ihn ein Symbol für die Vision einer humanen Gesellschaft war. Nachdem 1968 Richard Nixon US-amerikanischer Präsident geworden war, droselte Fromm erschöpft und tief enttäuscht sein friedenspolitisches Engagement. Er siedelte in die Schweiz über, von wo aus er noch einmal, diesmal ausschließlich publizistisch, in die Friedensbewegung eingriff.

Haben oder Sein?

Sein 1976 erschienenes Buch »Haben oder Sein«, in dem er seine Leserinnen und Leser auffordert, sich gegen ein auf die Ansammlung von Gütern ausgerichtetes und für ein schöpferisches, nach Gerechtigkeit strebendes Leben zu entscheiden, gab der Ende der Siebziger Jahre in Europa erstarkenden Friedens- und Ökologiebewegung wichtige Impulse. Heute, da in weiten Kreisen die Friedensbewegungen der letzten vier Jahrzehnte allzuoft als hysterische Aktionen angsterfüllter Gutmenschen abqualifiziert werden, wird an das friedenspolitische Engagement Erich Fromms selten erinnert. Es ist jedoch von seiner Person nicht wegzudenken. Wie wenige Wissenschaftler vor und nach ihm bestand er darauf, Theorie und Praxis miteinander zu verbinden. Das macht ihn auch heute noch zu einem der wenigen Vorbilder, die »durch ihre mutigen Ideen dazu beitragen können, dass wir insgesamt toleranter und hilfsbereiter, bedürfnisloser und friedfertiger werden« (Ivo Frenzel in der Süddeutschen Zeitung vom 19.2.1977)

Protest gegen Gewalt gegen Frauen auf den Fidschi-Inseln

UNICEF: Kein Rückgang der Gewalt gegen Frauen

Fünf Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking ist nach UN-Angaben weltweit kein Rückgang der Gewalt gegen Frauen zu verzeichnen. Zwischen 20 und 50 Prozent aller Frauen eines Landes würden Opfer verschiedener Formen der Gewalt, so eine Untersuchung des UN-Kinderhilfswerk (UNICEF). Mädchenföten würden abgetrieben, Mädchen und

brauch, den Zwang zur Prostitution oder Essensentzug bis zu körperlichen Angriffen und Mord. Nicht zu unterschätzen sei auch die psychische Gewalt, die in Extremfällen zu Selbstmorden der Opfer führen könne, erklärte Shusha Kapur, die Autorin der UNICEF-Studie.

Als Fortschritt wertete die Verfasserin, dass seit der Pekinger Konferenz 1995 viele Länder ihre Gesetze zum Schutz der Frauen verbessert und Gewalt in der Familie unter Strafe gestellt hätten. Die UN-Konferenz habe einen Bewusstseinswandel eingeleitet, der jedoch noch nicht ausreicht. Sie plädierte dafür, alle Gewalttaten gegen Frauen unter Strafe zu stellen.

Laut der UNICEF-Studie leiden Frauen in allen Staaten und Gesellschaftsschichten unter Gewalt. Nur das Ausmaß schwanke

von Land zu Land, im Extremfall sei jede zweite Frau davon betroffen. Den Statistiken zufolge ist Gewalt gegen Frauen in Nicaragua am weitesten verbreitet, gefolgt von verschiedenen afrikanischen Ländern. In den Industriestaaten werden nach Angaben der UN-Organisation zwischen 20 und 29 Prozent der Frauen Opfer von Gewalt.

UNICEF beklagte auch, dass Mädchen und Frauen weiter wirtschaftlich und sozial unterdrückt würden. So könnten Millionen von Mädchen keine Schule besuchen. Viele Frauen seien in der Familie völlig von ihrem Mann oder dessen Angehörigen abhängig. Zunehmender wirtschaftlicher Druck auf Familien habe oft einen Anstieg der Gewalttaten zur Folge.

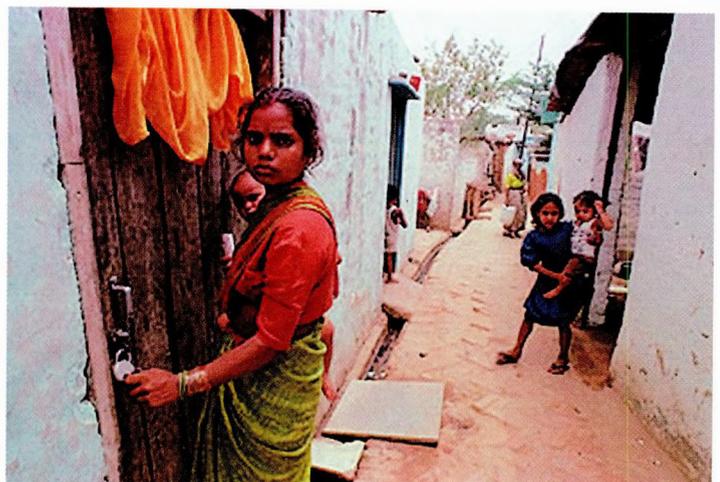


Frauen sexuell missbraucht, geschlagen und in zahlreichen Fällen auch umgebracht.

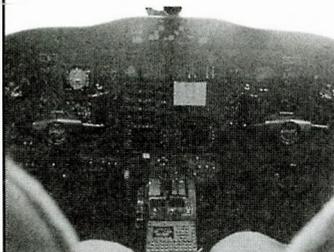
In der Weltbevölkerung fehlen nach UNICEF-Angaben rund 60 Millionen Frauen. Sie seien bereits im Mutterleib abgetrieben, kurz nach der Geburt getötet, später im Haushalt umgebracht oder zum Selbstmord getrieben worden. Am weitesten verbreitet sei weiterhin die Gewalt gegen Frauen in der Familie. Die Misshandlung durch vertraute Personen sei die schlimmste Form der Gewalt, da die Opfer kaum die Möglichkeit hätten, sich zur Wehr zu setzen.

Gewalt in der Familie reicht nach Darstellung von UNICEF von der sozialen Schlechterstellung und der Verweigerung des Schulbesuchs über sexuellen Miss-

Indische Mädchen versorgen kleine Kinder: auch soziale und wirtschaftliche Unterdrückung ist Gewalt gegen Frauen
Fotos: photo oikoumene



Verkehrspilot / Fluglotse



Interessante Berufe mit Zukunft. Die Stellen sind da. Die Vorbereitung auch. Das ATTC-Training für die Einstellungstests von Lufthansa und DFS garantiert Ihren Erfolg.

- Vorbereitung auf den DLR-Test (BU) und Firmenqualifikation für die LH-Verkehrsfliegerschule
- Vorbereitung auf den DLR-Test für angehende Fluglotsen bei der Deutschen Flugsicherung DFS

Intensiv-Training durch Verkehrsflugzeugführer, promovierte Dozenten und Fachlehrer

- Seriöse Schulung und individuelle Betreuung bis zur sicheren Teststreife
- Anerkanntes Seminar, Förderung durch das BAZ für Zivildienstleistende.

ATTC München	Gabriela Müller M.A.	☎ (0 89) 60 60 15 30	Fax (0 89) 60 60 15 33
ATTC Hamburg	Dipl.-Ing. Olaf Pattberg	☎ (0 40) 2 51 21 20	Fax (0 40) 2 51 41 21
ATTC Frankfurt	Dr. Wolfgang Lorenz	☎ (069) 66163344	Fax (069) 66163355
ATTC Wien	Mag. Doris Scherling	☎ (01) 768 50 70	Fax (01) 768 50 71
ATTC im Internet:	http://www.atcc.de	E-Mail: info@atcc.de	

Für ZIVILDienstLEISTENDE
zur beruflichen
NEUORIENTIERUNG



Berufe mit Zukunft in der Einrichtungsbranche
durch eine praxisgerechte Fortbildung und staatliche Abschlußprüfung

als

EINRICHTUNGSFACHBERATER
- 2 Semester -

oder als

KÜCHENFACHBERATER
- 2 Semester -

oder als

BETRIEBSWIRT
FACHRICHTUNG MÖBELHANDEL
- 4 Semester -

FACHSCHULE DES MÖBELHANDELS

Franzenheimstraße 6
50931 Köln (Lindenthal) Telefon 02 21/94 01 30
Telefax 02 21/94 01 32 7

Studienbeginn: 1. April und 1. Oktober
Unterkunft im Wohnheim mit Mensa auf Wunsch
Förderung nach dem Berufsförderungsprogramm
des Arbeitsamtes möglich

„Wir wollen ein Ort sein, an dem sich Nächstenliebe ereignet.“
Dieses Ziel bestimmt die Arbeit im Annastift, einem modernen christlichen Dienstleistungsunternehmen in Hannover und Mitglied des Diakonischen Werkes der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers. 1400 Mitarbeitende in 5 Bereichen und 2 Standorten arbeiten daran, dieses Ziel in die Tat umzusetzen.

Ausbildung zum Ergotherapeuten Physiotherapeuten

in Kooperation mit der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/
Göttingen – an den

Schulen für Sozial- und Gesundheitsberufe
Annastift eV
Heimchenstraße 1-7 · 30625 Hannover

Infos unter: www.annastift.de oder telefonisch: (05 11) 53 54-6 60, 53 54-6 63.
e-Mail: ssg@annastift.de

Annastift 
Kompetenz und Nächstenliebe

Physik – Informatik –

Elektronik und Datentechnik

Berufsausbildung zu technischen Assistenten

Physikalisch-Technische Lehranstalt · Feldstraße 143 · 22880 Wedel · (04103) 8048-0 · http://www.ptl.de

Fördern
Sie bitte unseren
Prospekt an

Schulen Dr. W. Blindow • 06108 Halle

Vom Kaufmann oder Verwaltungsangestellten zum

• **staatl. geprüften Betriebswirt**

• Finanzwirtschaft • Touristik

Vom Koch, Restaurant-, Hotelfachmann zum

• **staatl. geprüften Hotelbetriebswirt**

Beginn: September • Wohnheime, Förderg. möglich

http://blindow-schulen.de/halle.html

Bernburger Str. 5 • Tel./Fax 0345 / 2026663

schulgeldfrei

Hier könnte Ihre Anzeige stehen.

Infos: Rodmann & Partner
Kommunikation und Media-Service, HDV
Woldsenweg 14, 20249 Hamburg
Tel. 040/48 75 76, Fax 040/480 44 12

BERUFSAKADEMIE KASSEL DR. W. BLINDOW-SCHULEN

• **Physiotherapie** • **Medizin. Fußpflege**
• **Ergotherapie** • **Rettingungsassistent**

Beginn: 01.09.2000 · Förderg./schuleigene Finanzierg.

Frankenstraße 42 · 34131 Kassel
Telefon: 0561 / 932 429 3



Bernd-Blindow- u. Dr.-Rohrbach-Schulen

- ▶ Physiotherapeut/in (auch als Nachqual. für Masseure)
- ▶ Ergotherapeut/in ▶ Masseur/in
- ▶ Logopäde/in
- ▶ Kosmetiker/in
- ▶ Pharmazeutisch-, Biologisch-techn. Assistent/in
- ▶ Techniker/in (Umweltschutz, Maschinentchnik)
- ▶ Assistent/in Wirtschaftsinformatik i.V.
- ▶ Tech. Assistent/in (Umweltschutz, chem. u. bio. Laboratorien, Informatik i.V.)

DIPLOMA Fachhochschulen

Es ist Zeit... Nordhessen / Oelsnitz/Vogtl. ...für Ihre Karriere

- ▶ **Diplom-Betriebswirt/in**
- ▶ **Diplom-Rechtswirt/in** in **3 1/2** Jahren.
- ▶ **Diplom-Wirtschaftsing. IT**
Präsenz- und Fernstudium

Ausbildungsorte*: Bad Sooden-Allendorf, Berlin**, Bonn, Bückeburg, Friedrichshafen, Hannover, Kassel, Leipzig, Oelsnitz/Vogtl., Ralsdorf/Kiel

*Die genannten Ausbildungen werden nicht an jedem Standort angeboten / **i.V.

Info.: Bernd-Blindow-Schulen, Herminenstr. 17f, PF 20 01 64, 31669 Bückeburg
Ortstarif: 01801 500 555 http://www.blindow.de http://www.diploma.de

F+U

**Gemeinnützige
Bildungseinrichtung
für Fortbildung
und Umschulung**

Ausbildung in Heidelberg

Staatlich anerkannte Fach-
schule für Arbeitserziehung

Staatlich anerkannte 2-jährige
Ausbildung mit den Schwer-
punkten: Psychologie, Päd-
agogik, Arbeitserziehung/
Arbeitstherapie, Werktech-
niken, Keramik, Holz, u. a.

Beginn: 01.03.2000

Weitere Informationen:
F+U
Fachschule für
Arbeitserziehung
Fahrtgasse 7-13
69117 Heidelberg
Tel.: 06221-91200
bzw. 312026/-27

STAATLICH ANERKANNT

**THERAPEUTISCHE
LEHRANSTALTEN
32423 MINDEN**

- Ergotherapeut/in
- Physiotherapeut/in
- Rettungsassistent/

Tel. 0571 / 84 00 83
Fax 840025 / Marienwall 24
<http://www.blindow-schulen.de/minden/html>
e-Mail: TLMMINDEN@aol.com

STAATLICH ANERKANNT

**SCHULEN
DR. W. BLINDOW**
30171 HANNOVER Baumstr. 20

- BETRIEBSWIRT/in
Controlling / Marketing / Finanz
- TECHNIKER/in
Elektro • Umwelt • Medizin • Masch.bau

Beginn: April/Oktober

Tel.: 0511 / 17 67 1
Fax: 0511 / 28 33 14 4

www.blindow-schulen.de

STAATLICH ANERKANNT

**SCHULEN
DR. W. BLINDOW**

Plus-
angebot
Informatik

- Techniker/in*
- Betriebswirt/in*
- Hotelbetriebswirt/in*
- Altenpfleger/in
- Ergo- • Physiotherapeut/in
- Kosmetiker/in • Masseur/in
- Rettungsassistent/in

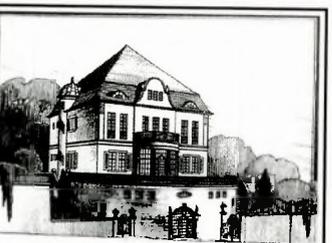
Hannover • Stadthagen* 05721/
staatl. anerkannt 9 74 10

Heilerziehungspfleger/in

Staatlich anerkannt

Beginn: April/Oktober
Zulassungsvoraussetzung:
Mittlerer Bildungsabschluss und
einjährige praktische Tätigkeit.

F+U Heidelberg,
Fahrtgasse 7-13
69117 Heidelberg
Tel.: 06221/91200



**Katholische
Fachschule für
Sozialpädagogik**

Ausbildung zum/zur
**Jugend- und
Heimerzieher/in**

Ausbildung
zum/zur Erzieher/in

Stuttgart

Hohenzollernstraße 24
D-70178 Stuttgart
Telefon (0711) 60 04 35
Fax (0711) 60 95 90



Sie möchten bei der Bewältigung der ständig wachsenden sozialen Probleme unserer Gesellschaft helfen, *stoßen dabei aber anGRENZEN*. Das muß nicht so bleiben! Wir bieten

AUSBILDUNGEN für versch. SOZIALE ARBEITSFELDER
mit denen Sie ihre Grenzen überwinden können.

Denn Diakonie und Kirche brauchen dringend hochqualifizierte Mitarbeiter
als DIAKONIN u. DIAKON.



Wir freuen uns über ihre Nachfrage:
Diakonenschule „Lindenhof“
Diakon Achim Wendt

Lindenstraße 3 · 06502 Neinstedt
Tel: (03947) 9 91 30 · Fax: (03947) 9 91 31
E-mail: J.Wendt@Neinstedter-Anstalten.de

Ihre Alternative zum Studium

STAATLICH GEPRÜFTE/R BETRIEBSWIRT/IN

Studiendauer

- Vollzeit 4 Semester
- Teilzeit 8 Semester
- Verkürzte Studiendauer für Abiturienten

Wir geben Ihnen aktuelle Perspektiven zu:

- Existenzgründung
- Netzwerktechnik
- Bewerbung und Kommunikation

Wir bieten Ihnen zusätzliche Qualifikationen:

- Geprüfter Wirtschaftsinformatiker (Kammerabschluß)
- Fachhochschulreife NRW
- Ausbildereignungsprüfung

Voraussetzungen

- Kaufmännischer Berufshintergrund

**Staatlich anerkannte
Wirtschaftsfachschule
Berufskolleg
Konrad-Adenauer-Platz 9
40210 Düsseldorf,
Tel. 0211/17 93 730
Fax 0211/17 93 73 20**

Internet-Seite:
www.shuttle.de/d/daa-wfs



**Individuelle Beratung
jeden Mittwoch von
16.45 bis 17.45 Uhr**

**Förderungswürdig nach
„Meister-Bafög“**



**Nächstenliebe
WILL
gelernt
SEIN**

Als Diakonin und Diakon in Nazareth

Ausbildungsinfo: www.nazareth.de oder Telefon 0521/144-4131



Israel

Während der blutigen Gewalttaten zwischen Israeli und Palästinensern Mitte Oktober verweigerte nach Informationen von *civil* mindestens ein Soldat der israelischen Armee den Dienst. Der neu eingezogene Wehrpflichtige Noam Kuzar aus Haifa weigerte sich aus Gewissensgründen, als Soldat jüdische Siedlungen in der von Israel besetzten Westbank militärisch zu bewachen. Er wurde zu 28 Tagen Arrest im Militärgefängnis verurteilt. Nach Angaben seines Vaters wird er dort fair behandelt und erhält täglich Dutzende Solidaritätsbriefe aus dem In- und Ausland.

Auch die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, EAK, mit Sitz in Bremen, erklärte sich in einem Brief an Noam Kuzar und seine An-

gehörigen solidarisch mit seiner Kriegsdienstverweigerung: »Die Weigerung, Wohngebiete von Palästinensern mit Waffen zu betreten, ist friedensstiftend; sie darf nicht bestraft, sondern muss gefördert und belohnt werden,« heißt es in dem Brief des EAK-Geschäftsführers Günter Knebel.

Die israelische Friedensorganisation »Yesh Gwul« (»Es gibt eine Grenze«) forderte in Mahnwachen die Freilassung des Kriegsdienstverweigerers und – in seinem Sinne – den Rückzug aus den besetzten Gebieten, die Aufgabe der Siedlungen und Israels uneingeschränkte Anerkennung der palästinensischen Souveränität. Über das weitere Vorgehen der israelischen Armee gegen den Kriegsdienstverweigerer wurde nichts bekannt.

Nach wie vor gibt es in Israel kein Recht, den Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Für Männer dauert der Wehrdienst 3 Jahre, für Frauen 21 Monate. 7,8 % der männlichen Wehrpflichtigen und 27 % aller wehrpflichtigen jungen Frauen lassen sich legal vom Wehrdienst befreien, um in orthodoxen jüdischen Schulen das Studium von Talmud und Thora zu betreiben.



Gewalt und Gegengewalt:
Trauerszene im Gaza-Streifen.
Foto: photo oikoumene

Italien: Parlament schafft Wehrpflicht ab

Bis zum Jahr 2007 soll in Italien eine Berufsarmee aufgestellt und die Wehrpflicht abgeschafft werden. Dies beschloss der Senat, die zweite Kammer des italienischen Parlaments Ende Oktober. Um eine Ver-

fassungsänderung zu umgehen, wurde die Wehrpflicht nur ausgesetzt, im Kriegs- und Krisenfall tritt sie wieder in Kraft. Die italienische Armee, die sich verstärkt in internationalen Militäreinsätzen engagiert, soll von derzeit 270 000 auf 190 000 Soldatinnen und Soldaten schrumpfen. Diese Reduzierung trägt den Tatsachen Rechnung, dass die Jahrgangsstärken sinken und die KDV-Quoten steigen: In Norditalien verweigern nach



Info-Plakat zur Kriegsdienstverweigerung des italienischen Caritas-Verbandes

Presseberichten 70 % der Wehrpflichtigen den Dienst an der Waffe.

Österreich: Zivis als »Gedenkdienner« im Ausland

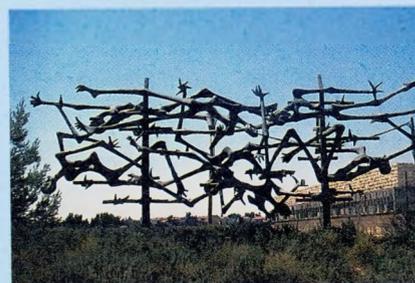
Von Georg Burgstaller

Eine Alternative zum üblichen Zivildienst bietet sich in Österreich für sozial und politisch engagierte junge Männer durch den so genannten »Gedenkdienst im Ausland«. Dieser Dienst soll einen Beitrag zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus sein. Die Trägerorganisation »Verein für Dienste im Ausland« ist vom österreichischen Bundesministerium für Inneres laut Zivildienstgesetz beauftragt, Zivildienstpflichtige an Holocaust-Gedenkstätten und jüdische Kultur- und Sozialeinrichtungen zu entsenden.

28 junge Österreicher leisten derzeit an 16 Einrichtungen ihren 14-monatigen Gedenkdienst ab. Zu den Einsatzstellen gehören unter anderem das Simon Wiesenthal Center und die Shoah Foundation in Los Angeles, das Montreal Holocaust Memorial Centre, die Wiener Library in London und das Jüdische Kulturzentrum in Krakau. In Deutschland ar-

beiten österreichische Gedenkdienner im Jüdischen Museum Berlin und in der KZ-Gedenkstätte im Torhaus in Moringen.

Die Arbeit der Gedenkdienner ist umfangreich, sie reicht von Führungen über Archivarbeit bis zur Beteiligung an wissenschaftlichen Projekten. Die inhaltliche Vorbereitung findet bereits lange vor Dienstantritt in Öster-



Skulptur in der jüdischen Gedenkstätte Yad Vashem

reich statt. Die Seminare werden vom Innsbrucker Politikwissenschaftler Dr. Andreas Maislinger geleitet und finden häufig im Zusammenhang mit themenverwandten Veranstaltungen, wie etwa den Braunauer Zeitgeschichte-Tagen oder – wie kürzlich geschehen – der Eröffnung der neuen Synagoge in

Graz statt. Es ist geplant, die Zentrale des Vereins für Dienste im Ausland im »House of Responsibility« in Braunau am Inn einzurichten.

Andreas Maislinger hat die Idee für den Gedenkdienst von der deutschen Organisation Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF) übernommen. 1980/81 hatte Maislinger im ASF-Polenreferat gearbeitet, jedoch erst ein Jahrzehnt später gelang es ihm, die Unterstützung der zuständigen österreichischen Politiker für sein Projekt zu erhalten. Im Gegensatz zu den deutschen Freiwilligen (nach § 14b des deutschen Zivildienstgesetzes) werden die Gedenkdienner jedoch nicht durch Spenden, sondern vom Innenministerium Österreichs finanziert. Trotz in den Medien verbreiteter Befürchtungen hat die neue Koalition aus Christdemokraten und Freiheitlichen keine Kürzungen des Etats für die Gedenkdienner vorgenommen. Für nächstes Jahr wurde vom ÖVP-Innenminister Dr. Ernst Strasser sogar eine bessere finanzielle Absicherung der Gedenkdienner zugesagt.

Georg Burgstaller, 21, leistet von Mai 2000 bis Juli 2001 seinen Zivildienstersatz (Gedenkdienst) am Jüdischen Museum Berlin ab.

Gegen Genfood bei McDonald's

Eine Greenpeace-Kampagne informiert über die Risiken gentechnisch veränderter Lebensmittel

Text und Fotos von Jürgen Friedmann

Wie Greenpeace-Analysen im Sommer ergaben, wird den Hühnchen, die später zu Produkten wie McChicken oder Chicken McNuggets verarbeitet werden, gentechnisch verändertes Soja gefüttert.

Konzern, der das passende Gift dazu liefert. Die Pflanze wurde z. B. vom Konzern Monsanto gentechnisch so verändert, dass sie gegen Unkrautvernichtungsmittel resistent wurde. In der Konsequenz heißt das: der Landwirt kann nahezu grenzenlos Gift verspritzen, das alles außer der Sojapflanze verschwinden lässt – die negativen Folgen für unser Trinkwasser sind vorprogrammiert. Außerdem wird die Landwirtschaft abhängig von den Saatgutproduzenten.

All diese negativen Folgen der Gentechnik im Lebensmittelbereich – die neben Greenpeace auch andere Organisationen bereits seit Jahren vehement öffentlich machen – scheinen die Konzernzentrale von McDonald's Deutschland in München nicht zu interessieren. Sofort nach Bekanntwerden der Analyseergebnisse ist Greenpeace auf die Fast-Food-Kette zugegangen – bis jetzt erfolglos. Seither passierte

te nicht gesprächsbereit – der Wunsch nach Lebensmitteln ohne Gentechnik, den viele seiner Kunden äußern, scheint ihn nicht zu interessieren. Aktionen dieser Art liefen an diesem Septembertag bundesweit in vielen größeren Städten.

Ein anderes Greenpeace-Projekt im Rahmen dieser Kampagne ist die Tour mit einer Fotowand. Auch diese Aktion fand in Regensburg statt. Mit Hilfe der Wand wurden von Passanten und Kunden in der Nähe einer McDonald's-Filiale Fotos geschossen, die zum Protest gegen Gentechnik im Essen an McDonald's überreicht werden und – für alle Menschen sichtbar – im Internet veröffentlicht wurden. Binnen weniger Stunden beteiligten sich über hundert Menschen – davon viele McDonald's-Kunden.

Greenpeace führte schon öfter solche Fotoaktionen durch und machte damit den Menschen hinter der Unterschrift sichtbar. Der Protest ist so wesentlich aussagekräftiger. Die Gruppe in Regensburg unterstützte bereits drei Greenpeace-Fotoaktionen: im Sommer 1999 gegen den gentechnisch manipulierten Schokoriegel »Butterfinger« von Nestlé (der danach auch vom Markt genommen wurde), 2000 gegen Patente auf Leben (nach Aufdeckung der Patentamt-Pläne durch Greenpeace folgte eine große öffentliche Diskussion über diese Problematik) und jetzt gegen Gentechnik bei McDonald's. Alle Fotos sind im Internet zu sehen unter <http://fotos.greenpeace-regensburg.de>.

Dass man mit dem Wunsch der Menschen nach nicht manipulierten Lebensmitteln auch anders umgehen kann, zeigt das Beispiel anderer Fast-Food-Konzerne: Burger King erklärte gegenüber Greenpeace, ab 2001 garantiert ohne Genfutter gemästete Hühnchen zu verkaufen. Viel weiter sind auch bereits viele McDonald's Ableger in anderen europäischen Ländern (über die Situation in Frankreich berichtete *zivil* ausführlich in Ausgabe 2/00).

Greenpeace vermutet, dass McDonald's in großem Umfang auch ausländische Billigware verarbeitet und deshalb den genauen Produktionsweg überhaupt nicht überwachen kann.

Das Kampagnenziel, McDonald's zum Verzicht auf den Einsatz der Gentechnik zu bringen, konnte bisher leider nicht realisiert werden. Die Konzernzentrale spürt aber den Druck durch viele Nachfragen der Kunden und die Aktionen von Greenpeace.

Der Autor ist Mitglied der Greenpeace-Gruppe Regensburg, Fax 0941-7995691, e-Mail: juergen.friedmann@greenpeace-regensburg.de



Szenen der Greenpeace-Aktion bei McDonald's in Regensburg

Gentechnisch veränderte Pflanzen stellen nach Ansicht von Greenpeace unkalkulierbare Risiken für Mensch und Umwelt dar. Aufgrund unzureichender Erforschung kann nicht ausgeschlossen werden, dass durch die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt irreparable Schäden verursacht werden. Auch für den Menschen sind Probleme, wie erhöhtes Allergierisiko vorstellbar. Und dabei nützt diese veränderte Sojabohne tatsächlich nur einem: dem

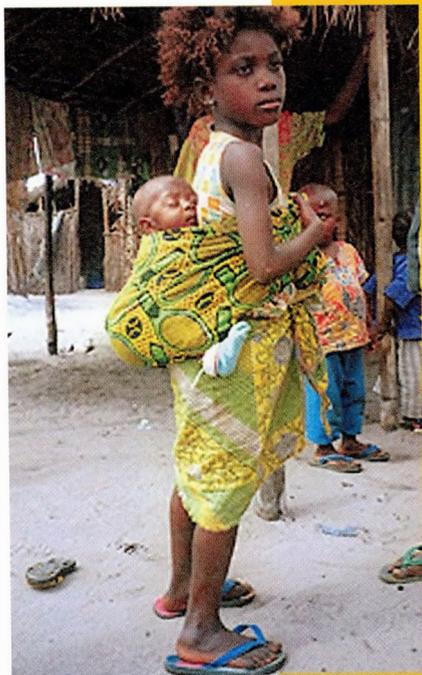
So war z. B. auch die Gruppe in Regensburg aktiv: Mit vier Aktivisten (davon zwei im Hühnchenkostüm) suchte die lokale Gruppe die McDonald's-Filiale am Regensburger Arnulfplatz auf. Dort angekommen wurden alle Fenster mit überdimensionalen Plakaten verklebt. Das Personal der Filiale wollte selbst nicht einschreiten, hat aber sofort den lokalen McDonald's-Geschäftsführer Frank Mosher zu Hilfe gerufen. Dieser organisierte umgehend das Erscheinen der Polizei und den Abbruch der Aktion. Bis dahin konnten allerdings viele Passanten von der Praxis des Konzerns in Kenntnis gesetzt werden – nicht wenige waren schockiert. Frank Mosher dagegen zeigt sich bis heu-

Wer sich näher informieren will, findet viele Informationen im Internet unter

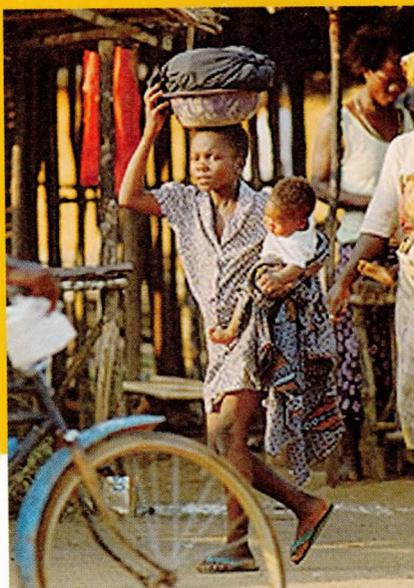
- <http://www.greenpeace-regensburg.de/McDonald's> oder
 - <http://www.greenpeace.de/genfutter>.
- Jeder kann auch selbst aktiv werden. Informationen dazu unter
- <http://www.greenpeace.de/einkaufsnetz>

Schutzengel für Liberia

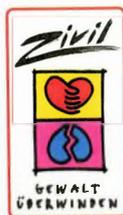
In Liberia ergreifen Frauengruppen die Initiative und kämpfen gewaltfrei für ein Ende der Brutalität



Alltagsszenen aus Liberia. Acht Jahre dauerte der Bürgerkrieg und noch heute ist der Frieden recht zerbrechlich



»Krieg bringt nichts als Zerstörung« – die beiden Männer verwandeln Geschosse in neue Friedenssymbole



Von Karin Achtelstetter

Im September vergangenen Jahres brachen sie zum ersten Mal auf: Ein gutes Dutzend Frauen ausgestattet mit nichts als mit einem unverbrüchlichen Vertrauen auf Gott. Ihr Ziel: das Grenzgebiet zwischen Liberia und Sierra Leone. Als ihr Auto mit einer Panne liegenbleibt, geben sie nicht auf. Sie finden Menschen, die ihnen helfen, die sich von ihrer Mission anstecken lassen, die mit ihnen eine Wegstrecke reisen. Victoria von der Pan-African Christian Women Alliance (PACWA) erzählt die Geschichte einer ungewöhnlichen Friedensaktion ungewöhnlicher Frauen: Victoria hatte sich mit anderen PACWA-Frauen aufgemacht, um die

Grenzen Liberias zu »versiegeln«, um Liberia ohne Waffengewalt zu schützen. Sie gingen die liberianische Westgrenze von Süden nach Norden ab. Feierten Gottesdienste mit der von Krieg und Konflikt zermürbten Bevölkerung. Als sie auf sierraleonisches Gebiet gerieten, trafen sie auf ECOMOG-Soldaten und Rebellen und luden sie zum Friedensgebet ein. Die bis zu den Zähnen bewaffneten Kämpfer beichteten, brachen unter Tränen zusammen. Mehr als auf Menschen vertraut Victoria auf die Macht von Schutzengeln: »Das Wort Gottes wird von dienenden und schützenden Engeln zum Wohl der Menschen auf Erden ausgeführt. Wir können Liberia nicht mit unserem Blut schützen, allein das Blut Christi kann uns bewahren.« Und so möchte Victoria mit ande-

ren PACWA-Frauen wieder aufbrechen, dieses Mal in das Lofa-Gebiet im Nordwesten Liberias. Sie möchte dorthin, woher die Meldungen über erneute Kampfhandlungen kommen. Die auf den ersten Blick so unpolitische Aktion ist damit zum Politikum geworden. Bislang hat die liberianische Regierung es den PACWA-Frauen nicht erlaubt, in die Region zu reisen. Damit sind die PACWA-Frauen in ihren Friedensbemühungen zwar eingeschränkt, aber noch längst nicht aktionslos. Mit ihrer Aktion im September vergangenen Jahres lösten die Frauen neue Friedensinitiativen aus.

Seither haben sich mehr als 3000 Frauen den monatlichen Fasten- und Gebetsaufrufen PACWAs für Frieden und Vergeltung angeschlossen.

Wie aus Geschosshülsen Kreuze werden

So wie Victoria und andere PACWA-Frauen Zeichen des Friedens in Zonen der Zerstörung und des Konflikts bringen wollen, so möchte George seinen Beitrag zur Friedensarbeit leisten. Der ehemalige Bauarbeiter verwandelt Mordinstrumente in Symbole für Frieden und Hoffnung, George macht Kreuze aus Geschosshülsen.

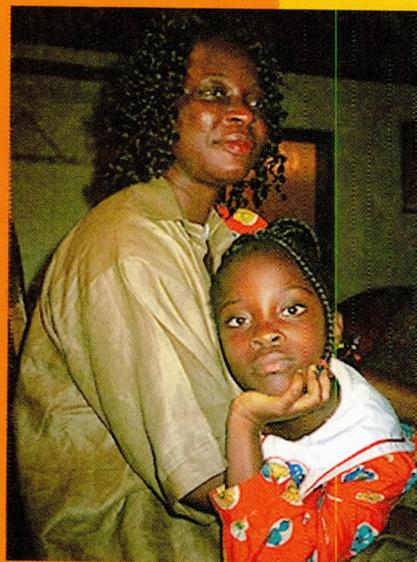
»Mein Vater, zwei Brüder und zwei Schwestern wurden während des Krieges in Liberia durch Kugeln getötet«, erzählt George. »Mein Ziel ist es nun, Gewehrgehösse in Symbole des Friedens zu verwandeln.« Unterstützt wird George von Reinhard Tietze, dem Repräsentanten des Liberia Programms des Lutherischen Weltbundes (LWB). Tietze, beeindruckt von der Idee, half George, seine Kreuze aus Geschosshülsen zu vermarkten. Die Friedenssymbole sichern mittlerweile Arbeit und Einkommen von zehn Personen und deren Familien. Unter den Handwerkern ist auch der Schwager von George, ein ehemaliger Kämpfer während des liberianischen Bürgerkrieges. Heute setzt er sich zusammen mit George für eine gewaltfreie Gesellschaft ein: »Krieg bringt nichts als Zerstörung«, sagt er. Mit den Kreuzen aus Geschosshülsen haben er und George ihren ganz persönlichen Weg gefunden, die Vergangenheit zu bewältigen und für eine gewaltfreie Zukunft Liberias zu arbeiten.

Die Autorin ist Medienbeauftragte beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf.

Frauen in Liberia

Der Krieg in Liberia kennt Frauen auf der Seite der Gewinner und Frauen als Opfer. Frauen als Friedens- und Versöhnungstifterinnen und Frauen als Kommandantinnen von Kindersoldaten. Die Vergangenheit ebenso wie die Gegenwart Liberias trägt viele weibliche – auf den ersten Blick sich widersprechende – Züge. Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation gehen davon aus, dass während des rund acht Jahre dauernden Bürgerkrieges in Liberia mehr als ein Drittel der rund 500.000 vertriebenen Frauen und Kinder vergewaltigt wurden. Berichte über Folterungen und Tötungen von Mädchen, Schwangeren und Müttern füllen die Aktschränke der internationalen Hilfsorganisationen.

Daneben gibt es Reporte von und über Frauen, die für die eine oder andere Kriegspartei in den Kampf zogen oder wichtige Schlüsselfunktionen in den verschiedenen Gruppierungen innehatten. Die Oberste Gerichtsbehörde wird von einer Frau geleitet ebenso wie die Versöhnungskommission. Frauen haben leitende Positionen in der Polizeibehörde und sind in der Armee. Und schließlich war es nicht zuletzt das couragierte Eintreten von Frauenfriedensgruppen, wie der Women's Peace Initiative (WPI), die dem Land Frieden brachten. Seit drei Jahren herrscht ein zerbrechlicher Frieden in Liberia. Der Festakt zum 153. Unabhängigkeitstag am 26. Juli wurde von neuen Kampfhandlungen im Nordwesten des Landes überschattet.



Frauen aus Liberia

Fotos: photo oikoumene

Mehr als 100 Millionen Kinder kennen keine Schule

Bis zum Jahr 2015 sollen alle Kinder im Grundschulalter eine Schule besuchen – dieses Ziel setzten sich die Vereinten Nationen Anfang der 90er Jahre. Inzwischen ist klar: dieses Ziel wird zumindest in einigen Regionen der Erde nicht erreicht werden.

Die Einschulungsraten sind in den vergangenen zehn Jahren überall gestiegen. In einer gemeinsamen aktuellen Bestandsaufnahme beklagen UNO, OECD, Weltbank und IWF jedoch, dass noch immer rund 113 Millionen Kinder keine Schulbildung erhalten. Große Fortschritte wurden in Südasien, Lateinamerika und in den Entwicklungsländern Europas und Zentralasiens erzielt. So stieg die Einschulungsrate in Lateinamerika binnen zehn Jahren von 84 auf 94 Prozent. In Südasien stieg der Anteil der Kinder mit Schulbesuch immerhin von 66 auf 73 Prozent. Das ist allerdings zu wenig, um das ehrgeizige Ziel der Grundbildung für alle bis zum Jahr 2015 zu erreichen.

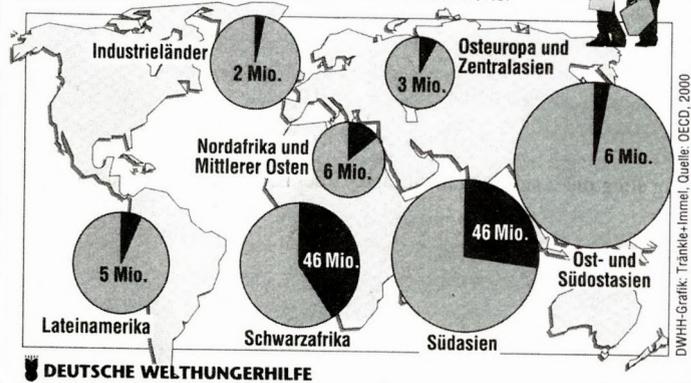
Auch in den afrikanischen Staaten südlich der Sahara wird dieses Ziel deutlich verfehlt werden. Dort stieg die Einschulungsrate bisher nur von 54 auf 60 Prozent. Und selbst dieser bescheidene Erfolg ist in Gefahr, weil das Schulwesen unter Kriegen und Bürgerkriegen leidet. Zudem sterben immer mehr Menschen an der Immunschwäche-Krankheit Aids. Dadurch steigt die Zahl der Waisenkinder, die sich alleine durchschlagen müssen und keine Chance auf Schulbildung haben. In manchen Regionen sind auch so viele Lehrerinnen und Lehrer dem Aids-Virus zum Opfer gefallen, dass kein Schulbetrieb mehr möglich ist.

Noch immer gibt es auch gravierende Unterschiede bei der Einschulung von Mädchen und Jungen. Überall werden die Mädchen benachteiligt – besonders auffallend in Südasien. Dort kommen in den Grundschulen auf 100 Jungen nur 77 Mädchen. Vor allem arme Familien bringen oft nicht das Geld auf, alle Kinder zur Schule zu schicken und bevorzugen die Jungen.

Quelle: Deutsche Welthungerhilfe

Jedes 6. Kind geht nicht zur Schule ...

... das sind über 110 Millionen Kinder im Grundschulalter



Ein Käfer richtet auf den Kokospalmen der Philippinen großen Schaden an – in Japan ist er ein begehrtes Haustier

Die Jagd nach dem Dorcus



Oben: Ein Prachtexemplar bei Fruchtgelee und Zuckerwasser



Links: Der Käfer wird »steckbrieflich« gesucht

Text und Fotos von Roland Hanewald

Das kleine Mädchen auf der philippinischen Insel Palawan weiß nicht, was für ein Vermögen da auf dem Zweig herumkrabbelt, mit dem sie achtlos spielt. Es sind drei Käfer der

Unterart *Dorcus titanus palawanicus*, und sie sind vor Ort zusammen 750 Pesos wert. Das entspricht etwa 40 Mark, nicht viel nach globalen Maßstäben, doch auf den Philippinen eine ganz hübsche Summe.

Und natürlich ist der Kleinen auch nicht bekannt, dass der schwarz glänzende *Dorcus* ein schlimmer Feind der Kokospalme ist, von deren Erträgen zahllose Menschen der tropischen Welt abhängen. Der Käfer bohrt das »Herz« der Palme an und schwächt den Baum dieserart; der nächste Sturm macht ihm endgültig den Garaus. Man täte also gut daran, den Schädling auszumerzen, nicht wahr?

Wohl wahr. Aber bevor man sich daran macht, ihn totzutreten und mit chemischen oder biologischen Kampfmaßnahmen zu überziehen, sollte man die bestehenden Alternativen prüfen. Zum Beispiel: Man fange den Käfer und sei lieb zu ihm. Dann exportiere man ihn für gutes Geld nach Japan.

Ramon Chua in San Vicente kauft die Käfer für 250 Pesos pro Stück auf. In der fernen Hauptstadt Manila kosten sie bereits vier Mal so viel. Natürlich sind die Reisekosten auch erheblich, und mit ein paar Käferchen ist deshalb kein Geschäft zu machen. Aber wenn es sich um, sagen wir, fünfzig handelt? Dann kann man sich schon mal Businessman nennen, und Mr. Chua tut das auch.

Den philippinischen Dörflern ist solch leicht verdientes Geld höchst willkommen.



Links: Vom Nashornkäfer geschädigte Kokospalmen auf den Philippinen. Unten: Das kleine Mädchen spielt mit einem Vermögen am Stock



men. Doch weshalb es jemand für die hässlichen Kreaturen ausgibt, will keinem Menschen in den Kopf. Was machen die Japaner mit den Käfern?

»Sie essen sie!« weiß ein vorwitziger Knabe. Er hat in einem Videofilm gesehen, wie japanische Karatekämpfer die Viecher knirschend zermampfen. Das gibt Power, darf man annehmen. Auch Herr Chua schließt die Möglichkeit nicht aus, dass sein Exportgut in Japan zu schmackhaften Mahlzeiten verarbeitet wird.

Urbane Einsamkeit bewahrt ländliche Natur

Es wäre zwecklos, einem Menschen auf Palawan erklären zu wollen, dass einsame Großstädter in den Betonwüsten Japans sich die schwarzen Sechsheiner als Haustiere zulegen. Dass sich in jenem reichen Land die Menschen nach lebenden Gefährten sehnen, und seien sie noch so klein und bizarr. Auch die wenig insektenfreundlichen westlichen Gesellschaften brächten kaum Verständnis für diese »Macke« auf. In Japan hat dergleichen jedoch Tradition. Bereits vor über 300 Jahren gab es dort spezielle Insektenfarmen, in denen zunächst Grillen gezüchtet wurden, welche die offenbar damals schon gestressten Städter mit ihrem Gesang unterhalten sollten. Später fanden die Japaner auch Gefallen an anderem Krabbeltier, je skurriler, desto besser. Die schwarzen Nashorn- und Hirschkäfer erinnern dabei wahrscheinlich an Samurai-krieger in ihren glänzenden Rüstungen, und sie sind besonders beliebt – und teuer. 400 bis 600 Mark kosten die philippinischen Importe, und für einen Dorcus hopei blätterte ein Freak im letzten Jahr

sogar 162.000 Mark hin. Von solchem Geld darf ein Bauer in den Tropen nicht einmal träumen.

Käfer aus dem Automaten

Die teuren Edelkäfer zieht man in Japan natürlich nicht aus Automaten. Andere schon, massenweise. Das sei keine Tierquälerei, beteuern die Aufsteller, denn »die Automaten würden schneller geleert, als wir sie nachfüllen können«. Das ist wahrscheinlich sogar wahr. Trotz fühlbarer Schwächung der japanischen Ökonomie in jüngster Zeit soll sich der dortige Haustiermarkt in den nächsten zehn Jahren nach Schätzung von Fachleuten auf zehn Milliarden Dollar Umsatz verdoppeln. Es gibt sogar so etwas wie einen »All-Japan Insect Market«.

Kuriose Welt. Und doch zeigt sich hier einmal mehr: Es findet sich immer und überall eine Alternative, bevor man zur Keule greift. Philippinische Dorckinder verdienen auf der Jagd nach dem Dorcus gutes Geld. Die wirtschaftlich ungeheuer wichtige Kokospalme bleibt am Leben – aber der Schädling auch. Und wenn man ihn sich in Mr. Chuas Behältnissen mal genau betrachtet: Bei Fruchtgelee und Zuckerwasser scheint er sich durchaus wohlfühlen. Nur mit der Fortpflanzung tut er sich schwer hier. Doch das ist ja auch ein wenig der Sinn der Sache.

Sinn statt Leere

Machen Sie jetzt den Anfang! **Schreiben** Sie, was Sie bedrückt. Vielleicht finden wir gemeinsam das, was Sie suchen. Wir gehen auf Ihre Fragen und Probleme ein: vertraulich, erfahren und so, wie Sie es von Freunden erwarten.



Evangelische Briefseelsorge
Postfach 101142
70010 Stuttgart

Mit **Malaria** ist keine **Mark** zu **machen**

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Wir fordern die Entwicklung neuer Medikamente auch für die, die sie sich nicht leisten können.



Bitte schicken Sie mir

- allgemeine Informationen
- Informationen für einen Projekteinsatz
- Informationen zur Fördermitgliedschaft
- Die Broschüre „Vermächtnis für das Leben“

Name _____

Geb.-Datum _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Ärzte ohne Grenzen e.V.
Lieselingsweg 102, 53119 Bonn
Spendenkonto 97 0 97
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

11-10-20-05

Das zivile Rätsel 2000/4

Von Michael Wilke

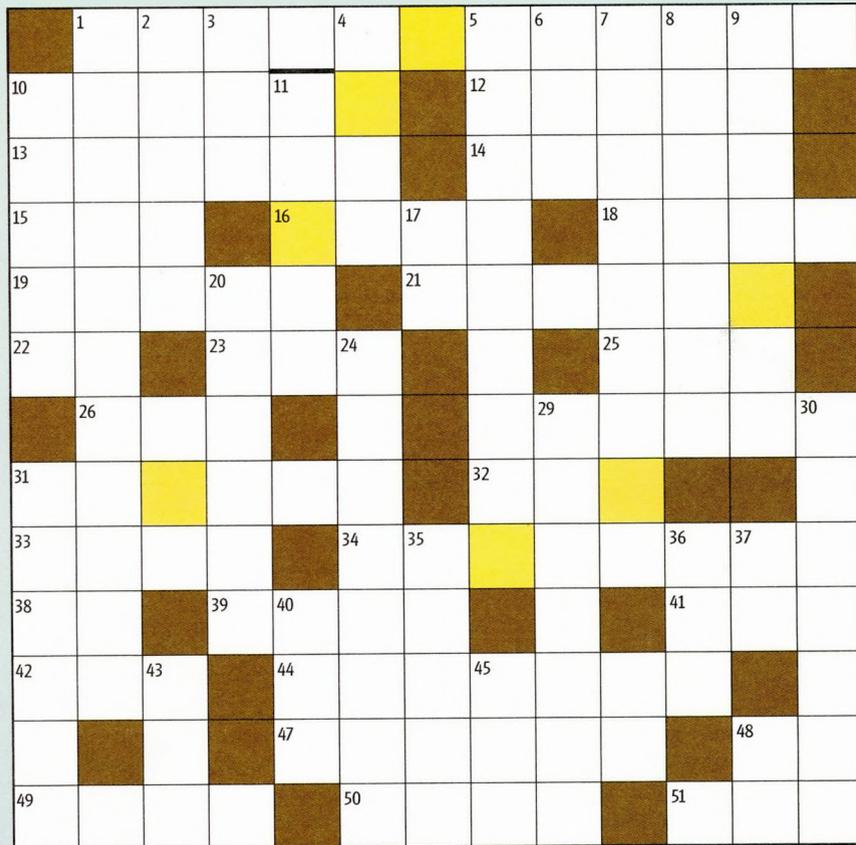
... und ab in die nächste Runde. Jetzt, wo es draußen schon deutlich kälter geworden ist, macht es gar nichts, wenn man wenigsten in seinen Gedankengängen für Höchsttemperaturen sorgt. Das aktuelle *zivil*-Rätsel wird dabei helfen. Wie immer ist um die Ecke denken und der Blick ins Lexikon gefragt. Gewinnen kann, wer die Buchstaben in den farbigen Feldern im Uhrzeigersinn aneinanderfügt und dieses Lösungswort abschickt. So, und jetzt viel Spaß und Glück!

Das Lösungswort auf den Abschnitt schreiben (uns evtl. auch schnell die Meinung sagen), auf eine Postkarte kleben (**Absender nicht vergessen!**) und schicken an:

Redaktion *zivil*
Rosenbergstraße 45
70176 Stuttgart

Das geht auch im Internet: www.zivil.de unter »Preisrätzel«. Einsendeschluss ist der 31. Januar 2001

Diesmal verlosen wir (unter Ausschluss des Rechtsweges) unter allen richtigen Einsendungen
1 x Bücher nach Wahl im Wert von DM 100
1 x Bücher nach Wahl im Wert von DM 50
1 x Bücher nach Wahl im Wert von DM 30
7 x *zivil*-Freiabos für ein Jahr
15 x den Taschen-Friedenskalender 2001 aus dem Harms Verlag, handlich, stabil und fadengeheftet, mit Lesebändchen und vielen zusätzlichen Infos und Berichten, Aktionen und Visionen zu den Themen Frieden, Abrüstung, Gewaltfreiheit.



Das Lösungswort lautet:

Seven empty boxes for the solution word.

Wer war's? Der gesuchte Name von Seite 39:

A large empty box for the name.

Ich bin Zivi: nein ja, bis _____

Betr. *zivil*: Anregungen, Kritik, Lob ...
(Hat keinen Einfluss auf die Gewinnchancen!)

Five horizontal lines for providing feedback.

Das Lösungswort aus dem Heft 3/00 war »DOSEN«. Wir haben folgende drei Hauptgewinner gezogen:

Phillip Büddefeld aus Münster, Ephraim Haerer aus Besigheim und Sebastian Keseling aus Hamburg; das Spiel des Jahres »Torres« haben Holger Schaub aus Flörshheim und Kai Zindler aus Niesky gewonnen. Herzlichen Glückwunsch! Alle Gewinner werden von uns schriftlich benachrichtigt.

zivil-Rätsel im Internet

Auf unserer Homepage www.zivil.de gibt's unter »Preisrätzel« fünf Zivi-Shirts/Kapuzen-Sweats zu gewinnen! Einfach mal anklicken! www.zivil.de!



6-monatiges
»DAMALS«-Abo
zu gewinnen !!!

WAAGERECHT

- 1 Ende eines WAAGERECHT 13.
- 2 Nicht außen.
- 3 Großraumlimousine.
- 4 Veronika, wer ist da?
- 5 Wird diese gestoppt, kommt kein antreibender Schmierstoff mehr an.
- 6 Fr. Lemper.
- 7 Dagegen hilft WAAGERECHT 1.
- 8 Davon gibt es eine fürs Casting, für die Werbung und für die PR.
- 9 Wissenschaftler versuchen, diesen des Menschen zu knacken.
- 10 Christen sind's, und Erich auch.
- 11 Illegal ist es laut Duden, dieses Wort hier so zu schreiben.
- 17 Das moderne »ß«.
- 20 Der untere Teil einer geographischen Aufzeichnung.
- 24 Adams und Evas Nachkommen.
- 29 Wer den Schaden hat, macht genau das mit jeder Beschreibung.
- 30 Anstreichen.
- 31 Hat man zur Bierherstellung über den Augen.
- 35 Zeitabschnitt.
- 36 Kurzer Senior.
- 37 Brutkasten für Küken.
- 40 Gleichgültigkeitsausdruck.
- 43 Organ zur Aufnahme akustischer Signale.
- 45 Gegenüber von West. (Tipp: Keine Zigarettenmarke.)
- 48 Der kürzeste Sonntag, den es gibt.

SENKRECHT

- 1 Das Thema in diesen Tagen.
- 10 ...und Schluss!
- 12 Stockwerk.
- 13 100-Meter-..., 200-Meter-... . Alle Enden mit SENKRECHT 1.
- 14 Du machst es in diesem Moment.
- 15 Spanischer Ausdruck.
- 16 Kurz: gute Zeiten, schlechte Zeiten.
- 18 Lässt in Frankreich die Züge fahren.
- 19 Ausgabestelle für Studentenfutter.
- 21 Plötzlich italienisch.
- 22 Minden im Straßenverkehr.
- 23 In hier, um hier und hierum drumrum.
- 25 Hierin wurde etwas gekocht.
- 26 So gut wie überhautgarnicht.
- 31 Inlineskaten.
- 32 $8 + 16 + 21 = 45$ Oder?
- 33 Loveparade, z. B.
- 34 Als Leiter erklimmbar. Als Bambus genießbar.
- 38 »schmerzlaut«
- 39 Auch das ... !
- 41 Gefrorenes.
- 42 Es fliegt, aber keiner kennt es.
- 44 Schaffen und lieben das Chaos.
- 47 Hauptstadt: Wiesbaden.
- 48 Autokennzeichen: Schleswig.
- 49 Römischer Kaiser mit Hang zum Zündeln.
- 50 Gern gesehene Eigenschaft.
- 51 Guter Schein.

Der Dichter hinter Hinz und Kunz

Von Jörg Benzing

Die beiden haben zwei unveränderliche Merkmale. Erstens: Sie treten immer gemeinsam auf. Zweitens: Sie verkörpern Menschen, die über ihre Durchschnittlichkeit hinaus nicht näher bestimmt sind. Hinz und Kunz kennt jeder. Kaum bekannt dagegen ist, wer diese Doppelfigur literarisch verarbeitet hat.

H. Bist auch für die Philosophie?
K. Was ist sie denn? so sag's dabei.
H. Sie ist die Lehr, dass Hinz nicht Kunz, und Kunz nicht Hinz sei.
K. Bin nicht für die Philosophie.

Pfarrer hätte er werden sollen, wie Vater und Großvater. Er studiert auch ein paar Jahre lang. Aber einen Abschluss bringt er nicht zustande und geht wieder nach Hause. Schriftsteller ist er geworden, ein Homme de lettres des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts. Ein vielseitiger Schreiber, ein Meister der kleinen Formen. Gedichte, Aphorismen, Glossen, Kommentare, Rezensionen, Dialoge, Anekdoten, Fabeln umfasst das Spektrum seines geistreichen Werks.

Das Urteil seiner Zeitgenossen ist zerteilt. Schiller findet, er sei eine »völlige Null«. Herder hält dagegen: »das größte Genie, das ich gefunden.« Als er einmal das Weimar des neun Jahre jüngeren Dichturfürsten Goethe besucht, fällt er dort allerdings vor allem durch sein gekonntes Klavierspiel auf.

»s ist leider Krieg ...«

In finanziellen Notzeiten muss er Bittbriefe verfassen. Seinem Freund Gerstenberg schreibt er: »Es ist wohl auch nicht möglich, dass Ihr mir etwas helfen könnt? Ich wende mein Gesicht nach dieser Bitte gar nicht schamhaft weg (steif sehe ich Euch an und wiederhole sie noch einmal). Auf Weihnachten vielleicht, gewiss auf Ostern sollt Ihr bezahlt werden.«

Aber die Lage bessert sich. Vier Jahre lang arbeitet er als leitender Redakteur für eine Wochenzeitung. Er unterhält weitläufige Korrespondenzen mit den Geistesgrößen der Zeit. Das Blatt macht den Ort in ganz Deutschland bekannt. Später hat sich die Stadt Hamburg den damaligen Flecken »von 136 Feuerstellen« einverleibt.

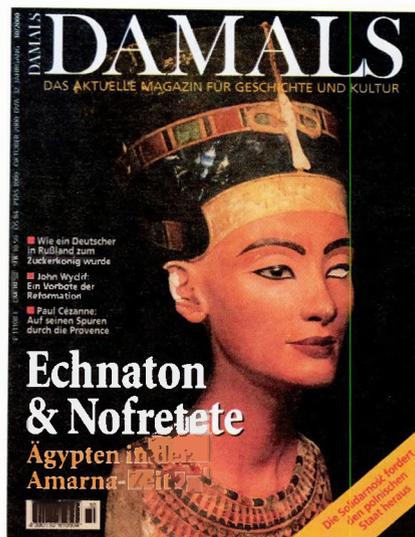
Mit 20 Jahren stirbt die Tochter Christiane. Er schreibt ein Gedicht auf sie und vergleicht sie darin mit einem Sternlein am Himmel, das er einst suchte und fand, aber jetzt nicht mehr findet. Unter anderem Titel nahmen es die Romantiker Achim von Arnim und Clemens Brentano in ihre Sammlung »Des Knaben Wunderhorn« auf.

Anlässlich des Bayrischen Erbfolgekriegs von 1778/79 verfasst er eine berühmt gewordene Klage. Die Verse schildern nicht nur drastisch Tod und Verzweiflung, sondern auch die Gewissensfrage der Kriegsverantwortung. »Was hülf mir Kron und Land und Gold und Ehre?« fragt er: es ist Krieg, was soll ihn da noch erfreuen. »'s ist leider Krieg (und ich begehre / Nicht schuld daran zu sein)!«

Sein bekanntestes Gedicht schließlich ist untrennbar mit einer Melodie verbunden. Gesungen, das heißt vor allem: an Kinderbetten vorgesungen, werden meistens nur die Strophen eins und sieben.

Von wem stammt der Liedtext? Oder, um zum Anfang zurückzukehren: wer steht hinter Hinz und Kunz?

Bitte schreiben Sie den Namen auf den nebenstehenden Coupon (Seite 38) und schicken ihn an die Redaktion. Auch im Internet können Sie uns die Lösung schicken: www.zivil.de unter »Preisrätsel«. Einsendeschluss ist der 31.1.2001.



Als Hauptgewinn verlosen wir, mit freundlicher Unterstützung des Verlags, ein sechsmonatiges Abo der Zeitschrift »DAMALS, das aktuelle Magazin für Geschichte und Kultur«.

AM KIOSK

IM SEPTEMBER-HEFT:

Warum wir die Gruppe brauchen

Wie Kinder lernen, moralisch zu denken

Der Körper als „Tempel des Egos“

Wann werden uns die Roboter verstehen?



Das Dezember-Heft
erhalten Sie am 8. November

AM KIOSK

advent

die bildzeitung sagt die wahrheit und entschuldigt sich bei ihren leserinnen und lesern
für die bewußte irreführung – leidtragende werden entschädigt

die staatschefs der welt vereinbaren
kein geld mehr für rüstung auszugeben
es werden krankenhäuser, kindergärten, schulen gebaut
lehrer und erzieher eingestellt
jeder hungernde mensch wird angeleitet sich selbst und seine familie zu ernähren

großkonzerne übernehmen die patenschaft
für regionen gefährdeter natur
die kosten für die umwelt werden in die bilanzen aufgenommen

ehepaare nehmen die gemeinsame zeit
so wichtig, mein wichtiger als termine für beruf und ausbildung
väter tragen in ihre kalender feste zeiten für ihre kinder ein
und keine dringlichkeit ist dringender

krankte, einsame, die menschen im gefängnis und arrest
zu besuchen gehört zum guten ton
wer es noch nicht getan hat muß sich schämen

es wird darüber gewetteifert wer zuerst die toiletten putzt
unangenehme arbeiten fangen an spaß zu machen weil sich viele drum drängen

schuld wird vergeben, mutlosen begleitung angeboten
sterbende getröstet – das alles geschieht
weil die liebe sich überall durchsetzt
überall prägt die liebe das zusammenleben
weil die menschen den widerstand gegen sie aufgegeben haben

Matthias Engelke, evangelischer Standortpfarrer

Aus: M. Engelke, trost und trotz gedichte, gebete III

Lieber...



... als n
uniformiert!

ABO!!!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

Datum, 1. Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim **zivil**-Vertrieb (Adresse steht rechts) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

Datum, 2. Unterschrift

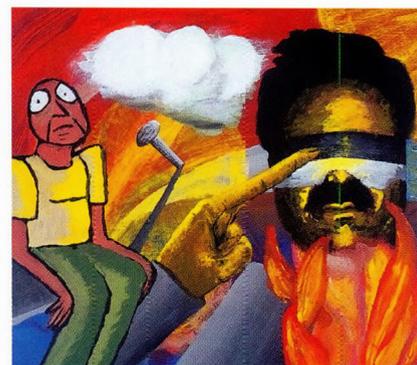
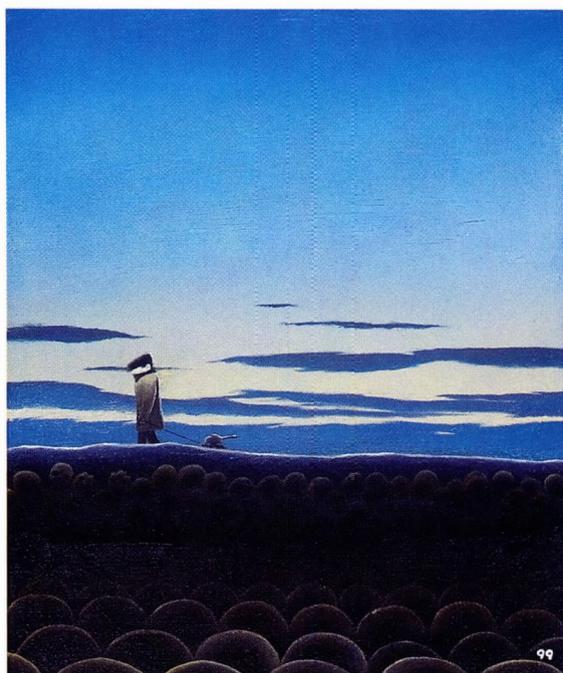
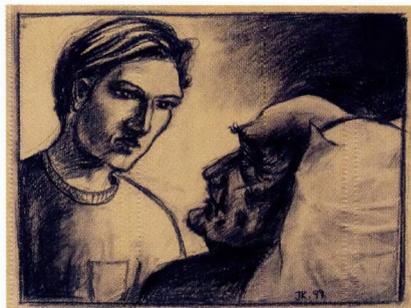
Bitte beachten: Evangelische ZDL erhalten **zivil**, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschickt. Die Abo-Kosten werden von der Evangelischen Kirche übernommen. Alle anderen InteressentInnen bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Bitte ausschneiden und senden an:

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik
Vertrieb **zivil**, Postfach 500550, 60394 Frankfurt

Hiermit bestelle ich **zivil** ab Nr. ___ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet 16,- DM (4 Hefte einschl. Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes gekündigt habe.





zivil-Kunstpreis 2001

Alle zwei Jahre veranstaltet *zivil* einen Kunstwettbewerb:

Die Teilnahme ist offen für alle! Die Themen des Wettbewerbs entsprechen den Themen der Zeitschrift *zivil*: »Vorrang für eine Kultur der Gewaltfreiheit«, »Soziales Lernen und Hilfe für den Nächsten«, »Miteinander in der Einen Welt«, »Engagement für die bedrohte Schöpfung«.

WAS kann man gewinnen?

- 1. Preis: DM 500,-
- 2. Preis: DM 200,-
- 3. Preis: DM 150,-
- 4.-10. Preis: je DM 50,-

WAS kann man einreichen?

Eigene Arbeiten aus den künstlerischen Bereichen Malerei, Zeichnen (Karikaturen), Grafik, Schnittechnik, Plastik ... (keine Fotografien). Formate bis 50 x 70 cm ohne Rahmung, größere bitte mit Rahmen einreichen. Pro Mann und Frau nicht mehr als drei Werke! Es steht den EinsenderInnen frei, den Kunstwerken eigene Kommentare, Aphorismen ... beizufügen.

WER kann mitmachen?

Alle *zivil*-LeserInnen, die uns ihre Kunstwerke zuschicken.

WER vergibt die Preise?

Entschieden wird der Wettbewerb durch eine unabhängige Jury, die von der *zivil*-Redaktion berufen wird.

WAS passiert mit den Werken?

Die *zivil*-Redaktion stellt eine Auswahl der Arbeiten auf einer Ausstellung während des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Frankfurt am Main (13.-17. Juni 2001) aus. *zivil* erhält für alle eingesandten Arbeiten die Abdruckrechte und die Rechte für eine nicht-kommerzielle Dia-Serie. *zivil* veröffentlicht in Ausgabe 3/01 die besten Arbeiten. Alle Werke werden nach dem Wettbewerb bzw. nach der Ausstellung den EinsenderInnen zurückgeschickt.

WOHIN einsenden?

Ausreichend frankiert an: Redaktion *zivil*, Werner Schulz, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart. Dort gibt's auch Auskunft bei Fragen: Telefon 0711/636 82 14, Fax 0711/636 90 09.

WANN ist Einsendeschluss?

Am 15. März 2001, definitiv!

WAS ist ausgeschlossen?

Der Rechtsweg.

Zivil

GALERIE

Peter Paul Rubens, »Schrecken des Krieges«



Peter Paul Rubens,
»Schrecken des
Krieges«, 1637–38,
206 cm x 342 cm
Palazzo Pitti, Florenz

Peter Paul Rubens (1577–1640) war der berühmteste und erfolgreichste Maler Europas. Den meisten ist er als Maler barocker Frauengestalten mit üppigen Rundungen bekannt. Er war aber auch ein Diplomat, ein großer Humanist, und – dies ist kaum bekannt – ein engagierter Streiter für den Frieden.

Rubens war tief erschüttert über den 30-jährigen Krieg. Er hatte als Diplomat versucht, ihn durch persönliche Kontakte, durch Reisen und mit ungezählten Briefen zu verhindern. Sein Bild »Schrecken des Krieges« ist Ausdruck seines Scheiterns und Entsetzens. Es ist »ein unvergessliches Titelbild zum 30-jährigen Krieg« (Jacob Burkhardt), ein Antikriegsbild. Es ist voller mythologischer Bilder.

Wir sehen in der Mitte die Hauptfigur: Mars, den dunklen, gepanzerten Kriegsgott. Er stürzt aus einem Janustempel heraus. Er trägt einen blutroten Umhang, den Schild und ein blutiges Schwert. Er bedroht die Völker mit großem Unheil. Die hellweiße, nackte Venus, die Göttin der Liebe, begleitet von ihrem Sohn Cu-

pido versucht, ihn mit Zärtlichkeiten aufzuhalten. Die Venus wird hier zum ersten Mal in der Kunstgeschichte als Symbol des Friedens gemalt: Nur die Liebe kann die entfesselte Gewalt aufhalten. Doch die Furie Alekto, mit einer Brandfackel in der Hand, zieht Mars vorwärts in Dunkelheit und Chaos hinein. Dort sind zwei Ungeheuer zu sehen. Sie stehen für Pest und Hungerkatastrophen, grausame Begleiter des Kriegsgottes. Rechts unten auf dem Boden liegt ein rückwärts gestürzter Mann mit einem Werkzeug, einem Zirkel, in der Hand. Unter ihm eine zerbrochene dorische Säule, soll heißen: Der Krieg zerstört die Errungenschaften der Zivilisation – Architektur und Kunst. Eine Frau liegt auf einer zerbrochenen Laute. Der Krieg bringt die Musik zum Schweigen. Mars tritt mit seinen Füßen auf ein Buch am Boden: Wissenschaft, Literatur und alles Schöne wird mit Füßen getreten. Rechts über der nieder geworfenen Frau und dem Baumeister sehen wir eine Mutter. Sie hält ihr Kind umschlungen: Die Weitergabe des Lebens ist bedroht. Ru-

bens zitiert sich hier selber. Er spielt auf sein biblisches Gemälde vom bethlehemitischen Kindermord an.

Links unten liegen die Liebespfeile des Cupido am Boden verstreut. Die klagende Frau, ihrer Juwelen beraubt, ist das unglückliche »Europa«. Sie hat ihre Arme in einer Gebärde der Verzweiflung und Anklage erhoben, eine Gebärde, die in Picassos berühmtem Antikriegsbild »Guernica« wiederkehrt. Hinter ihr trägt ein kleiner Engel eine Glaskugel mit einem Kreuz: Symbol für die christliche Welt. Der Krieg legt die christliche Welt mit ihren Werten der Menschlichkeit, der Nächsten- und Feindesliebe in Schutt und Asche.

Das Gemälde »Die Schrecken des Krieges« von Peter Paul Rubens gehört in die große Reihe der Friedensbilder. Es ist eine überzeitliche Mahnung, an einer Kultur des Friedens und an zivilen Konfliktlösungen zu arbeiten, und damit Krieg und Gewalt als Mittel von Politik zu überwinden.

Harald Wagner